Nicht f. d. Austausch

Frankreich, Rußland und der polnische Thron 1733

Ein Beitrag zur Geschichte der französischen Ostpolitik

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde
genehmigt von der Philosophischen Fakultät
der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin

Von

Ellinor von Puttkamer

aus Versin.

Tag der mündlichen Prüfung: 25. Juni 1936
Tag der Promotion: 30. Juni 1937

P 39

Referenten: Prof. Dr. Uebersberger
Prof. Dr. Elze

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Die vorliegende Arbeit erscheint gleichzeitig in Buchform als Band 24 der im Auftrage der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas von Hans Uebersberger herausgegebenen „Osteuropäischen Forschungen" im Ost-Europa-Verlag, Königsberg (Pr) und Berlin W. 35.

Inhaltsverzeichnis

Seite

Vorwort V

Einleitung: Die polnischen Königswahlen im System der französischen Politik seit Richelieu 1

Erster Teil.

Französische Politik und Intrigue in Polen.

Kapitel I: Die Voraussetzungen des Einflusses in Polen 4

1. Die verfassungsmäßige Grundlage.
   Verfassung des Interregnums — Ihre Bestätigung während der Regierung Augusts II.
2. Die innere Lage Polens und die erste Vorbereitung der Kandidatur Stanisław Leszczyńskis.
   Französische Thronprätendenten. Die Heirat Ludwigs XV. Die französische Partei 1726. Die Mission Livrys. Die Mission Villebois'.

Kapitel II: Das Einflußsystem des Marquis de Monti 18

1. Der Botschafter Marquis Monti.
   Charakteristik Montis. Die Polenpolitik am französischen Hof. Die Instruktion für Monti. Montis politische Methode.
2. Die Einflußmittel Montis.
   Diplomatische Vertreter und Geheimagenten. Bestechungen. Vergebung der Ämter. Konföderation und bewaffnete Hilfe. Wahlpropaganda auf dem Konvokationsreichstag. Propaganda durch Druckschriften.
3. Die französische Partei in Polen.
   Potockis und Czartoryskis. Die anderen großen Familien. Der Klerus.
4. Der Erfolg der Arbeit Montis.
   Thronprätendenten. Verlauf des Interregnums. Der Wahlreichstag. Flucht Stanisławs und Wahl Augusts III.

Zweiter Teil.

Frankreichs europäische Politik am Scheidewege zwischen Polen und Rußland.

Kapitel III: Die Voraussetzungen des Einflusses bei den Mächten 56

1. Die außenpolitische Ausgangslage.
   Von Nystadt bis Sevilla. West-östliche Blockbildung. Aufgaben der französischen Außenpolitik.
2. Die französische Geheimdiplomatie.
   Nutzen und Mängel der Geheimdiplomatie. Agenten an der Pforte. Agenten am Zarenhof.

Seite

Kapitel IV: Der Kampf um die Erhaltung der barrière de l'est . 64

1. Die französische Politik in Schweden.

   Schwedens Außenpolitik nach Nystadt. Schwedisch-polnische Friedensverhandlungen. Projekt einer schwedisch-sächsisch-französischen Allianz. Projekt einer türkisch-französisch-schwedischen Allianz; die Mission Saïd Efendis. Demarchen Schwedens in Wien, Petersburg und Berlin. Gegenwirkung Rußlands.

2. Die französische Politik an der Pforte und bei den Tataren.

   Die Türkei und der polnische Thron. Französische und russische Diplomaten an der Pforte. Frankreichs Bemühungen um einen türkisch-persischen Friedensschluß. Protest des Großwesirs gegen Rußland. Zaudern der Türkei; Forderung eines Bündnisvertrages. Beziehungen Frankreichs, Polens und Rußlands zu den Tataren. Erste Sondierungen Frankreichs in Bachči-Sarai. Missionen G. Orliks und Totts 1733.

3. Die Beziehungen Frankreichs zu den Freiheitsbewegungen der Kosaken und Ungarn.

   Der Plan einer Kosakeninsurrektion. Französische und russische Bemühungen. Beziehungen Rákóczys zu Frankreich. Bonneval.

Kapitel V: Der Kampf gegen die Koalition der Ostmächte und um eine Neuorientierung des Allianzsystems 87

1. Die Bemühungen um ein sächsisch-französisches Bündnis.

   Sachsen und die pragmatische Sanktion. Graf Hoym. Französisch-sächsische Vertragsentwürfe 1729/30. Veränderter Kurs der sächsischen Politik seit 1731; neue Bündnispläne.

2. Die Bemühungen um ein russisch-französisches Bündnis.

   Rußland und die polnische Thronfolge. Geheime Bemühungen zur Schaffung einer französischen Partei. Die Missionen Antoni Potockis. Verhandlungen Münich-Magnan. Verschlechterung der französisch-russischen Beziehungen während des Interregnums. Letzte Anknüpfungsversuche; die Missionen Rudominas und Heils.

3. Die Bemühungen um die Neutralität Preußens.

   Außenpolitische Lage Preußens. Franzosenfeindliche Stimmung Friedrich Wilhelms I. Umschwung der preußischen Politik.

Schluß: Der Bruch mit dem System Richelieus 107

Anhang:

I. Zeittafel des Interregnums von 1733 110

II. Verzeichnis des verwandten handschriftlichen und gedruckten Materials 112

Vorwort

Die Wirren der Königswahlen haben als besonders krasses Verfallssymptom stets im Mittelpunkt der Geschichtsschreibung über das alte Polen gestanden. So ist auch die Wahl von 1733, die mehr als alle vorhergehenden eine Bedeutung für die allgemeine Geschichte Europas erlangt hat, schon Gegenstand mehrerer historischer Untersuchungen geworden. Sieht man von den zahlreichen zeitgenössischen und anderen unwissenschaftlichen Darstellungen ab, so beschränkte sich die Geschichtsforschung lange Zeit auf eine kurze und wenig kritische Skizzierung der Ereignisse in den allgemeinen Werken über die Epoche. Die Hintergründe des sehr verwickelten diplomatischen Spiels blieben dunkel. — Einen wichtigen Fortschritt bedeutete daher die 1862 in Moskau erschienene Arbeit W. Ger'es „Bor'ba za pol'skij prestol v 1733 godu", die hauptsächlich auf Material des Archivs des russischen Auswärtigen Amts beruht und der Tätigkeit der russischen Diplomatie bis ins kleinste nachgeht. Trotz großer Reichhaltigkeit beschränkt sich Ger'es Darstellung aber im wesentlichen auf die russische Seite. Einige kleinere polnische Arbeiten[1] brachten wenig Neues. Die französische Politik beleuchtete erst P. Boyé in seiner umfassenden Biographie „Stanislas Leszczyński et le troisième traité de Vienne",[2] da er die Akten der Archive des französischen Außenministeriums[3] heranziehen konnte. Das Werk Ger'es wird — wohl aus Unkenntnis des Russischen — nicht von ihm berücksichtigt, so daß auch diese Arbeit einseitig bleibt; schließlich gibt sie als Biographie auch nur einen beschränkten Ausschnitt aus der Gesamtaktion der französischen Diplomatie zur polnischen Wahl wieder und verwendet deshalb das außerordentlich reiche Material nur sehr lückenhaft. Die Abwicklung der Geschehnisse außerhalb von Paris

---

[1] „Rok 1733 w Polsce od śmierci Augusta II. do elekcyi Augusta III. według raportów dyplomatycznych agentów angielskich", Przegl. pozn. XXXII, 1861, anonym. Kantecki, Klemens, „Po zgonie Augusta II.", Przewodnik naukowo-literacki, Lemberg 1877. Ders., „Stronnictwo saskie w Polsce r. 1733", Niwa 1877. Wojciechowski, Teodor, „O powtórnej elekcyi Stanisława Leszczyńskiego 1733", Kwart. hist. II., 1888, u. a., die mir leider nicht zugänglich waren, sind hier zu nennen.

[2] Paris 1898.

[3] Auch Vandal, Kantecki, Konopczyński u. a. haben dieses Archiv benutzt.

und Warschau, wie sie sich aus der politischen Korrespondenz ergibt, wird vernachlässigt. Eine wesentliche Ergänzung der früheren Arbeiten bildete der kurz darauf in dem Sammelbande „Dwa stulecia" veröffentlichte Aufsatz Sz. Askenazys „Przedostatnie bezkrólewie",[4] der vor allen Dingen die Akten des Berliner Staatsarchivs erschöpfend verwertet, also Preußens Rolle gut charakterisiert. In keiner Weise erfassen trotz Heranziehung von Dresdener und Wiener Archivalien die beiden deutschen Arbeiten: A. Beer „Die polnische Königswahl im Jahre 1733"[5] und R. Beyrich „Kursachsen und die polnische Thronfolge 1733—36"[6] den Kern der Sache. Sie behandeln die sächsische Kandidatur und die polnische Politik Sachsens und des Kaisers, ohne die europäische Bedeutung des Konfliktes zu sehen.

Wenn nun im folgenden der Versuch gemacht wird, den verschiedenen Darstellungen noch eine neue hinzuzufügen, so geschieht das, um, wie gesagt, das bisher nur lückenhaft verwandte Material des französischen Außenministeriums in weiterem Maße zur Analyse der französischen Politik auszuwerten. Die Korrespondenz der Pariser Zentrale mit ihren Vertretern in Warschau und Dresden, in Stockholm, Konstantinopel, Moskau (bzw. Petersburg) und Berlin, sowie während der kritischen Zeit der Briefwechsel der einzelnen Gesandten untereinander vermitteln uns ein klares Bild der Entwicklung. Für die Verhandlungen Frankreichs mit Sachsen kommen ferner Akten des Sächsischen Hauptstaatsarchivs zur Verwendung. Auf Grund dieser Dokumente ergibt sich notwendig eine von der französischen Politik ausgehende Blickrichtung. Nur so können wir in die Geheimnisse der französischen Diplomatie eindringen, die auf dem Schauplatz Osteuropas gerade für uns Deutsche ein stets akutes Problem bedeuten. Da in diesem Sinne die Geschehnisse des Jahres 1733 in lebendiger Beziehung zur Gegenwart stehen, erscheint eine neue Spezialuntersuchung wie die vorliegende gerade in heutiger Zeit gerechtfertigt.

Bei eingehender Betrachtung der Vorbereitungen zur Königswahl tritt das Endergebnis des polnischen Thronfolgekrieges, die Entladung der Spannung zwischen Habsburg und Bourbon, ganz in den Hintergrund. Die Zeit, in der in Warschau die kaiserliche Politik den französischen Ambitionen entgegentrat, war vorüber. Die Wahlkämpfe in Polen sind 1373 nicht mehr nur, wie Askenazy[7] es ausdrückt, ein „Signal"

---

[4] Bd. I, Warschau 1902.

[5] Zeitschr. f. allg. Geschichte, Kultur-, Literatur- u. Kunstgeschichte, II, Stuttgart 1885.

[6] Leipziger histor. Abhandlungen, XXXVI, 1913.

[7] Dwa stulecia I, 3.

(hasło) zum Ausbruch des französisch-österreichischen Gegensatzes, sondern viel mehr illustrieren sie den Kampf Frankreichs um die Erhaltung seiner traditionellen Ostpolitik gegen den Einfluß, den der Aufstieg Rußlands auf die Konstellation Osteuropas auszuüben begann. Um diesen Kern der polnischen Thronfolgefrage klar hervortreten zu lassen, muß von einer streng chronologischen Darstellung der Ereignisse abgesehen werden. Desto deutlicher werden die auf beiden Seiten wirkenden Kräfte und Machtmittel beleuchtet, und man versteht, warum Frankreich zwar 1735/36 in Wien ein diplomatisches Geschäft machen konnte, in Polen aber endgültig seine dominierende Position verlor.

Einleitung.

Wenige Jahre vor der ersten Teilung des polnischen Reiches schrieb im französischen Exil Stanisław Leszczyński die politischen Erfahrungen seines Lebens nieder. Wenn Polen jemals untergehen solle, so meinte er, trüge die Institution der freien Königswahl die Schuld daran.[1] Zweimal hatte Stanisław durch Frankreichs Hilfe den Thron gewonnen, zweimal hatte er, von ihm im Stich gelassen, sein Königtum wieder verloren. Der König von Frankreich hatte das Schicksal der polnischen Krone entschieden.

Seit 1572 mit dem Tode Zygmunt Augusts das Haus der Jagiellonen erlosch, stand die Besetzung des polnischen Thrones in unlösbarer Verbindung mit der Politik Frankreichs. Als erster Wahlkönig hatte ein französischer Königssohn den Thron Mieszkos bestiegen. Aber das Königtum Henri Valois' bedeutete für den französischen Staat kaum mehr als die Abfindung eines nachgeborenen Prinzen, der im Lande eine unangenehme Opposition darstellte. Als der neugewählte König diese Versorgung nicht mehr nötig hatte, floh er bei Nacht und Nebel über die Grenze. Und doch sollte dieses kurze Abenteuer das Verhältnis Polens zu Frankreich auf zwei Jahrhunderte bestimmen. Die pacta conventa und die articuli Henriciani, die Heinrich beschwören mußte, versagten den Königen Polens für immer die Vererbung ihrer Krone; die Garantie der freien Wahl aber übernahm ein ewiges Bündnis mit Frankreich. Das Haus Bourbon nutzte die Gelegenheit, sich im Osten einen Bundesgenossen gegen Habsburg zu sichern.

Doch erst während der Wirren des Dreißigjährigen Krieges machte der Verfall des deutschen Kaisertums aus dieser noch fast unbewußten Politik ein System. Richelieu erkannte, daß nur im Rahmen einer starken Staatenverbindung Polen Bedeutung für Frankreich besaß. Schon im 16. Jahrhundert hatte Frankreich an der Türkei einen treuen Alliierten ge-

[1] „Si jamais elle (la Pologne) doit périr, ce qu'à Dieu ne plaise, ce ne peut être que par la manière dont elle choisit ses Rois, par tous les stratagêmes qu'elle permet à chacun des concurrens qui cherchent à gagner ses suffrages." Oeuvres du philosophe bienfaisant. Paris 1763. III. 82.

funden,[2] Polen war der zweite, Schweden mußte die Reihe beschließen. Im Vertrag von Altmark 1629 bezog Richelieu auch dieses letzte in das französische Bündnissystem ein.[3] Vom Mittelmeer bis zur Ostsee dehnte sich nun eine französische Einflußsphäre. Die „barrière de l'est" bildete den unmittelbaren Grenzwall gegen das Gebiet des Kaisers und trennte zugleich Moskau von Europa.

Doch den Bundesgenossen fehlte die Bindung untereinander, ständige Kriege entzweiten sie. Immer wieder mußte Frankreich vermittelnd eingreifen und Frieden stiften.[4] Aber wenn sich auch eine gemeinsame Allianz nicht durchsetzen ließ, so stieg doch immer mehr der Einfluß, den Frankreich auf die innere Politik der Staaten ausübte. In Polen handelte es sich natürlich in erster Linie um die Besetzung des Thrones. Hier stieß das französische Interesse auf ein Problem, das für Habsburg eine Existenzfrage bedeutete. In jedem Interregnum wiederholte sich der Streit zwischen dem Einfluß des Kaisers und Frankreichs; aber weder ein habsburgischer noch ein bourbonischer Thronkandidat hat sich jemals durchsetzen können. Erst die letzte Wahl des 17. Jahrhunderts schien die Wünsche Frankreichs zu erfüllen. Mit überwältigender Mehrheit wurde 1697 der französische Kandidat, Prinz Conti, gewählt. Das seit mehr als einem Jahrhundert angestrebte Ziel schien endlich erreicht. Da trat ein neuer Gegner auf den Schauplatz und machte allen Erfolg zunichte. Russische Unterstützung sicherte August von Sachsen den polnischen Thron.

Der Eingriff Rußlands in die polnische Königswahl war ein unerwartetes Novum. Nur gegen den Kaiser hatte Frankreich bisher in Warschau gekämpft. Aber wenn Rußland sich bisher auch noch nicht ernstlich in die innere Politik der Rzeczpospolita eingemischt hatte, so hatte sich der russische Angriff auf die barrière de l'est doch bereits stufenweise vollzogen. Aleksej Michailovičs Erfolge gegen Schweden waren zwar durch Frankreichs Vermittlung in Oliva vereitelt worden. Ein Jahr darauf (1661) hatte der Zar in Kardis seine Eroberungen wieder herausrücken müssen. Schweden war durch Frankreich noch einmal gerettet

---

[2] Man denke nur an die Politik Franz' I. und Heinrichs II. gegen Karl V., insbesondere an die Verträge von 1532, 1536 und 1542 zwischen Frankreich und der Pforte.

[3] 26. September 1629, Vermittlung zwischen Polen und Schweden. Kurz darauf, Januar 1630, wurde der Vertrag zu einem schwedisch-französischen Bündnis erweitert.

[4] Von Bedeutung ist vor allem die französische Vermittlung im Frieden von Oliva geworden. Auf seine Eigenschaft als Garant dieses Vertrages beruft sich Frankreich noch 1733 und leitet daraus ein besonderes Recht als Protektor der freien Königswahl gegen fremde Übergriffe ab.

worden. Polen aber mußte bald darauf (1667) in Andrussovo weite Gebiete an Moskau abtreten. Schließlich hatte ein Jahr vor der polnischen Königswahl auch die Türkei durch den Verlust Asovs eine schwere Niederlage gegen den Zaren erlitten. Und kaum ein Jahr nach Augusts Thronbesteigung, im Sommer 1698, fand jene denkwürdige Unterredung Peters des Großen mit dem König von Polen statt, welche die Anlehnung an Rußland bestimmte, die allein dem sächsischen Hause zwei Generationen lang den polnischen Thron erhalten sollte.[5] In Paris begann man zu schwanken, ob es noch Sinn habe, die barrière de l'est zu verteidigen; 1702 trug der französische Gesandte Baluze dem Zaren ein russisch-französisches Bündnis an;[6] aber die Ablehnung Rußlands zwang Frankreich, auf den Wegen Richelieus und Mazarins weiterzugehen. Noch einmal, 1704—1709, regierte in Polen ein König französischer Wahl. Doch Stanisław Leszczyńskis kurzes Königtum brach zusammen, und der Friede von Nystadt riß den nördlichen Pfeiler der Barriere ein.

Ein neues Interregnum mußte den Höhepunkt des französischen Kampfes um den Thron Polens bringen.

---

[5] 31. Juli bis 3. August. Die Besprechungen bildeten den Abschluß der großen Europareise Peters.

[6] Rambaud, I, 94.

Erster Teil.

Französische Politik und Intrigue in Polen.

Kapitel I.

Die Voraussetzungen des Einflusses in Polen.

1.

Der wachsende Einfluß fremder Mächte auf die Besetzung des polnischen Throns liegt nicht in der Institution des Wahlkönigtums an sich; die Wahlen der deutschen Könige wurden nicht in gleicher Weise von äußerer Einmischung bestimmt.[1] Nur aus der spezifisch polnischen Entwicklung heraus läßt sich erkennen, wie es in innerpolitischen Fragen zu einer derartigen Abhängigkeit von anderen Staaten kommen konnte.

Der Charakter der polnischen Königswahl liegt begründet in der Struktur der polnischen Gesellschaft, die den König nur als primus inter pares anerkannte. Während sich im Deutschen Reich seit dem späteren Mittelalter die Wähler auf das Kurfürstenkollegium beschränkten, führte in Polen seit Erteilung der großen Privilegien das demokratische Prinzip zur Herausbildung der Viritim-Wahl.[2] Was das in Verbindung mit dem liberum veto für die Möglichkeit einer Beeinflussung von außen in der Folgezeit bedeutete, ist zu bekannt, um nochmals hervorgehoben zu werden. Man muß jedoch feststellen, inwiefern gerade die unzulängliche Rechtslage des Interregnums die legale Basis für fremde Einmischung in die Wahl darstellte.[3]

Da eine eigentliche Verfassung des Interregnums nicht existierte, sondern die Gebräuche sich allmählich als Gewohnheitsrecht herausgebildet hatten, war die Möglichkeit gegeben, die rechtlichen Normen den jeweiligen Verhältnissen anzupassen, also dem Einfluß des Stärkeren preiszu-

[1] Die Rolle des Papstes kann hier nicht in Vergleich gebracht werden.
[2] Erste eigentliche Wahlordnung 1530, 1538 durch Zygmunt August. Vol. leg. I, 245, 254.
[3] Vgl. dazu Lengnich, I, 65 ff.; Kutrzeba, 176 ff. und die zeitgenössischen Beschreibungen der Wahlen.

geben. Den Ausgangspunkt dazu bildete die unverhältnismäßig selbständige Stellung der großen Würdenträger, besonders der Großhetmane und des Primas.[4] Dieser war als Interrex nicht wie der König an die pacta conventa gebunden, so daß er selbst völlige Handlungsfreiheit besaß, über die Macht, seine Ziele auch gegen den Willen widerstrebender Parteien durchzusetzen, aber nur dann verfügte, wenn ein starker auswärtiger Protektor hinter ihm stand. So wurde die Richtung seiner Politik fast immer nur von außen bestimmt. Vom Primas hing der Verlauf des Interregnums ab, da nur er berechtigt war, die Universalien zu unterzeichnen, d. h. also, den umständlichen Prozeß der Abwicklung von Landtagen, Konvokationsreichstag, Relationslandtagen und Elektionsreichstag überhaupt vorwärts zu bewegen. Er allein war ferner zur Krönung berechtigt, ein Prinzip, das allerdings von beiden sächsischen Königen durchbrochen wurde. Mit der Person des Primas wurde also bereits das Wichtigste gewonnen. Der Hauptkampf um die Wählermassen setzte dann auf dem Konvokationsreichstag ein. Auf jedem Reichstag bestimmte die Anwesenheit der Diplomaten in großem Maße den Verlauf. Die Berechtigung der ausländischen Gesandten, auf dem Konvokationsreichstag ihre Briefe an den Senat oder die Würdenträger offen verlesen zu lassen, öffnete hier der direkten Wahlpropaganda fremder Mächte selbst dann die Tore, wenn der Primas auf der Gegenseite stand. Nur insofern war den Intriguen auswärtigen Einflusses ein Riegel vorgeschoben, als eine Sprengung des Konvokationsreichstages automatisch den Zusammentritt einer Konföderation unter Leitung des Primas zur Folge hatte, so daß unter keinen Umständen die Aussendung der Universalien für den Wahlreichstag verhindert werden konnte. Aber auch in diesem Fall ließ sich eine Einwirkung von fremder Seite nicht verhindern, da gerade das in den Konföderationen geltende Prinzip der Abstimmung nach absoluter Majorität den Sieg des Stärkeren mit sich brachte, also neuen Anlaß gab, die Bemühungen der Rivalen zu steigern. Nach der Rückkehr in ihre Palatinate sorgten dann die auf dem Konvokationsreichstage bzw. der Konföderation für fremde Politik gewonnenen Landboten für die Verbreitung der dort empfangenen Ideen. So lenkten sie die Stimmung der Szlachta, welche auf dem Wahlfelde den Ausschlag geben sollte. Schon der Konvokationsreichstag trug also wesentlich zum Verlauf der Wahl bei. Nach diesem gab es eine durch die Verfassung

[4] Der anfängliche Streit der Großmarschalls d. Kr. und des Erzbischofs von Gnesen um das Primat hatte sich schon zu Beginn des 15. Jahrhunderts zugunsten des letzteren entschieden.

begründete Einflußmöglichkeit nicht mehr, wenn man von der grundlegenden und allen Reichstagen gemeinsamen Schwäche durch das liberum veto absieht. Vielmehr versuchte man, eine Einmischung durch Entfernung des diplomatischen Korps aus Warschau während der Dauer des Sejms auszuschalten. Allerdings gelang es in der Praxis selten, die Befolgung dieser Regel durchzusetzen. Man gestattete sogar den Gesandten, ihre Vorschläge auf dem Wahlfelde in der „Szopa", dem hölzernen Gebäude, in dem Sejm und Senat sich versammelten, vorzubringen, ein Zugeständnis, das jedoch ohne großen Wert blieb, da der draußen im „koło" versammelten Szlachta der Inhalt dieser Reden unbekannt blieb. Den endgültigen Ausschlag für die Erlangung der Einstimmigkeit gab dann schließlich nicht mehr diese oder jene legal gegebene Propagandamöglichkeit, sondern das Recht des Stärkeren.

Diese Verfassung des Interregnums hatte während der Regierung Augusts II. wiederholt Bestätigung erfahren. In den pacta conventa[5] hatte August die freie Wahl beschworen und feierlich auf jede Vererbung des Thrones oder Designation des Nachfolgers verzichten müssen. Die Konföderationen von Sandomierz (1710) und Warschau (1717) erneuten diese Verpflichtung. Auch das Warschauer Traktat von 1716[6] kennzeichnete die Durchbrechung der freien Wahl als das schwerste Vergehen, um dessentwillen Stanisław Leszczyński als Landesverräter gebrandmarkt und ihm und seinen nächsten Anhängern die Amnestie versagt wurde. Das freie Stimmrecht und die bevorzugte Stellung des Primas wurden auch in dem Reichstag von 1718[7] bestätigt, da gerade das erstere, „das vorzüglichste Kleinod des freien Volkes der Republik" darstelle. Im Falle des Interregnums mußte der Erfolg ausländischen Einflusses schon durch die Festigung dieser Verfassung unterstützt werden. Für eine Kandidatur Stanisławs trat noch ein zweites Erfolg versprechendes Moment hinzu. Da dieser niemals selbst auf den Thron verzichtet hatte, konnte er Ansprüche auf eine Wiedereinsetzung geltend machen, ohne von neuem gewählt

[5] Vol. leg. VI, 15, Art. I. „... dla czego y titulem haeredis używać nie mamy, y następuiący po Nas Królowie Polscy reassumuiąc wszystkie prawa de libera Electione to waruiemy, aby domus nostra regia ullam successionem, et praetextum proximitatis ad Regnum sibi non praesumat. Dla czego liberam Electionem ześmy liberis suffragijs wolnego narodu na tron evecti, a oraz prerogatywę wolności jus aequalitatis inter concives egni, iako nayprzednieyszy fundament, y naypierwszą ozdobę owszem matkę wolnego stanu rycerskiego inter jura cardinalia tey Rzeczposp. trzymać y obserwować będziemy."

[6] Vol. leg. VI, 131, Art. VIII § 4.

[7] Vol. leg. VI, 204, Art. III.

zu werden. Dieser Plan, seine Inthronisierung durch einfache Akklamation durchzusetzen, wurde lange bei seinen Anhängern für ausführbar angesehen und ließ die Berechtigung dieser französischen Kandidatur noch überzeugender erscheinen.

Die Möglichkeit einer Einmischung hatte sich unter der Regierung Augusts des Starken also so gefestigt, daß trotz des Mißerfolgs von 1697 und obwohl seit Beginn der zwanziger Jahre Frankreich auch zu dem sächsischen Hause gute Beziehungen ausgebildet hatte,[8] es niemals die Forderung aufgab, die Besetzung des polnischen Thrones unter seinem Protektorat zu regeln. Welchem Kandidaten man seine Gunst zuwenden sollte, hatte man in Paris jedoch noch nicht entschieden und schob jeden Entschluß bewußt hinaus. Der russische Botschafter in Paris Kurakin[9] berichtete 1724 nach Petersburg, daß der Herzog von Bourbon den sogenannten Prätendenten[10] als eventuellen Nachfolger Augusts II. genannt habe. Gleichzeitig aber rechnete man schon damit, sich mit Rußland über die polnische Sukzession zu einigen. Bereits Ende 1721 war von Petersburg aus der Plan einer ehelichen Verbindung zwischen einem französischen Prinzen und einer der russischen Prinzessinnen aufgeworfen worden;[11] man dachte dabei zunächst an Elisabeth Petrovna und den Sohn des Prinzen Bourbon, Charles Bourbon-Condé, dem man nach der Vermählung dann den polnischen Thron sichern wollte; aber auch der Gedanke einer Verheiratung der Zarentochter an Ludwig XV. tauchte bereits auf. Durch die Unentschlossenheit Dubois'[12] blieben die Verhandlungen jedoch in den ersten Anfängen stecken. Erst als der Herzog von Bourbon[13] im Sommer 1724 die Verheiratung des jungen Königs zu betreiben begann, griff Rußland den Plan wieder auf. Im April 1724 bot Menšikov dem französischen Gesandten Campredon eine Verbindung Elisabeths mit Ludwig XV. an.[14] Der Prinz Bourbon sollte mit Marja Leszczyńska abgefunden werden und den polnischen Thron besteigen. Diesem phantastischen Projekt einer gemeinsamen Regelung der polnischen Sukzession durch

---

[8] S. u. S. 88 ff.

[9] Ger'e 7.

[10] Jakob (III.), Sohn Jakobs II. von England, „The old Pretender", lebte damals in Rom. Dem Wunsche Frankreichs, ihm einen Thron zu verschaffen, kam entgegen, daß er seit 1719 mit Klementja Sobieska, der Enkelin Jans III., vermählt war, also eine gewisse Anwartschaft auf die Krone Polens geltend machen konnte.

[11] Vgl. Vandal, Louis et Elisabeth 48 ff.

[12] Guillaume duc de D., 1656—1723. Premierminister 1722—1723.

[13] Louis Henri duc de B.-d'Enghien, 1692—1740, Premierminister 1723—1726.

[14] Vgl. Vandal, Louis et Elisabeth 81 ff.

Rußland und Frankreich brachte man in Paris wenig Vertrauen entgegen. Zwar erschien auf der 1724 von Morville[15] aufgestellten Liste heiratsfähiger Prinzessinnen auch die Zarentochter Elisabeth Petrovna, jedoch als Angehörige eines „barbarischen Volks" gewissermaßen außer Konkurrenz. Zu Peters Lebzeiten hatte das russische Prestige in Paris immerhin noch in hohem Kurs gestanden. Campredon hielt das Anerbieten Rußlands, das polnische Problem in Zusammenarbeit mit Frankreich zu lösen, für etwas, „... ce que serait même sûr par la puissance du Tsar".[16] Nach dem Tode des großen Zaren schwand jedoch das Vertrauen auf die Zuverlässigkeit der russischen Politik und ein Zusammengehen beider Staaten. Die Frage trat zunächst in den Hintergrund. Auch die Vermählung[17] Marja Leszczyńskas mit dem König von Frankreich bedeutete noch keine Entscheidung in bezug auf die polnische Thronfolge, wie man dem sächsischen Gesandten Grafen Hoym[18] sogleich versicherte. Die Rehabilitierung Stanisławs war seit seinem ersten Scheitern überhaupt nicht mehr in Erwägung gezogen worden. In dem unter französischer Vermittlung zustande gekommenen Nystädter Friedensvertrag wurde sein Name gar nicht erwähnt; man glaubte, daß er endgültig von der politischen Bühne abgetreten sei. Vielmehr versprach Schweden in diesem Vertrag,[19] mit Polen, d. h. mit dem gegenwärtigen sächsischen Regime, in gute Beziehungen treten zu wollen.

Bourbon hatte die Heirat Marja Leszczyńskas aus rein persönlichen Gründen betrieben, da er aus der machtlosen Prinzessin am leichtesten ein Instrument seines Einflusses auf den König machen zu können glaubte. Um Stanisław jede Hoffnung auf eine Wiedererlangung des polnischen Thrones zu nehmen, wurde der sich bei ihm aufhaltende Abgesandte des Versailler Hofes, Vauchoux, kurz nach der Verlobung unterrichtet,[20] Leszczyński mitzuteilen, daß Frankreich die polnischen Dinge so lassen wolle, wie sie seien. Die beiden zur Trauung in Straßburg delegierten Vertreter des Königs erhielten dieselbe Weisung.[21] Sie sollten wohl

[15] Charles d'Armenonville comte M., 1686—1732, Außenminister 1723—1727.
[16] Campredon, 8. November 1721. Vandal, Louis et Elisabeth 49.
[17] 15. August bzw. 4. September 1725.
[18] Karl Heinrich Graf H., 1694—1736, 1717—1729 Vertreter Sachsens in Paris, 1728—1731 Staatsminister. Raczyński XVII, 174 ff.
[19] Art. XV.
[20] 19. April 1725; vgl. Boyé 56.
[21] Mémoire pour servir d'instruction au S. duc d'Antin ... et au Marquis de Beauvau allant à Strasbourg ... 13. Juli 1725. A. E. Po. CLXXIII, 357: „Il pourrait être que le Roi Stanislas fondant sur l'évènement de l'élévation de sa famille l'espérance de recouvrir par les offices de S. M. les biens confisquées en Pologne et peut-être même de faire réus-

auf Stanisławs Fragen antworten, bindende Äußerungen jedoch vermeiden. Dieser selbst aber hatte die Hoffnung, seine Krone wiederzuerlangen, durchaus noch nicht aufgegeben. Wenn er später behauptete,[22] daß er lieber sein ruhiges Leben in Chambord fortgesetzt hätte und auch Vauchoux[23] das bestätigt, so beruhte diese Haltung zweifellos nur auf einer gewissen Zaghaftigkeit. Die Furcht vor seinen alten Gegnern war nicht unbegründet; tatsächlich fand im Juni 1725 ein, wie man in Frankreich glaubte, von August II. veranlaßter Attentatsversuch[24] auf Leszczyński statt, und auch 1731[25] kam ein solcher Plan ans Licht. Derartige Ereignisse versetzten Stanisław, der Gefühlsmomenten in starkem Maße unterworfen war, sogleich in düstere Stimmungen. Der geringste Hoffnungsschimmer verleitete ihn aber auch umgekehrt zu den kühnsten Illusionen. So schrieb er nach dem Tode Peters des Großen erfreut, daß er aus diesem Geschehnis eine große Besserung seiner Aussichten in „Nord"-Europa erhoffe.[26] Er erkannte richtig, daß mit Peter die einzige Brücke Frankreichs zu dem barbarischen und nur unklar vorstellbaren Rußland dahinsank und daß damit die Wahrscheinlichkeit der Stützung seiner Kandidatur durch Frankreich stieg. Wenn er den guten Willen der französischen Staatsmänner zunächst zu hoch einschätzen mochte, schließlich mußte er doch recht behalten. Die von der französischen Aristokratie mit großer Entrüstung aufgenommene unstandesgemäße Verbindung des Königs mußte

---

sir d' autres vues plus grandes, chercherait à sonder les S.res ambassadeurs sur les dispositions de S. M., à cet égard, le S. duc d'Antin et le marquis de Beauvau doivent autant qu'ils le pourront éviter d'entendre les insinuations qui pourraient leur être faites et d'y répondre, mais si elles étaient portées à un point qu'ils ne pussent pas se dispenser de s'expliquer, il faudrait qu'alors ils se bornassent simplement à faire connaître que S. M. contractant des liaisons aussi étroites avec le Roi Stanilas, elle sera bienaise de pouvoir dans les occasions et lorsque cela sera possible, contribuer à sa satisfaction. Que du reste il n'y aurait pas de moyens de former d'avance des projets qui dépendent d'une infinité de circonstances..."

[22] Er schreibt 1734 in der Autobiographie „Der wahre Glücks- und Unglücksspiegel des Königs Stanislai", er habe, als man ihm die erneute Kandidatur antrug, geantwortet: „Daß wer sich einmal verbrannt hätte, der hütete sich vors Feuer, stellte ihnen auch vor, wie ich nicht Ursach hätte, mich wieder in eine Weitläuftigkeit zu stecken, indem ich in Ruhe lebete und alles, was mein Hertz nur wünschete, auf dieser Welt hätte."

[23] Bericht Vauchoux', 27. April 1725, A. E. Po. CLXXIII, 37.

[24] Bericht Vauchoux', Juni 1725, A. E. Po. CLXXIII, 221.

[25] Monti an Chauvelin, 3. Oktober 1731, A. E. Po. CXCII, 198.

[26] Vgl. Boyé 46. — Brief an den Kommandanten von Straßburg und Gouverneur des Elsaß Du Bourg.

das Bestreben auslösen, Marja Leszczyńska nachträglich ebenbürtig zu machen.[27]

Einen festen Standpunkt in der polnischen Thronfolgefrage nahm Frankreich 1725 also noch nicht ein. Man rechnete jedoch in Paris damit, daß für den Fall eines französischen Eingriffs in die innerpolitischen Verhältnisse Polens ein Stamm von Anhängern vorzufinden sein werde.

Die französische Kultur, die im 17. Jahrhundert vom Hofe aus, besonders durch die Königinnen Marie-Louise de Gonzaga[28] und Marie d'Arquien,[29] bei den Magnaten eingedrungen war, fand jetzt bereits im niederen Adel Nachahmung. Als bei Eröffnung des Konvokationsreichstages 1733 einige Wojewoden in polnischer Nationaltracht erschienen,[30] wurde ihr Auftreten als bewußte Betonung des alten Polentums gegenüber der sonst üblichen Angleichung an die westliche Mode empfunden. Anders stand es mit dem Einfluß Frankreichs auf politischem Gebiet. Das fehlgeschlagene Wahlmanöver des Prinzen Conti und der Mißerfolg der französisch-schwedischen Politik im nordischen Kriege hatten das Vertrauen auf die Kraft Frankreichs geschwächt und die Anhänger einer französischen Orientierung den Zusammenhalt verlieren lassen. Das Fehlen eines ständigen diplomatischen Vertreters (1697—1729) verhinderte jede zielbewußte Beeinflussung des Adels, so daß eine eigentliche „französische Partei" Anfang der 20er Jahre nicht mehr existierte. Das gute Einvernehmen, das Frankreich mit dem sächsischen Königshause als dem Gegenspieler der pragmatischen Sanktion zu erhalten suchte, diente nicht dazu, die Stimmung der Szlachta zu verbessern, jedoch glaubte diese nach wie vor, daß die französische Politik eigene Ziele in Polen verfolge. So mußte aus der Opposition gegen das sächsische Herrscherhaus der Kern einer neuen französischen Partei erwachsen. In Frankreich wollte man den Rückhalt gegen die als Despotismus empfundene Herrschaft Augusts finden. In diesen Unzufriedenen, die über das ganze Gebiet der Rzeczpospolita verbreitet waren, konnte Frankreich also den einen Teil seiner Anhänger suchen. Der andere mußte aus den wenigen entstehen, die dank ihrer früheren Verbindung mit Stanisław und Schweden einen Vorteil aus der Rehabilitierung Leszczyńskis zu erlangen hofften. Diese konzentrierten sich hauptsächlich in

---

[27] Chauvelin äußerte zu einem Freunde: „Le Roi se trouvait à n'avoir épousé qu'une simple demoiselle, et il fallait que la Reine fût fille de roi." Vgl. Vandal, Villeneuve, 184.
[28] Gemahlin Władysławs IV. und Jan Kazimierz'.
[29] Gemahlin Jan Sobieskis.
[30] Vgl. Ger'e 218.

Großpolen, wo Stanisław verbreitete verwandtschaftliche Beziehungen besaß. Die Zahl der alten Anhänger war jedoch sehr gering, die Masse derer, die zu August übergegangen waren und nun bei einer Rückkehr Stanisławs auch seine Rache fürchten mußten, war weit größer und schloß vor allem die bedeutenderen Köpfe ein. Natürlich konnten beide mit Frankreich sympathisierenden Gruppen ihren Standpunkt nur streng geheim vertreten. So läßt sich eine genaue Aufstellung derjenigen, die man etwa im Jahre 1726 für eine französische Partei zu gewinnen hoffen konnte, nicht geben. Einen gewissen Anhaltspunkt für die Möglichkeit einer erfolgreichen Auswirkung des französischen Einflusses gewährt jedoch die traditionelle Einstellung einiger bedeutender Familien und Persönlichkeiten.[31]

Als die Mächtigsten dieser Zeit erscheinen die Potockis. Voller Neid sahen sie die wachsende Begünstigung der Czartoryskis und des Emporkömmlings Poniatowski, die alle wie sie selbst einst zu den eifrigsten Anhängern Stanisławs gehört hatten. An der Spitze der Potockis stand seit 1721 der Primas Teodor Potocki, der trotz hohen Alters mit großer Energie seinen und seiner Familie skrupellosen Ehrgeiz zu befriedigen strebte. Er selbst hatte zwar die höchste Würde der Republik durch die Gunst Augusts erreicht und stand auch Mitte der 20er Jahre noch in hoher Gnade. Das hinderte ihn jedoch nicht, auch nach anderen Seiten Verbindungen aufrecht zu erhalten, um seiner Familie die Krone Polens zu gewinnen oder wenigstens den Großhetmansstab sicherzustellen, den Józef Potocki, der Wojewode von Kiew, nach Stanisławs Sturz verloren und noch nicht wiedererlangt hatte. Auch dieser mußte also der Opposition angehören. Er unterhielt Beziehungen zu Rußland, Österreich, Schweden, der Türkei, den Tataren und schließlich auch zu Frankreich und galt außerdem als der reichste Magnat Polens. Um die Mitte des Jahrhunderts[32] betrugen seine jährlichen Einnahmen 1 800 000 polnische Gulden, eine enorme Summe, wenn man dagegenhält, daß sich die gesamten polnischen Einkünfte des Königs nur auf 1 600 000 polnische Gulden beliefen.[33] Diese Vermögensverhältnisse werden sich seit Anfang des Jahrhunderts kaum wesentlich

---

[31] Vgl. dazu: Liste des polnischen Adels B. N. ms. 9028, a. f. f.; Liste des polnischen Adels A. E. Po. CLXXXIV, 402, Askenazy 59 ff. und Ger'e 153 ff.

[32] Vgl. Waliszewski 18.

[33] Vgl. Wojciechowski 545 und Raczyński XVIII, 10. Wojciechowski gibt für das Jahr 1716 280 795 Th. an, d. h. 2 246 360 poln. Gulden (nach der Münzregelung von 1717: 1 Th. = 8 poln. Guld. Vgl. Rutkowski, Jan, Histoire économique de la Pologne avant les partages. Paris und Posen 1927, I, 207).

geändert haben, gelten also auch für unsere Jahre. Ebenso geschickt im diplomatischen Umgang, doch nicht so klar in der Durchführung seiner Ziele und, da er nicht über einen so großen Reichtum verfügte wie Józef, abhängiger von fremden Bestechungsgeldern, war der Neffe des Primas, Antoni Potocki, der spätere Wojewode von Bełz. Durch seine Mutter, eine Saltykov, eine Tante Anna Ivanovnas, besaß er enge Beziehungen zum Zarenhaus. Auch mit Leszczyński verknüpften die Potockis schon verwandtschaftliche Bande.[34] — Bei der Besetzung der Ämter und Würden hatten die Potockis den weitaus größten Anteil aller polnischen Familien. Außer dem Primat, verschiedenen Palatinaten und Kastellaneien, lag auch das Amt des Hofmarschalls der Krone in ihrer Hand. Es wurde von Stefan Potocki, dem Bruder des Primas, verwaltet. Der ungeheure Landbesitz der Potockis in der Ukraine, in Podolien, im russischen Palatinate und in Kleinpolen machte dieses Geschlecht zudem zum Vorposten des westlichen Einflusses gegenüber dem sonst der russischen Einwirkung ausgesetzten litauischen Adel. Bei der strengen Richtung aller Potockis nach ihrem Oberhaupt boten sich für die französische Intrigue unabsehbare Möglichkeiten, durch sie zu wirken, sobald nur der Primas gewonnen war.

Die andere bedeutende Familie, die der Czartoryskis, stand Anfang des Jahrhunderts noch nicht auf der Höhe ihrer Macht. Sie wurde zu dieser Zeit vertreten durch den Kastellan von Wilna, Kazimierz Czartoryski. Dieser war früher ein treuer Anhänger Contis und Stanisławs gewesen, war jedoch dann ebenso wie seine Söhne Michael Friedrich, der Unterkanzler v. Lit., und August Aleksander, der damalige Oberst der Garde und spätere Wojewode von Rußland, in Augusts Lager übergegangen. Die beiden jungen Czartoryskis standen noch im Banne ihres bedeutend älteren Schwagers, Stanisław Poniatowskis, des Großschatzmeisters v. Lit. und Kronregimentarius.[35] Dieser erscheint neben dem Wojewoden von Kiew in den ersten Dekaden des Jahrhunderts als bedeutendste politische Persönlichkeit Polens. Poniatowski hatte es verstanden, aus dem treuesten Anhänger Stanisławs, dem er einst sogar in die Türkei und nach Zweibrücken gefolgt war, durch Vermittlung seines Freundes Flemming zum mächtigsten Günstling Augusts II. zu werden. So hatte der König 1726 mit den Czartoryskis

[34] So war z. B. die Schwester Stanisławs mit einem Potocki vermählt.

[35] Erst 1731 heiratete August Aleksander die reiche Witwe des Wojewoden von Połock Dehnhoff, die ihm ein Jahreseinkommen von 100 000 poln. Gulden einbrachte (Ger'e 211), und sicherte so den Czartoryskis eine wirtschaftliche Basis, die sie von Poniatowski unabhängig machte.

einen Vertrag abschließen können, in dem sie für die sächsische Erbfolge einzutreten versprachen.[36] Trotzdem glaubte Stanisław, auf Poniatowski immer noch zählen zu können, wenn er auch jetzt im sächsischen Lager stand.[37] Stanisław Poniatowski verfügte aus seiner Zeit in der Türkei über gute Beziehungen zur Pforte und ihren Vasallenstaaten. Er hatte außerdem seit 1728 das wichtigste Machtmittel des Staates, die Kronarmee, in der Hand. Mit Poniatowski hoffte man, auch die Czartoryskis zu Frankreich herüberzuziehen. Auch hier konnten verwandtschaftliche Beziehungen den Ansatzpunkt bilden; denn die Gattin Kazimierz Czartoryskis war eine Tochter des ehemaligen Großschatzmeisters d. Kr. Morsztyn, eines alten Parteigängers Contis, die Schwester der Hofmarschallin Bielińska, die in Warschau einen berühmten politischen Salon nach französischem Muster unterhielt.

Auch unter den weniger einflußreichen Familien Polens gab es einige, auf welche die französische Politik mit Bestimmtheit rechnen zu können glaubte. Die hauptsächlich im Palatinat Lublin begüterte Familie Tarło war ständig in guten Beziehungen zu Stanisław geblieben, da Michael Tarło,[38] der ehemalige Palatin von Lublin, Stanisław in die Verbannung gefolgt war und die Verbindung aufrecht erhalten hatte. Ebenso fest vertrat der jetzige Wojewode von Lublin, Jan Tarło, die französische Richtung. Große Hoffnungen setzte Stanisław auf seine persönlichen Anhänger und Verwandten in Großpolen, so den Kämmerer von Posen, Radziewski, den Kronkämmerer Lubomirski, den Palatin von Rawa, Jabłonowski, und andere. In Paris teilte man diesen Optimismus nicht; die meisten der sogenannten alten Freunde waren so unbedeutend, daß sie politisch nur wenig nützen konnten.[39] In Ermangelung eigenen Einblicks in die inneren Verhältnisse Polens sah sich die französische Regierung jedoch immer wieder genötigt, Stanisławs Rat heranzuziehen[40] und seinem Urteil Glauben zu schenken.

Am wenigsten konnte man während eines Interregnums auf die Unterstützung des litauischen Adels hoffen. Seit dem Frieden von Nystadt machte sich in Litauen naturgemäß der russische Druck stark bemerkbar, da ständig die

---

[36] Vgl. Lerer 42 und Declaracja panów polskich, Raczyński XIII, 185.

[37] Instruktion für Livry, Farges I, 319.

[38] † 1727 in Chambord.

[39] Löwenwolde sagt z. B. über Jabłonowski: „Dieser gute alte Mann", der „nicht viel Vormittag noch weniger aber Nachmittag bei sich selbsten ist." 22. Februar 1733. Ger'e Anh. 55.

[40] 1726 erhielt Livry (s. u. S. 15 f.) zwei besondere Instruktionen Stanisławs, darunter eine genaue Aufstellung seiner mutmaßlichen Anhänger und Gegner.

Gefahr der Besetzung des Landes durch russische Truppen und der damit verbundenen Verwüstungen und Plünderungen drohte. Nur die Sapiehas, die seit längerer Zeit in Familienzwistigkeiten[41] mit den Radziwiłłs lagen, befanden sich in so großer Opposition zum Hof, der sich auf die Seite der Radziwiłłs stellte, daß sie in der Anlehnung an Frankreich ihr Heil suchten. Die Familie der Sapiehas war weit verbreitet und hatte einen großen Teil des kleinen Adels hinter sich. Allerdings hatte sich die jüngere Generation (besonders Michael, der Palatin von Podlachien) bereits mit dem sächsischen Regime ausgesöhnt. An der Spitze des Geschlechts standen damals der Starost von Merecz, Antoni Kazimierz, und der Großmarschall v. Lit., Aleksander Karol. Von großer Bedeutung für die französische Propaganda sollten außerdem zwei am russischen Hofe lebende Mitglieder dieser Familie werden.[42]

Man wußte in Frankreich nun aber sehr wohl, daß mit der Gewinnung einzelner Personen oder Familien noch nicht sehr viel getan war. Vielmehr kam es darauf an, die ausschlaggebenden Ämter in „treuen Händen" zu sehen. Mitte der 20er Jahre erschien die Konstellation der Ämterbesetzung für Frankreich nicht ungünstig. Der Primas war dem französischen Einfluß sehr ergeben. Der Großmarschall d. Kr., Józef Mniszech, äußerte Frankreich gegenüber zwar keinerlei Sympathie; durch seine Gattin, eine Schwester Jan Tarłos, und seinen Schwiegersohn, den Palatin von Kiew, wurde er jedoch soweit beeinflußt, daß er den französischen Machenschaften keinen direkten Widerstand entgegensetzte. Die andere Großmarschallswürde bekleidete Aleksander K. Sapieha,[43] dessen Einstellung schon charakterisiert wurde. Auch die Großkanzler, Jan Szembek und Michael Wiśnowiecki, welcher letztere bis auf eine kurze Unterbrechung schon während des nordischen Krieges der Hofpartei angehört hatte, konnte man nicht zählen, obwohl auch hier Stanisław optimistischer sah. Die Besetzung der Ämter der Unterkanzler, Großschatzmeister und Hofmarschälle war für Frankreich von geringerer Bedeutung. Den größten Wert aber behielt der Großhetmansstab. Dieser war in Polen seit 1728 unvergeben, und auch der litauische wurde 1730 durch den Tod Pociejs frei. Die Verwaltung des polnischen Hetmansamtes durch Poniatowski entsprach zwar zunächst kaum den Wünschen Frankreichs, Pociej

[41] Verschiedene Schiedssprüche Augusts (Juli 1731, April 1732) blieben erfolglos. A. E. Po. CXCI, CXCII, CXCVII.

[42] S. u. S. 62 f.

[43] S. o. diese Seite.

jedoch rechnete Stanisław zu denen, „qui attendaient les évènements".[44]

Überall war Aufgeschlossenheit der Polen Frankreich gegenüber vorhanden. Es kam nun darauf an, die im Keim schlummernden Sympathien zu wecken.

Vor allen Dingen mußte Frankreich zunächst die unterbrochenen diplomatischen Beziehungen zu Polen wieder aufnehmen. Seit Bezenval[45] 1721 in sein Vaterland zurückgekehrt war, hatte der Legationssekretär Maron die Geschäfte in Warschau fortführen müssen. Die Lage Europas nach den Verträgen von Wien und Herrenhausen[46] gab nun Anlaß, eine Wiederannäherung an Polen zu suchen, damit wenigstens dieses von dem Beitritt zum Wiener Bündnis abgehalten würde. Wenn das gelänge, glaubte man in Paris, würde auch die Gefahr eines russischen Einmarsches während des künftigen Interregnums vermindert werden.[47]

So erhielt im April 1726 der Abbé de Livry den Auftrag, in Warschau die Bemühungen der Wiener Vertragsmächte abzuwehren. Nur unter dem strengsten Siegel der Verschwiegenheit hatte man ihm selbst das Endziel seiner Mission mitgeteilt. In Paris herrschte noch keine Klarheit darüber, welcher Kurs in Polen einzuschlagen sei, um die Vererbung der Krone zu verhindern. Man dachte darum zunächst nur daran, eine starke Koalition gegen den Kaiser zustande zu bringen, von dem allein man ernstlichen Widerstand gegen eine von Frankreich vorgeschlagene Kandidatur befürchtete. Ein wahrscheinlich von Stanisław selbst verfaßtes Mémoire[48] aus dieser Zeit entwarf den phantastischen Plan, England, Schweden, Dänemark, Preußen, Ruß-

---

[44] Farges, I, 319, Anm. 1.

[45] Jean Victor de B., baron de Brunstatt, 1671—1736, 1707—1710 Gesandter in Schweden, dann bis 1721 in Polen. Vermittler im Frieden von Nystadt.

[46] Vgl. u. S. 57 ff. Wiener Vertrag 1725 zwischen Spanien und Österreich, Herrenhauser Vertrag 1725 zwischen Frankreich, England und Preußen.

[47] „... si l'on parvenait à retenir les Polonois, toutes les portes seraient fermées aux Moscovites et qu'ils ne pourraient plus avec sûreté former des entreprises au dehors." Instruktion für Livry, 30. April 1726. Farges I, 314.

[48] „... comme il ne serait pas juste que la France fût seule chargée du soin et des frais d'une affaire, dont la réussité n'importe pas moins ù d'autres puissances, il sera bon d'engager les rois d'Angleterre, de Suède, de Danemarc et de Prusse; le Grandseigneur et s'il se peut, la Moscovie, à y entrer avec elle en leur faisant representer ce que les y doit intéresser... Le Pape même ne savrait se dispenser de contribuer au moins les bons offices pour cet effet et favoriser le rétablissement du roi Stanislas, s'il fallait la moindre attention à la conséquence dont il est pour lui qu'il y ait en Pologne un prince par le moyen duquel on puisse donner de l'occupation de ce côté à l'Empereur." Mémoire concernant la succession à la Couronne de Pologne. A. E. Po. CLXXV, 427. Anonym.

land, die Pforte und vielleicht sogar den Papst gegen den Kaiser zu verbünden. Man verkannte die Unmöglichkeit, alle Staaten in der polnischen Angelegenheit zu einer Front zu vereinen, und überschätzte die Neigung Rußlands zur Fortsetzung der franzosenfreundlichen Politik Peters des Großen.

Die Livry den Polen gegenüber auferlegte Zurückhaltung trug noch mehr dazu bei, den sichtbaren Erfolg seiner Mission zu beeinträchtigen. Morville hatte zwar durch ihn an den Primas, Poniatowski, Mniszech, Pociej und andere hohe Würdenträger, sowie an den Senat besondere Briefe[49] überreichen lassen, die ihre Wirkung nicht verfehlten. Der Primas trat mit Livry in regen Verkehr und bedauerte aufrichtig, als der Gesandte wieder abberufen wurde.[50] Wie dieser aber zu Villebois äußerte,[51] hatte es Livry nicht verstanden, mit der niederen Szlachta in Konnex zu treten. Sein Wunsch, diese durch eine aktivere Politik zu gewinnen, wurde von Paris aus in keiner Weise gestützt; Fleury und Morville verharrten abwartend und versicherten Stanisław Leszczyński, daß man wohl eine Besserung seines Geschicks herbeisehne, in der Wahlangelegenheit aber nichts für ihn unternehmen könne. Gleichzeitig äußerte sich der Kardinal verschiedentlich in der vielversprechendsten Weise gegenüber dem sächsischen Gesandten.[52] Eine so schwankende Politik mußte erfolglos bleiben. Trotzdem aber stellte die Mission Livrys den ersten ernsthaften Versuch dar, den französischen Standpunkt in der Frage der polnischen Sukzession zur Geltung zu bringen.

Im August 1727 erhielt nun Frankreichs Außenpolitik eine neue Intensität. Dem in der polnischen Frage zurückhaltenden Morville folgte als Außenminister Chauvelin,[53] ein Mann, der seinen Ehrgeiz darein setzte, die Thronfolgefrage zum gewünschten Ende zu führen. Die fortschreitende Krankheit Augusts des Starken mahnte zur Stellungnahme. Die polnische Sukzession war bereits Tagesgespräch der Diplomaten am Pariser Hof. Man sprach davon, daß der Kaiser den Prinzen Eugen kandidieren lassen wolle. Der russische Botschafter Kurakin erklärte, Rußland sei entschlossen, einen Piasten auf den Thron zu setzen und habe darüber bereits Vereinbarungen mit den polnischen

---

[49] A. E. Po. CLXXV, 123 ff.
[50] Juni 1726.
[51] S. u. S. 17. Aussage des Primas: Bericht Villebois' vom 3. Dezember 1728. A. E. Po. CLXXX, 122.
[52] Berichte Hoyms vom 20. Januar 1727, 10. März 1727 und o. D. aus dem Frühjahr 1727: Raczyński XVIII, 174 ff.
[53] Germain-Louis Ch., 1685—1762, 1727—1737 Außenminister, 1729 Siegelbewahrer.

Magnaten getroffen.[54] Auch der König von Frankreich mußte sich entscheiden und, wenn er überhaupt die Rehabilitierung seines Schwiegervaters durchsetzen wollte, eine aktivere Politik in Polen einschlagen.

Nach der Abreise Livrys war dort wieder nur Maron zur Fortführung der Geschäfte zurückgeblieben; dieser wurde unterstützt durch den Legationssekretär Valcourt, der mit Livry nach Polen gekommen war. Beide aber waren über das Ziel der französischen Thronfolgepolitik nicht orientiert, konnten also keine vertraulichen Verhandlungen führen. So wurde eine neue Geheimmission notwendig.

Vom Oktober bis Dezember 1728 finden wir Michel de Villebois unter dem Decknamen „Laube" in Polen. Nur Maron war in das Geheimnis seiner Mission eingeweiht. Villebois' Auftrag bestand darin, die von Livry aufgenommene Verbindung mit dem Primas durch offene Gespräche, die er selbstverständlich als Privatmann führte, auf die Probe zu stellen und ihm so eine Stellungnahme aufzunötigen. Trotz verschiedener langer Aussprachen[55] mit Teodor Potocki, in denen sämtliche Probleme der inneren und äußeren Politik Polens berührt wurden, gelang es Villebois jedoch nicht, das angestrebte Ergebnis herbeizuführen. Der Franzose wünschte, einen gemeinsamen Aktionsplan aufzustellen, wie der niedere Adel, von dem der Primas ein kommentiertes Verzeichnis liefern sollte, zu gewinnen sei. Der Primas aber verharrte in Zurückhaltung und weigerte sich, die geforderte Auskunft zu geben. So blieb ein gegenseitiges Mißtrauen bestehen, und Villebois verließ Polen in der Meinung, der Primas sei: „... un genie médiocre et peu propre à former des projets suivis ...".[56] Trotzdem war die Mission nicht verfehlt. Mit dem Freund und Vertrauten des Primas, Włotowski, wurde ein regelmäßiger Briefwechsel verabredet, so daß durch ihn eine ständige Einwirkung auf Teodor Potocki gesichert war. Neben den Großen des Landes, unter denen der Palatin von Kiew das größte Vertrauen des französischen Gesandten genoß, trat Villebois auch bereits in Verbindung mit Männern des niederen Adels, so daß auch hier eine Grundlage für weitere Arbeit geschaffen war.

So war der Anfang gemacht, das ganze System der diplomatischen Ränke und Finessen seine Wirkung in Polen beginnen zu lassen. Die Kenntnis der polnischen Verhältnisse war jedoch noch so gering, daß man sich auf Orientierun-

[54] Bericht Hoyms 20. Januar 1727. Raczyński XVIII, 174.
[55] Berichte über Villebois' Unterhandlungen in Łowicz vom 23. September bis 11. Dezember 1728. A. E. Po. CLXXX, 122 ff.
[56] Bericht Villebois'. A. E. Po. CLXXX, 122.

gen von anderer Seite, von Stanisław oder vom Primas, verlassen mußte. Eine selbständige Politik konnte erst ein ständiger Vertreter Frankreichs, der genügend Zeit hatte, sich mit den inneren Bedingungen des Landes vertraut zu machen, durchführen.

Kapitel II.

Das Einflußsystem des Marquis de Monti.

1.

Zunächst hatte Maron die Geschäfte der französischen Gesandtschaft wenigstens weiterführen können; durch seinen Tod im Januar 1729 trat aber ein völliger Stillstand im diplomatischen Verkehr beider Länder ein. Auch die Hoffnung auf eine Rückkehr Livrys wurde zunichte gemacht, als dieser einen Monat später in Paris verstarb. So wurde die Neubesetzung des Warschauer Postens unumgänglich. Einen geeigneten Vertreter fand Frankreich in dem Marquis de Monti.[1]

Monti war in erster Linie Soldat; unter Vendôme hatte er in Italien, Flandern und Spanien gekämpft. Seine Erfahrung als Diplomat beschränkte sich dagegen auf eine Mission nach Spanien (1715—17), die ihm den Titel eines Gesandten eingetragen hatte. Wie bei vielen seiner Zeitgenossen wurde seine militärische Karriere durch die politische Tätigkeit nicht abgebrochen, noch während seines Aufenthaltes in Polen wurde er zum Colonellieutenant befördert. Als Soldat betrachtete Monti auch seine diplomatische Aufgabe und suchte unter Konzentrierung aller Kräfte, das eine Ziel, die Vorbereitung der Wahl eines französischen Thronkandidaten, durchzusetzen. In dieser Zielsicherheit lag seine Stärke, besonders, da sich von der Gegenseite keine einheitliche Richtung ihm entgegensetzte. In ihr war aber auch zugleich die Schwäche seiner Politik begründet. Monti verkannte, daß von Paris aus gesehen das polnische Problem nicht so im Brennpunkt stand wie für ihn, und glaubte deshalb, eine stärkere Unterstützung erwarten zu können als den Tatsachen entsprach. Die Anweisungen, welche er empfing, waren viel seltener als seine eigenen Berichte, so daß er in der Annahme, seine Politik fände in Paris vollen Anklang, bestärkt wurde. Der Außenminister Chauvelin vertrat, gestützt durch den König und

[1] Antoine Felix marquis de M., geb. 1684, stammte aus einer Familie italienischen Ursprungs, Botschafter in Polen 1729—1734, 1734—1736 in russischer Gefangenschaft, gest. 1738 als Generalleutnant. Instruktion 5. Mai 1729. Farges II, 2.

die Hofpartei, zwar ebenso wie Monti den Grundsatz der Fortführung einer Polenpolitik im hergebrachten Sinne. Auch er schreckte vor den Konsequenzen nicht zurück, da er eine Auseinandersetzung mit Österreich ohnehin für unvermeidlich hielt. Der Kardinal Fleury jedoch, der seit 1726 die Funktionen des Ministerpräsidenten versah, wollte den Krieg auf alle Fälle hinausschieben, bis er sein Werk der finanziellen Sanierung Frankreichs weiter durchgeführt hätte, und stand deshalb jeder Einmischung in die polnischen Verhältnisse prinzipiell ablehnend gegenüber. Einer Inthronisierung Leszczyńskis, der durch seinen Gegner Bourbon aus dem Dunkel der Vergessenheit hervorgeholt worden war, konnte er schon gar keine Sympathie entgegenbringen. Deutlich sollte der Verlauf der Dinge diese Abneigung zeigen; als Fleury wider seinen Willen in den Krieg hineingerissen wurde, fand er sich mit der unabänderlichen Tatsache ab und führte ihn zum erfolgreichen Ende. Stanisław jedoch opferte er auf.

Über die Absichten Fleurys blieb Monti im unklaren, da keine direkte Korrespondenz zwischen beiden bestand. Diese überließ Fleury dem König und Chauvelin, in deren Briefen allerdings oft die hemmende Einwirkung des Kardinals zum Ausdruck kommt. Noch während des Interregnums, als es für Monti überhaupt kein anderes Ziel mehr gab als die Wahl Stanisławs, konnten daher selbst bei Chauvelin und Ludwig zeitweilig Bedenken entstehen, ob es nicht besser sei, Stanisław abzufinden[2] und irgendeinen Kandidaten wählen zu lassen, dessen Name sich nicht mit dem Prestige Frankreichs verknüpfte. Meist jedoch mahnten sowohl der König wie Stanisław und Chauvelin zu weiterer aktiver Politik und täuschten in dieser Weise Monti darüber hinweg, daß die eigentlichen Machtmittel, Geld und Armee, doch nur mit Fleurys Einwilligung eingesetzt werden konnten. So isolierte sich Montis Politik mehr und mehr von der des Kardinals, und wenn auch in Paris die Partei, die für Leszczyńskis Wahl eintrat, einige Macht besaß, so hatte sie doch nicht erfaßt, w i e sie diesen auf den Thron bringen müßte. Ebenso wie Fleury richtete sie noch immer alle Aufmerksamkeit auf die bevorstehende Auseinandersetzung mit Habsburg und sah auch die pol-

[2] Chauvelin an Monti 7. Juli 1733. A. E. Po. CCVI, 319, und der König an Monti 22. Mai 1733. A. E. Po. CCV, 24. „S'il n'arriverait pas de changement qui put assurer le succès de nos mesures et promettre un rétablissement tranquille et solide, il faudrait sans doute former un plan différent sur les affaires de Pologne et employant tous les soins possibles pour exclure absolument l'électeur de Saxe, laisser d'ailleurs toute liberté aux Polonais de choisir tel maître qu'ils jugeront à propos."

nische Frage nur unter diesem Gesichtswinkel. Nur so lange trat man der sächsischen Erbfolge entgegen, als man Sachsen und den Kaiser einig sah, einen durch die pragmatische Sanktion ins Gegenlager gedrängten sächsischen Prinzen aber hätte man auch auf dem polnischen Thron geduldet. Für Monti dagegen handelte es sich in erster Linie um einen Kampf gegen Rußland, gegen den unterminierenden Einfluß dieses Nachbarn in Polen selbst und gegen seine zunehmende Machtstellung sowohl in Stockholm und Konstantinopel wie in Berlin und Wien. Wie wenig man die russische Gefahr in Frankreich beachtete, erkannte Monti erst, als die Armeen Münichs und Lascys bereits in Polen standen, die französische Unterstützung aber ausblieb. Die uneinheitliche Auffassung der französischen Staatsmänner über die in Polen notwendige Politik mußte zum Mißerfolg führen.

Bevor das System, welches Monti für die Vorbereitung der Wahl Stanisław in Polen anwandte, analysiert werden kann, muß erörtert werden, welchen Auftrag er 1729 erhielt. Während die Missionen Livrys und Villebois' lediglich eine erstmalige Fühlungnahme unter strengster Vermeidung bindender Erklärungen bezweckten, begann mit der Entsendung Montis der eigentliche Wahlkampf. Zwar sollte auch er noch die wahre Absicht der französischen Regierung geheimhalten; denn wenn man das Mißtrauen Europas auch nicht zerstreuen konnte, so wollte man es doch auch auf keinen Fall vermehren.[3] Mit Versprechungen von Pensionen und einmaligen Geschenken sollte Monti sparsam umgehen. Aber der Kreis der Personen, die ins Vertrauen gezogen werden sollten, mußte erheblich erweitert werden. Außer der eigentlichen Instruktion und den zu seiner Orientierung beigefügten Instruktionen Livrys und Villebois' nahm Monti noch insgesamt 43 Briefe[4] an die Großen der Republik mit, darunter Blankoschreiben zur Verwendung nach eigenem Gutdünken. Für den Fall des Interregnums gab ein besonderes Mémoire[5] Weisung. Persönlicher Einsatz des Botschafters sollte die Garantie für den Erfolg bilden; während der kritischen Zeit würde deshalb seine Anwesenheit in Warschau[6] erstes Erfordernis sein. Bis dahin jedoch mußte die Aufrechterhaltung guter Beziehun-

[3] „Tout le monde est persuadé qu'elle (Sa Majesté) portera ce prince; mais il y a bien de la différence entre laisser subsister des opinions que l'on ne pourrait pas détruire ou les confirmer par un aveu formel ..." Instr. für Monti, 5. Mai 1729. Farges II, 18.

[4] Aufstellung der Monti mitgegebenen Papiere: A. E. Po. CLXXXIII, 209.

[5] A. E. Po. CLXXXIII, 188.

[6] Comment il faut agir avec les Français qui sont au service du roi de Pologne. A. E. Po. CLXXXIII, 81.

gen zum sächsischen Hof die Ziele der französischen Politik verbergen. Für Monti bedeutete dieses doppelte Spiel von vornherein nur eine äußerliche Tarnung; seine Bemühungen sollten während der ganzen Zeit nur dem einen Ziel gelten, der Wahl Stanisław Leszczyńskis. —

Betrachtet man nun die Politik, welche Monti in Polen anwandte, so scheint ihr zunächst jede große Linie zu fehlen. Der Verfechter der Interessen Stanisławs spielt zuweilen mit der Möglichkeit einer sächsischen Erbfolge; heute gewährt er dem Primas das höchste Vertrauen, morgen spricht er von den Czartoryskis als den einzig Zuverlässigen unter dem polnischen Adel. Monti selbst erklärt diese Widersprüche, wenn er an Ludwig XV. schreibt:[7] „Le système de ce pays ci changeant à tout moment, il faut aussi changer de principes." Gerade dieser scheinbare Zickzackkurs ist die Methode der Montischen Politik, die ständige Umstellung nach der jeweiligen Lage ist bei ihm nicht Schwäche, sondern Prinzip, und bei näherer Betrachtung treten trotzdem einige konstante Züge hervor. Bis zum Tode Augusts verfolgt er im wesentlichen eine Politik defensiver Natur. Während er sich dem König von Polen gegenüber verhandlungsbereit und nachgiebig zeigt, sorgt er doch dafür, daß die sächsischen Bestrebungen erfolglos bleiben, macht die Neubesetzung der vakanten Ämter durch Sprengung sämtlicher Reichstage zunichte, sucht die Zwietracht der großen Familien zu steigern (z. B. der Sapieha und Radziwiłł) und vermehrt im kleinen die Unzufriedenheit mit dem sächsischen Regime. Jede eigentlich positive Arbeit für Stanisław wird vertagt, Gewaltmittel wie die Anzettelung von Konföderationen, an deren Anwendung er zunächst noch denkt, schwinden seit Herbst 1729 ganz aus seiner Berechnung. Monti verzichtete dadurch auf jeden schnellen Erfolg. Nach außen mußte diese Zurückhaltung als Unentschlossenheit erscheinen. Verschiedentlich wird selbst Chauvelin ungeduldig und mahnt, endlich die Initiative zu ergreifen; denn wer zuerst zupacke, werde gewinnen.[8] Erst während des Interregnums aber geht Monti zu einer wirklich aktiven Politik über. Jetzt ist er imstande, alles für den Erfolg zu opfern, und schreckt weder vor großen Ausgaben noch vor der Gefahr eines Krieges zurück.[9] Auch dann noch bleibt er jedoch seinem Grundsatz treu, daß nur größte

---

[7] 28. Januar 1733. A. E. Po. CCII, 60.

[8] Z. B. 17. Februar 1732. A. E. Po. CXCVI, 28.

[9] Monti an den König 5. Juni 1733. A. E. Po. CCVI, 12 und Monti an Villeneuve 26. Mai 1733. A. E. Po. CCXII, 208: „Sa Majesté a une occasion ... il faut la poursuivre coute qu'il coute."

Wandlungsfähigkeit der Beeinflussungsmethoden die inneren Verhältnisse Polens endgültig bestimmen könnte.

2.

Zur Durchführung seiner Ziele brachte Monti ein sehr kompliziertes System von Einflußmitteln zur Anwendung. Um trotzdem seinen Maßnahmen die Einheitlichkeit zu bewahren, mußte er selbst alle Fäden in der Hand behalten und auf ausgedehntere Hilfe bevollmächtigter Agenten zur Beeinflussung der Polen verzichten.

Für die amtlichen Geschäfte standen ihm zwar einige Männer zur Seite. In Warschau hatte Perteville[10] Marons Residentenposten übernommen; er vertrat den Botschafter abwechselnd in Dresden und Warschau und war sogar zur Führung der Korrespondenz mit Paris befugt; eigene Vollmacht besaß er jedoch nicht und war ebenso wenig in die geheime Politik Montis eingeweiht wie dessen Sekretär, der nach Marons Tode noch in Warschau zurückgebliebene Anthouard,[11] und der Monti treu ergebene, aber ganz unselbständige Tercier.[12] Außer in Warschau hielt sich nur in Danzig ständig ein französischer Vertrauensmann auf, der Kommissär Mathi,[13] dessen Geschäfte aber in erster Linie wirtschaftlicher Natur waren. Die Botschafter der anderen Mächte fanden dagegen weit mehr Unterstützung an ihren Untergebenen. Ganz abgesehen von Sachsen, dessen überlegene Stellung in Warschau schon durch die Anwesenheit des Hofes gesichert war, besaßen auch die Residenten Rußlands und Österreichs sowohl in Warschau wie in Danzig[14] eine weit einflußreichere Stellung als die Frankreichs. Das kam schon darin zum Ausdruck, daß sie an wichtigen Konferenzen teilnahmen,[15] während der französische Vertreter Perteville stets ausgeschlossen blieb.

Eigentliche Agenten mit ständigem Auftrag beschäftigte Monti in Polen überhaupt nicht. Er beschränkte sich darauf, von Fall zu Fall subalterne Personen wie Diener, Sekretäre, Mönche und niedere Priester, zu bestechen und durch sie Informationen einzuziehen.[16] Dagegen unterhielt Rußland in Polen ein ganzes Netz von Agenten, welche vor

[10] Perteville bekleidete vorher das Amt eines Chargé d'affaires in Kopenhagen. Instruktion für Polen: 19. März 1730. Farges II, 26.
[11] Pierre A., geb. 1683; arbeitete 1718 in Schweden für Stanisław.
[12] Jean Pierre T., 1704—1767. Privatsekretär Montis. Seine Mémoiren befinden sich A. A. E. mém. et doc.
[13] S. u. S. 27.
[14] In Warschau russischer Resident: Golembĕvskij, kaiserlicher: Kinnern. In Danzig russischer Resident: Erdmann, kaiserlicher: Rosenberg.
[15] Vgl. Ger'e 165; Podoski IV, 225.
[16] Vgl. Ger'e 331.

allem im litauischen Teil eine planmäßige Propaganda ausübten. Im Winter 1732/33 und während des Interregnums entfalteten der Oberst Darewski,[17] der vorher ein Parteigänger Leszczyńskis gewesen war und erst kürzlich wegen Meinungsverschiedenheiten dessen Dienst mit dem russischen vertauscht hatte, die Gebrüder Lieven[18] und andere kurländische Edelleute dort eine rege Tätigkeit, indem sie von Ort zu Ort reisten, um den Adel gegen die Kandidatur Stanisławs einzunehmen. In Danzig wirkten ein Oberst de Serre[19] und in Warschau eine dunkle Persönlichkeit namens Tripolski[20] im Auftrage Rußlands.

Durch Montis Verzicht auf Geheimagenten verlor der französische Einfluß ein wichtiges Organ, sich auf breitere Schichten der Szlachta auszudehnen. Er erstreckte sich fast nur auf die bedeutenderen Familien, die direkt oder indirekt der Warschauer Gesellschaft angehörten. Monti wußte jedoch, warum er auf diese Hilfe verzichtete. Das Mißtrauen, welches er den Polen gegenüber empfand,[21] war durch das Verhalten Stanisławs bestärkt worden. Ein ausgedehntes Agentensystem im Lande wäre unweigerlich das Instrument einer Politik Leszczyńskis geworden, die sein ganzes Werk gefährdet hätte. Dieser hatte seit 1725 die Beziehungen zu seinen alten Anhängern durch die verschiedensten Mittelsmänner wiederaufzunehmen versucht. In Breslau hatte er ein Informations- und Propagandazentrum unter Leitung des Sekretärs Biber[22] eingerichtet und von dort aus ständig Kommissäre nach Polen senden lassen. Es war dabei zu den unangenehmsten Zwischenfällen gekommen. Kurz nachdem Monti 1729 seine Arbeit in Polen begonnen hatte, war der polnische Emigrant Blędowski[23] als Agent von Chambord nach Warschau gereist und bei Breslau von August II. arretiert worden. Obwohl die französische Regierung beteuerte,[24] daß Blędowski keinerlei Aufträge erhalten habe und ihm ein Paß nur für eine pri-

---

[17] Monti an den König 23. März 1734. A. E. Po. CCIII, 202.

[18] Über die Zweideutigkeit seiner Politik s. u. S. 62, Anm. 22.

[19] Oberstleutnant Georg v. L. und der Kornett v. L. Vgl. Ger'e 177, 390.

[20] Löwenwolde 2. Februar 1733. Ger'e Anh. 18.

[21] Monti an den König 23. April 1733. A. E. Po. CCIV, 219. „... il est vrai que jamais Polonais n'a su garder un secret..."

[22] Vgl. Boyé 133, Anm. 1.

[23] A. E. Po. CLXXXIV, 23. Blędowski übte seine Tätigkeit auch später noch aus, stand aber unter scharfer Kontrolle Montis. Schließlich war er Agent Ludwigs XV. in dessen unter dem Namen des „secret du Roi" bekannter Geheimdiplomatie.

[24] Chauvelin an Monti 28. August 1729, A. E. Po. CLXXXVI, 84 und Berichte de Brais' August/September 1729. S. H. St. A. 2735.

vate Reise ausgestellt worden sei, erregte das Ereignis in Dresden und Wien heftige Verstimmung. Der Fall Błędowski wird nicht der einzige dieser Art gewesen sein; denn sonst hätte sich Monti nicht so energisch, wie er es tat, solche Unterstützung verbitten müssen. Chauvelins Angebot, ihm für seine unterirdische Arbeit in Polen drei französische Offiziere zur Verfügung zu stellen, wies er scharf mit den Worten ab: „Et moins il y aura de gens qui se mêleront de cette affaire et mieux ce sera."[25] Selbst die Postverbindung mit Chambord ließ Monti nach Möglichkeit durch die offiziellen Kuriere besorgen, um jede Berührung Leszczyńskis mit seinen alten Freunden zu unterbinden. Schon lange vor dem Interregnum mußte er in Paris dringend darum bitten, daß Stanisławs Beziehungen zu seinen polnischen Anhängern beaufsichtigt würden.[26] Noch schwieriger wurde die Lage nach dem Tode Augusts. Stanisławs Ungeduld, seine Angelegenheit selbst weiterzutreiben, führte zu Übergriffen, die den ganzen bisherigen Erfolg in Frage stellten. Ohne Wissen der französischen Staatsmänner hatte er ein anonymes Mémoire[27] zur Weiterverbreitung an seine Vertrauensmänner in den verschiedenen Teilen der Rzeczpospolita gesandt; in Großpolen war es tatsächlich im Druck erschienen. Stanisław gab darin Geldversprechungen, die er nie einlösen konnte, und die auch Montis Zahlungsfähigkeit bei weitem überstiegen. Die Personen, denen er sein Vertrauen schenkte, waren noch dazu recht zweifelhafter Art. Ein Schreiben an ein ihm befreundetes Fräulein Tarło war sogar in russische Hände gefallen, da diese auch zu dem russischen Spitzel Darewski Beziehungen unterhielt.[28] Entrüstet mußte Monti immer wieder bitten, die Verhandlungen ihm allein zu überlassen.[29] Vor allem verlangte er, daß Stanisław die Verbindung zu dem Breslauer Bankier Hugelin, der die Durchführung seiner Pläne finanzieren sollte, aufgäbe. Seinen eigenen Sekretär Anthouard, der allzu nahe Beziehungen zu Stanisław unterhielt, schickte Monti unter einem Vorwand nach Paris, wo

[25] Monti an Chauvelin 8. Oktober 1732. A. E. Po. CXCVIII, 213.

[26] Monti an Chauvelin 28. März 1731. A. E. Po. CXCII, 137. „Il faut que le Roi Stanislas ait la bonté de ne pas se mêler de ces affaires ci, de ne tenir aucune correspondance parce que ses lettres seront sacrifiés ou à la Cour ou à quelque parti; autrement j'espère, M., que vous me permettrez de dire qu'on y perdra la peine et l'argent."

[27] Raczyński XIII, 156; A. E. Po. CCI und Boyé 132.

[28] Löwenwolde 8. März 1733. Ger'e Anh. 70.

[29] Raczyński XIII, 156: „Dans les affaires de cette conséquence il vaut encore mieux qu'un seul homme de médiocres talents en soit chargé que plusieurs qui auraient des esprits sublimes, parce que difficilement ils peuvent s'accorder."

er zur Mäßigung seines Eifers einige Zeit von Chauvelin in der Bastille gefangen gehalten wurde. Briefe, die Stanisław durch den Agenten Hag[30] nach Polen schickte, wurden von Monti aufgehalten. Es nützte Leszczyński nichts mehr, daß er sich, gekränkt durch diese Behandlung, in scharfen Ausfällen gegen den französischen Botschafter wandte.[31] Von Paris aus begrenzte man seine Eigenmächtigkeiten, indem man ihm in dem Gesandten Hulin[32] eine ständige Aufsicht setzte.

So hatte sich Monti zum alleinigen Verfechter der französischen Wahlpropaganda in Polen gemacht.

Als Livry 1726 von Stanisław Direktiven für die Vorbereitung seiner Wahl erhalten hatte, waren diese kurz in wenige Richtungspunkte zusammengefaßt worden.[33] Es galt erstens, die Polen selbst zu gewinnen; das konnte durch geistige Beeinflussung oder durch Druck und Versprechungen materieller Art geschehen. Zweitens handelte es sich darum, die Mächte, besonders Österreich und Sachsen, zu einer Frankreich freundlichen Haltung zu bewegen.

Die Arbeit in Polen selbst konnte mit dem einfachsten Einflußmittel beginnen. Die Sucht der Polen nach Reichtum und Wohlleben mußte durch Geld und andere Geschenke befriedigt werden und den Ausgangspunkt für alle Unternehmungen des französischen Botschafters bilden. Gerade die letzte Wahl, die ein reines Geldgeschäft gewesen war, hatte gezeigt, daß der Zahlungskräftigste in Polen den Erfolg davontrug. Kardinal Fleury war sich bewußt, welche finanzielle Belastung Frankreich durch eine Einmischung in die polnische Wahl auf sich nahm; er konnte aber den einmal ins Rollen gebrachten Stein nicht mehr aufhalten. Glücklicherweise war Monti selbst ein sehr vorsichtiger Geschäftsmann. Verglichen mit den Ausgaben des Abbé de Polignac während des letzten Interregnums erscheint der Aufwand

---

[30] Pseudonym für Gregor Orlik, vgl. u. S. 61.

[31] Vgl. Boyé 136.

[32] Jacques H., 1733—1738 Gesandter in Chambord.

[33] „Mémoire concernant la succession à la Couronne de Pologne après la mort du Roi Auguste." A. E. Po. CLXXV, 427. Die Einflußmittel seien: „1. à faire connaître à la noblesse polonaise par des écrits et de vive voix les dangers de l'une de ces élections et les avantages de l'autre; 2. à la déterminer au meilleur choix par des motifs encore plus pressants que les raisons, s'il est nécessaire; 3. à engager les autres puissances qui y sont intéressées à agir de concert avec la France et à prendre des mesures pour se mettre en état d'opposer la force à la violance si le parti contraire voulait y avoir secours; 4. et enfin à tâcher de porter l'Empereur et le Roi Auguste à se désister eux-mêmes de leur prétention."

Montis nicht besonders hoch,[34] obwohl, wie Monti betont,[35] die Ansprüche des Adels seit dieser Zeit erheblich gestiegen waren. Gerade deshalb hatte es keinen Zweck mehr, hier und dort kleine Summen für Bestechungen auszugeben.[36] Auch die fortlaufenden Pensionen mußten eingeschränkt werden, damit alle Kräfte auf die unbedingt wichtig erscheinenden Aktionen konzentriert werden konnten. Vor allem die Sprengung der Reichstage verschlang enorme Summen.[37] Es genügte ja nicht allein, irgendeinen Landboten zum Veto zu bewegen; um dem Szlachcic den dazu nötigen Mut zu verleihen, mußte stets gleichzeitig eine Gruppe von Magnaten gefügig gemacht werden, die diesen stützte. Da die Gegenseite auch nicht sparte, — man darf nicht vergessen, daß der wohlhabende Klerus größtenteils zum sächsischen Hofe hielt — überstiegen die erforderlichen Ausgaben oft erheblich die veranschlagte Summe. Auch was die Armee anbetraf, glaubte Monti nicht sparen zu können; Paris und Chambord pflichteten ihm darin bei.[38] Damit nun die Ansprüche der Polen nicht allzu hoch stiegen, fand er den geschickten Ausweg, die Gelder durch den Primas verteilen zu lassen. Diesem wagte man nicht so hohe Forderungen zu stellen wie dem Vertreter Frankreichs.[39]

Von Paris aus erfuhr Monti zunächst volle Unterstützung. Der König gewährte ihm „carte blanche“[40] und überließ es

---

[34] Zu den Verhandlungen Polignacs vgl. L. de Bastard, „Négociations de l'Abbé de Polignac en Pologne concernant l'élection du prince de Conti comme roi de Pologne 1696—1697.“ Auxerre 1864. — Polignac hatte unter besonders erschwerten Bedingungen zu arbeiten, da die Armee sich im Rokosz befand und den Sold forderte; er hatte deshalb sogar eine Anleihe bei der polnischen Staatskasse aufnehmen müssen. Monti gibt im Dezember 1733 an (A. E. Po. CCX, 235), während der vier Jahre im ganzen 10 780 000 poln. Gulden erhalten zu haben, immerhin ein Vielfaches der gesamten Jahreseinnahme des Königs von Polen (vgl. o. S. 11). Ein Zahlenvergleich mit den Ausgaben Polignacs erscheint wegen der starken Kursschwankungen in den dreißig Jahren zwecklos.

[35] Vgl. Boyé 113.

[36] „...bo 2000 dukatów niezmienią opinii; powtórnie, że skoroby wiedziano że pieniędzmi sypię, wszyscyby pieniędzy chcieli.“ Monti an Stanisław 22. März 1733. Raczyński XIII, 156.

[37] Die Sprengung eines Reichstages kostete durchschnittlich 60 000 Francs. (Chauvelin an Monti 20. Juni 1732. A. E. Po. CXCV, 189).

[38] Mémoire für Monti, Dezember 1732. A. E. Po. CCI, 73 und „Nota podana przez króla Stanisława Ministrom Francuskim w r. 1733“. Raczyński XIII, 139.

[39] Wie Lieven nach Moskau berichtete, versuchte Monti auch während des Elektionssejms seine Machenschaften zu verschleiern, indem er dem Unterkanzler v. Lit. große Summen zur Verteilung anvertraute; für eine Zeit, in der bereits ganz mit offenen Karten gespielt wurde, erscheint das recht unglaubwürdig. (Bericht vom 20./31. Juli 1733. Ger'e Anh. 117.)

[40] 7. August 1729. A. E. Po. CLXXXVI, 77.

ihm, das nötige Kapital zu fordern.[41] Auch Chauvelin zeigte sich anfangs großzügig. Aber seine Zusicherungen blieben meist unausgeführt. Immer wieder mußte Monti mahnen. Der Außenminister selbst hatte eben keine Befugnisse über die Finanzen und konnte gegen den Willen des Kardinals seine Versprechungen nicht einlösen. Außerdem teilte sich allmählich auch Chauvelin der Skeptizismus Fleurys mit, und er begann zu bezweifeln, daß das in Polen verausgabte Kapital Zinsen bringen würde.[42]

Wenn Monti zunächst möglichst sparsam umgegangen war, da er Dankbarkeit auf längere Zeit von den Polen nicht erwartete, so trat er seit dem Winter 1732/33 und während des Interregnums desto freigiebiger auf. Neben Bargeld verteilte er kostbare Geschenke: goldene Etuis, Dosen, Uhren und Schmuckgegenstände an einflußreiche Damen der Warschauer Gesellschaft. Sogar Gelder, die eigentlich für außenpolitische Zwecke reserviert waren, griff er an. „Il faut faire ici toute la dépense qu'on se proposait faire en Suède et en Moscovie", schreibt er an Chauvelin.[43] Besonders in Litauen, wo Rußland bereits seit Jahren bedeutende Summen zur Schaffung einer russischen Partei verausgabt hatte,[44] mußten große Aufwendungen gemacht werden; und wirklich gelang es, hier die Konkurrenz zu überbieten. Lieven und Löwenwolde[45] mußten zugeben, daß ihre Bemühungen gescheitert wären.[46] Wie in Litauen hatte Monti auch in den anderen Landesteilen gerade in letzter Zeit gute Erfolge. —

Die größte Schwierigkeit lag in der Herbeischaffung der Geldmittel nach Polen. Das Kapital wurde gewöhnlich von dem Pariser Bankhaus Bernard[47] in Form von Wechseln zur Verfügung gestellt und durch Vermittlung des französischen Residenten in Hamburg, Poussin, oder des Danziger Bankiers Mathi nach Warschau zur Einlösung überwiesen. Die

---

[41] 21. Februar 1732. A. E. Po. CXCVII, 64.

[42] Chauvelin an Monti 3. Juni 1733. A. E. Po. CCV, 159.

[43] 11. April 1733. A. E. Po. CCIV, 80.

[44] Bereits 1729 gab der Zar nach Angabe des russischen Gesandten in Stockholm jährlich 70 000 000 Rubel in Litauen zu Propagandazwecken aus. Monti an Chauvelin 17. August 1729. A. E. Po. CLXXXIV, 71.

[45] Friedrich Kasimir Graf L., russischer Botschafter in Polen 1731/33, wurde im Winter 1732/33 unterstützt von seinem bedeutenderen Bruder Karl Gustav Graf L., russischem Oberstallmeister. Dieser schloß im Dezember 1732 die unter seinem Namen bekannte Punktation zwischen Rußland, Preußen und Österreich ab. Im Sommer 1733 wurde er mit verschiedenen Missionen nach Polen betraut.

[46] Lieven an Ostermann 19. März 1733. Ger'e 179 und Bericht Löwenwoldes 2. Februar 1733. Ger'e Anh. 18.

[47] Der Bankier Samuel B. (1651—1739) lieh den französischen Königen schon während des spanischen Erbfolgekrieges große Summen. Vgl. Didot, Nouvelle biographie générale.

einzig in Betracht kommende Bank,[48] die des Herrn Riaucourt, war infolge der in Polen allgemein herrschenden Geldknappheit jedoch meist nicht in der Lage, größere Summen flüssig zu machen, vor allem da die Bank Riaucourt nicht nur die französischen Wechsel einzulösen hatte, sondern auch die der anderen Staaten, unter denen Rußland die größten Anforderungen stellte. So geriet oft gerade im wichtigsten Augenblick die Geldversorgung ins Stocken. Frankreich hatte darum schon verschiedentlich das Kapital in bar auf direktem Wege über Danzig nach Polen überwiesen,[49] und auch im Frühjahr 1733[50] wählte man diesen Weg. Das Verschenken von Schmuckgegenständen, die von den jedem Luxus geneigten Polen gern statt Bestechungsgeld angenommen wurden, stellte einen anderen Ausweg dar, die ungeregelten Finanzverhältnisse zu umgehen.[51] Abgesehen von dem großen Risiko, dem so kostbare Schiffsladungen ausgesetzt waren, brachte bei den damaligen Verkehrsverhältnissen auch die Unbestimmtheit des Ankunftstermins der Schiffe große Schwierigkeiten mit sich. Trotzdem war man gezwungen, diese rückständige Methode anzuwenden. Der Vorschlag des Gesandten Löwenwolde,[52] das russische Geld von einer Eskorte Dragoner nach Warschau bringen zu lassen, entsprang demselben Motiv.

Im Notfall konnte Monti kleinere Summen auch von dem Breslauer Bankier Hugelin entleihen; wegen dessen enger Verbindung mit Stanisław, die ihn schon zu Übergriffen geführt hatte,[53] vermied es Monti jedoch, Hugelins Hilfe in Anspruch zu nehmen. Schließlich konnte sich ihm in Polen selbst eine Einnahmequelle eröffnen, wenn es ihm gelang, die von August konfiszierten und an die sächsischen Günstlinge vergebenen Güter Leszczyńskis einzulösen. Die französische Partei hatte nie aufgehört, gegen die Unrechtmäßigkeit dieser Einziehung von Privatbesitz Protest zu erheben, da die Verschuldung Stanisławs durch äußeren Zwang bedingt sei. Für Monti wäre die Rückgewinnung von unschätzbarer Bedeutung gewesen. Im März 1730[54] verhandelte er in Dresden wegen Vorstreckung der notwendigen Ein-

[48] Über das gänzliche Fehlen staatlicher und größerer Privatbanken vgl. Rutkowski I, 209.

[49] Z. B. Februar 1732 A. E. Po. CXCVI, 28.

[50] 22. April 1733 meldet Perteville die Ankunft des Geldschiffes. A. E. Po. CCIV, 182.

[51] Nicht wegen der französischen Geldknappheit, wie Boyé Seite 116 annimmt! Auch die Sachwerte wurden neu angekauft. Mit der Besorgung beauftragte Monti Mme Chauvelin, 5. Juni 1733. A. E. Po. CCVI, 61.

[52] 2. Februar 1733. Ger'e Anh. 28.

[53] Raczyński XIII, 156.

[54] A. E. Po. CLXXXVII, 157.

lösungssumme mit dem Juden Mandel, unterließ es dann aber, die Sache weiter zu betreiben, da er auf heftigen Widerstand Augusts und derjenigen, die die Güter jetzt besaßen, gefaßt sein mußte. Wahrscheinlich war auch der Kredit Stanisławs seiner großen Schulden[55] wegen bereits so geschwächt, daß der Versuch, neue Gelder für ihn zu leihen, kaum Erfolg versprach. —

Man muß feststellen, daß Monti sich bei den äußerst schwierigen polnischen Finanzverhältnissen als vorsichtiger und geschickter Geschäftsmann zeigte. Seine Erfolge gingen aber im wesentlichen nicht auf großzügige Öffnung des Geldbeutels zurück, sondern auf weit kompliziertere Beeinflussungsmethoden.

Schon das andere Druckmittel materieller Art, die Verleihung der Ämter, oder besser: die Verhinderung ihrer Verleihung zu einem dem französischen Interesse ungünstigen Zeitpunkt, erforderte weit mehr diplomatisches Talent. Bei seiner Ankunft in Polen fand Monti die drei Ämter des Großhetmans d. Kr. und der beiden Unterhetmane unbesetzt; alle drei[56] Inhaber waren 1728 gestorben. Zu Beginn des Jahres 1730 folgte ihnen auch der Großhetman v. Lit., Ludwik Pociej, ein Mann, auf dessen Neigung zu Frankreich man in Paris große Hoffnungen gesetzt hatte. 1731 war durch den Tod Jan Szembeks auch das Amt des Großkanzlers d. Kr. frei geworden, ebenso 1732 das des Unterkanzlers d. Kr., Lipski, da dieser den Krakauer Bischofsstuhl erhalten hatte. Außerdem waren einige große Kastellaneien und Bistümer vakant. Eine Neubesetzung dieser Ämter, den einflußreichsten der Republik, durfte nur in Übereinstimmung aller drei Stände, also des Königs und des vereinigten Reichstages, erfolgen. Bis zu einem solchen rechtsgültigen Entscheid mußten sie durch vom König ernannte Stellvertreter verwaltet werden. Als solche hatte August II. für die beiden wichtigsten Posten, die der Regimentarii von Polen und Litauen, Stanisław Poniatowski und Michael Wiśnowiecki, gewählt. Letzterer verfügte außerdem bereits über das Großkanzleramt. Gelang es, auf einem Reichstage die Feldherrnstäbe endgültig diesen beiden Männern zu übertragen, so konnte man den Sieg der Hofpartei als gesichert ansehen.[57] Der französische Botschafter erhielt deshalb Ordre, sämtliche Reichstage sprengen zu lassen. Es sollte dadurch erstens verhindert werden, daß

[55] Verzeichnis seiner Gläubiger, von denen der größte der Jude Lehmann in Halberstadt war: A. E. Po. CLXXXVII, 160.

[56] Großhetman d. Kr. Stanisław Rzewuski, Unterhetman d. Kr. Stefan Chomentowski, Unterhetman v. Lit. Stanisław Dehnhoff.

[57] Sächsisches Projekt einer Ämterverteilung: A. E. Po. CXCVIII, 392.

die Armee in die Hand des Gegners überging, zweitens aber wollte man selbst den Trumpf in der Hand behalten, über die spätere Verleihung der Ämter Versprechungen machen zu können.[58] Diese Chance wurde von der französischen Diplomatie hinreichend ausgenützt. Solange Monti auf die Hilfe der Potockis angewiesen war, versprach er den Hetmansstab dem Palatin von Kiew; als er nach Augusts Tode die Czartoryskis für seine Ziele gewinnen wollte, verhieß er diesen das Großhetmansamt für Poniatowski. Wirklich gelang es auch, die Frage bis nach der Wahl offen zu lassen.[59] Als Entgelt für die Partei, der der Hetmansstab entgehen sollte, hielt Frankreich noch ein anderes Lockmittel bereit: den Kardinalshut. Schon lange hatte der Primas nach dieser Würde getrachtet und schließlich durch seinen Vertrauten, den Jesuiten Wieruszewski, diese Belohnung für seine Dienste fordern lassen.[60] Es war zwar durchaus fraglich, ob Frankreichs Vermittlung in Rom überhaupt Erfolg haben würde; aber trotzdem benutzte Monti später auch den Czartoryskis gegenüber den Kardinalshut als wirksamen Anreiz, indem er ihn der alten Fürstin Czartoryska[61] für ihren jüngsten Sohn[62] anbot, der dem geistlichen Stande angehörte und bisher noch keine Gelegenheit gehabt hatte, sich in der Politik zu betätigen.

Da Monti eine Ämterverteilung also verhindern wollte, durfte kein Reichstagsbeschluß zustande kommen. Er war der Ansicht, daß dies das einzige sei, was zu Lebzeiten Augusts getan werden könne. Seit dem berühmten Sejm von 1726[63] waren sämtliche Reichstage erfolglos auseinander gegangen. So erschien es durchaus möglich, auch die folgenden ebenso unfruchtbar zu machen; und wirklich gelang es Monti, alle, die einberufen wurden, den außerordentlichen Grodnoer von 1729, den Grodnoer von 1730 und den außer-

---

[58] Ger'e (S. 79) behauptet, auch August hätte aus demselben Grunde die Vakanz der Ämter nicht ungern gesehen und die Besetzung hinauszuschieben gesucht. Wäre das der Fall, hätte er nicht wiederholt den Reichstag zu außerordentlichen Terminen einberufen!

[59] Erst in Danzig, als die Gefahr eines Abfalls der Potockis nahe lag, sah sich Monti genötigt, Poniatowski mit Geld abzufinden und zugunsten des Wojewoden von Kiew zum Verzicht auf sein Amt als Regimentarius zu bewegen. Monti an den König 20. September 1733. A. E. Po. CCVIII, 288.

[60] Dezember 1731. A. E. Po. CXCII, 381.

[61] Izabella Cz., geb. Morsztyn, Gattin des Kastellans von Wilna. Gest. 1758. Politisch stark interessiert. Monti charakterisiert sie: „C'est une femme de mérite et de sens qui a beaucoup de confiance en moi. Elle a tout le crédit possible sur ses enfants." An den König 27. Februar 1732. A. E. Po. CCII, 241.

[62] Teodor Kazimierz Cz., geb. ca. 1704, später Bischof von Posen.

[63] August mußte dort die Wahl Moritz' von Sachsen zum Herzog von Kurland für nichtig erklären.

ordentlichen Warschauer von 1732, zu sprengen; der Ende Januar 1733 in Warschau zusammengetretene außerordentliche Sejm erlosch automatisch durch den Tod des Königs. Montis Bestreben, die Reichstage beschlußunfähig zu machen, fand im ganzen Lande rege Unterstützung. Überall haßte man Poniatowski und suchte deshalb, seine weitere Erhöhung zu stören. Selbst auf russischer Seite sah man die Sabotage der Gesetzgebung aus diesem Grunde nicht ungern. Im Gegenteil machten sich russische und französische Agenten darin Konkurrenz, die Bemühungen Augusts zu durchkreuzen. Besonders die litauischen Landboten, die ein Interesse an dem Nichtzustandekommen der Reichstagsbeschlüsse hatten, da sie fürchteten, August könne die 1726 in der kurländischen Frage eingenommene Haltung widerrufen und einen Konflikt mit Rußland heraufbeschwören, unter dem sie am meisten zu leiden gehabt hätten, wurden von beiden Parteien umworben. Zunächst versuchte der französische Botschafter stets, schon die Einberufung des Sejms durch seine Vertrauensmänner hinauszuzögern. Gelang das nicht, pflegte er mit ihnen schon vor Zusammentritt des Reichstages über die Maßnahmen, welche man treffen wollte, zu verhandeln. Das für Bestechungszwecke bereits während der vorhergehenden Landtage notwendige Geld mußte herbeigeschafft werden. Kurz vor Beginn des Sejms trat Monti dann auch mit den zum Protest gedungenen Landboten in direkte oder indirekte Unterhandlung und erteilte ihnen genaue Weisung, wie sie ihr Veto zu begründen hätten.[64] Bei den außerordentlichen Reichstagen bestand die Argumentation meist darin, daß die Einberufung nicht dem polnischen Recht entspräche, da der Grund dafür nicht genannt sei, oder, da man sich gewöhnlich bemühte, durch Verzögerung der Wahl des Sejmmarschalls die Zeit hinauszuziehen, daß die für außerordentliche Reichstage vorgesehene Frist von zwei Wochen bereits überschritten sei. Dieser Kampf um wertlose Klauseln, der in den letzten Jahrzehnten der Republik jede Regierungsmaßnahme im Keim ersticken sollte, führte zu Lebzeiten Augusts II. noch nicht zu dem gewünschten Erfolg. Man griff deshalb zu dem erprobten Mittel, nach Zusammentritt des Sejms einen Landboten zu bestechen, die Versammlung zu verlassen und dadurch die Beschlußfassung unmöglich zu machen. Anwendung von Gewalt war dabei nicht außergewöhnlich. So hielt man z. B. 1732 einen Landboten in der Nähe Warschaus in völliger Haft, gestattete ihm, um einer Beeinflussung von anderer Seite vorzubeugen, kei-

[64] Ein sehr treffendes Bild geben die Geheimverhandlungen für den Reichstag von 1732. A. E. Po. CXCVIII, 133.

nerlei Umgang, und erlaubte ihm nicht einmal, für wichtige Besorgungen in die Stadt zurückzukehren.[65] Die Verbindung Montis mit den Landboten mußte natürlich streng geheim bleiben. So fuhr Monti z. B. 1730 absichtlich verspätet nach Grodno, um allen Verdacht von sich abzulenken; tatsächlich richteten sich dann auch die Klagen der Polen, daß fremde Mächte den Fortgang des Sejms gestört hätten, nur gegen die Vertreter Rußlands und Österreichs.[66]

Der Erfolg der französischen Intriguen war ein immer mehr zunehmendes Chaos. Fluchtartig mußte der König 1732 Warschau verlassen. Für die Politik Frankreichs aber ergab sich daraus nicht nur, daß die Vergebung der Ämter auf ungewisse Zeit hinausgeschoben wurde; die allgemeine Herabsetzung des sächsischen Ansehens eröffnete auch neue Aussichten für die Gewinnung des Adels zugunsten des französischen Thronkandidaten. —

Der Gesandte Löwenwolde meinte nach längerer Tätigkeit in Polen, daß es dort nur drei erfolgreiche Einflußmittel gäbe: „Geld, Gewalt oder alle beyde zugleich."[67] Er war der Ansicht, daß man die Polen stets im gebührenden „metum reverentialem" halten müsse; Monti war anderer Meinung. Ebenso bedachtsam wie mit dem Geldausgeben verfuhr er auch in der Anwendung von Gewaltmaßnahmen.

Das polnische Recht der Konföderation gewährte den Mächten eine gute Möglichkeit zur Einmischung. Während der Konföderationen schieden sich außerdem die Parteien, so daß Anhänger gesammelt werden konnten. Im Sommer 1729 schien genügend Anlaß gegeben zu sein, eine Konföderation herbeizuführen. Man erwartete allgemein, daß August beabsichtige, die Durchführung der Reichstagssitzungen mit Hilfe sächsischer Truppen zu erzwingen. Seine fortschreitende Erkrankung hatte die Nervosität innerhalb und außerhalb des Landes wachsen lassen. So spielte die französische Diplomatie mit dem Gedanken, durch eine Konföderation ihre Erfolge zu beschleunigen.[68] In geheimen Unterhandlungen mit dem großpolnischen und litauischen Adel hatte Monti bereits zusagende Erklärungen erwirkt. Die in Aussicht stehende Königswahl sollte unter dem Druck der vor den Toren Warschaus aufmarschierten Konföderationsarmee erfolgen. Nur da der erwartete Anlaß nicht eintrat, unterblieb die Ausführung des Planes. In den fol-

[65] Monti an den König 11. März 1732. A. E. Po. CXCVII.
[66] Podoski IV, passim.
[67] Bericht vom 2. Februar 1732. Ger'e Anh. 18.
[68] Chauvelin an Monti 17. Oktober 1729. A. E. Po. CLXXXIV, 232 und Monti an Chauvelin 26. Oktober 1729. A. E. Po. CLXXXIV, 226. August/Oktober 1729.

genden Jahren aber nahm nun Monti von solchen Konföderationsplänen ganz Abstand, da die damit notwendig gemachten großen Ausgaben schwerlich von Paris zugebilligt worden wären. Selbst während des Interregnums sollten solche Gewaltmaßnahmen nur im äußersten Notfall zur Anwendung kommen,[69] wie sehr sich auch Stanisław für sie einsetzte.[70] Die Umwandlung des Konvokationssejms in eine Generalkonföderation war nur die Folge der schon im Februar von russischer Seite ins Werk gesetzten kleinpolnischen Konföderation sowie des Ausschlusses der Dissidenten vom Reichstage und entsprach durchaus nicht den Absichten der französischen Politiker. Diese fürchteten vielmehr, durch eine Konföderation nur die Habsucht der Polen zu steigern. Erst nach der Wahl sah Monti sich genötigt, auf dieses Mittel zurückzugreifen.[71] Ein offenes Bekenntnis zu Gewaltmaßnahmen schon vor der Wahl hätte das französische Ansehen nur untergraben können.

Noch viel mehr, fürchtete man, könnte das Prestige Frankreichs darunter leiden, wenn für die Stützung der Wahl französische Waffenhilfe in Aussicht gestellt würde. Der König, Stanisław und die Kriegspartei am französischen Hof schienen allerdings auch vor dieser Konsequenz nicht zurückzuschrecken.[72] Ludwig XV. erklärte in tönenden Worten, er sei bereit, alle Mittel in Polen einzusetzen.[73] Gegen die mächtige Opposition Fleurys, der auf jeden Fall den Frieden erhalten wollte, bedeutete das aber nicht viel, zumal auch der Außenminister eine bewaffnete Intervention von vornherein aus der Berechnung ausschied,[74] da man sich durch eine solche Maßnahme vom legalen Wege entferne und des wichtigsten Argumentes für eine diplomatische Einmischung, die Verteidigung der freien Wahl gegen den unrechtmäßigen Einmarsch russischer Truppen, beraube. Selbst nach Ausbruch eines französisch-österreichischen Krieges würde der Einsatz französischer Waffen in Polen nur den Erfolg haben, auch Rußland mit in den Krieg hineinzuziehen. Monti teilte an sich Chauvelins Auffassung, glaubte aber, daß eine Auseinandersetzung mit Österreich

[69] Chauvelin an Monti 9. Februar 1733. A. E. Po. CCXVI, 15.
[70] Stanisław an Monti o. D. 1733. Raczyński XIII, 139.
[71] Monti an den König 3. November 1733. A. E. Po. CCX, 57.
[72] Die „Gazette d'Utrecht" hatte am 12. Dezember 1729 veröffentlicht (Monti an Chauvelin 7. Januar 1730, A. E. Po. CLXXXVII, 46), daß der König von Frankreich seinem Schwiegervater vertragliche Zusicherungen gegeben habe, ihm zur Durchsetzung seiner Pläne Truppen zur Verfügung zu stellen. Die Nachricht ist sehr unglaubwürdig und wird meines Wissens nirgends bestätigt.
[73] Der König an Monti 2. März 1733. A. E. Po. CCII, 173.
[74] Chauvelin an Monti 22. Mai 1733. A. E. Po. CCV, 28.

doch nicht mehr zu vermeiden sei; ein bewaffnetes Vorgehen gegen den Kaiser am Rhein würde deshalb die wirksamste Antwort auf den Einmarsch der österreichischen und russischen Armeen in Polen darstellen.[75] Auch die Bereitschaft einer französischen Flotte in der Ostsee hielt er für gefahrlos und für ein gutes Mittel, den Respekt der Polen vor der Macht Frankreichs zu stärken. Nur auf sein wiederholtes Drängen hin, entschloß sich Chauvelin zur Entsendung eines kleinen Geschwaders von acht Schiffen in die Ostsee,[76] ließ es aber erst so spät abfahren, daß der Verlauf der Wahl nicht mehr beeinflußt werden konnte.[77] So sah sich Monti bei der Durchführung der Wahlkämpfe ohne jede französische Hilfe. Das war um so verhängnisvoller, als einen realen Rückhalt auch die polnische Armee nicht bieten konnte. Selbst wenn es gelang, die beiden Regimentarii für Stanisław zu gewinnen und dadurch beide Armeen in die Hand zu bekommen, so genügten diese schon ihrer zahlenmäßigen Schwäche[78] wegen kaum zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Lande, konnten also einem Überfall von außen erst recht keinen Widerstand entgegensetzen. Dazu trat ihre innere Korruption, die für ihre Gewinnung großen Aufwand nötig machte. Erst als die außenpolitische Lage dazu zwang, verpflichtete sich der König von Frankreich im Manifest vom 4. September 1733, ihren Unterhalt zu übernehmen.

Montis Bemühungen blieben also in jeder Hinsicht ohne realen Hintergrund. In keiner Weise war für die notwendigste materielle Basis an Geld und Macht gesorgt.

Hätte Monti sich auf diese äußeren Einflußmittel, Geld und Gewalt, allein verlassen, wäre ihm wohl niemals ein

[75] Monti an den König 17. Juni 1733. A. E. Po. CCVI, 186.

[76] Chauvelin an Monti 3. Juni 1733. A. E. Po. CCV, 159.

[77] Die Flotte verließ Brest an demselben Tage, an dem Stanisław seine Reise durch Deutschland nach Polen antrat. An Bord befand sich der Chevalier de Thianges, der wegen seiner großen Ähnlichkeit mit Stanisław auserwählt worden war, die Rolle Leszczyńskis zu spielen und auf diese Weise Europa auf eine falsche Spur zu locken. Erst nach der Wahl, am 15. und 20. September, liefen die Schiffe in Kopenhagen ein, überwinterten in schwedischen Häfen und wurden, nachdem sie im April 1734 noch geringen Nachschub erhalten hatten, im Mai 1734 zum Entsatz Danzigs eingesetzt. Die Expedition blieb ein erfolgloses Abenteuer, das nur durch den Heldentod des französischen Gesandten in Dänemark, Plélo, der eigenmächtig seinen Posten verlassen und die Führung des Geschwaders übernommen hatte, einige Berühmtheit erlangt hat. Vgl. Rathery, Le comte de Plélo, Paris 1876, und Boencourt 18 ff.

[78] Die Kronarmee war auf dem Papier 18 000, die litauische 6000 Mann stark (Vol. leg. VI, 113 ff.). In Wirklichkeit stand kaum die Hälfte unter Waffen. (Vgl. Kantecki I, 218.) Dagegen verfügten die großen Magnaten über eigene Truppen, der Palatin von Kiew allein konnte 6000 Soldaten mobilisieren. (Löwenwolde 20. April 1731. Ger'e Anh. 4.)

Erfolg beschieden gewesen. Seine größere Stärke lag vielmehr darin, die Mentalität der Polen zu erfassen und auf sie einzuwirken. Die Szlachta trat nicht nur ihres materiellen Vorteils willen für die Erhaltung der polnischen Freiheiten ein. Besonders der kleine Landadel, der durch die Mißwirtschaft geschädigt war und politisch doch keine rechte Bedeutung erlangen konnte, befand sich durchaus in dem Glauben, mit den Privilegien besondere nationale Werte zu verteidigen, die nicht nur für Polen, sondern für ganz Europa von Nutzen seien. Von allen Staaten hatte es Frankreich immer am besten verstanden, auf dieses Ressentiment der Polen einzugehen. Gerade im Hinblick auf die Königswahlen wird das klar. Alle Mächte beanspruchten zwar für sich das Recht, als Anwalt für die freie Wahl aufzutreten; aber man wußte nur zu genau, daß es Sachsen gerade auf die Durchbrechung des polnischen Thronrechts ankam, weil dieses eine Vererbung der Krone ausschloß, und daß Rußland und seine Verbündeten nur mit aufgepflanztem Bajonett auf die Gelegenheit warteten, diesen „Schutz" auszuüben. Die entfernte Lage Frankreichs ließ von französischer Seite solche Übergriffe nicht befürchten.

Bis zum Tode Augusts hatte der französische Botschafter die Absichten seines Königs möglichst geheim gehalten und sich darauf beschränkt, durch Bestechungen und andere primitive Verlockungsmittel Sympathien für die französische Politik zu wecken. Mit Beginn des Interregnums, oder genauer mit Zusammentritt des Konvokationsreichstages,[79] mußte jedoch der Kampf um die geistige Erfassung der Polen einsetzen.

Der Beschluß[80] dieser Versammlung, nur einen Piasten zum Könige wählen zu wollen, der ebenso wie seine beiden Eltern katholischer Konfession sein müsse und keine Erblande oder Truppen außerhalb Polens besitzen dürfe, der allen Anwesenden abgezwungene Schwur, dieser Entschließung treu zu bleiben und jeden, der mit fremder Waffenhilfe seine Wahl durchzusetzen versuchen würde, als Landesverräter zu betrachten, waren das Werk Montis. Die Forderung nach einem piastischen Könige hatte zwar schon der letzte Reichstag aufgestellt,[81] und auch die von der russischen Partei im Februar in Kleinpolen gebildete Konföderation hatte sie als conditio sine qua non bezeichnet. Das allein hätte aber noch keinen Ausschlag für die Wahl Stanisławs

[79] 27. April bis 23. Mai 1733.
[80] Confoederatio generalis omnium ordinum Regni Poloniae et Magni Ducatus Lithuaniae, in convocatione generali Varsoviensi die 27me mensis Aprilis 1733. (Rousset IX, 137.)
[81] Dyaryusz sejmu 1733. Podoski IV, 315.

gegeben; denn piastische Bewerber[82] gab es neben ihm noch genug. Michael Wiśnowiecki, Stanisław Poniatowski, Józef Potocki, Józef Mniszech, Paweł Sanguszko, der Hofmarschall von Litauen, und Teodor Lubomirski, der Palatin von Krakau, machten sich Hoffnungen auf die Krone. Sie alle aber hätten nur mit Hilfe fremder Truppen ihre Ansprüche durchsetzen können. Durch den Eid des Konvokationsreichstags wurden diese nun mit einem Schlage ausgeschaltet. Die Einschränkung der Bewerber auf solche, die von katholischen Eltern geboren wären und keine Erblande besäßen, schied auch den Kurfürsten von Sachsen aus, selbst wenn dessen Ansprüche auf das polnische Indigenat Anerkennung finden sollten. Augusts des Starken Übertritt zum Katholizismus war von jeher ein heikles Thema gewesen, und die polnische Königin war zeitlebens Protestantin geblieben. Nur Leszczyński erfüllte alle hier gestellten Bedingungen. Durch den Eid wurde seine Kandidatur zu der allein rechtmäßigen erhoben. Außerdem appellierten die hier ausgesprochenen Forderungen an die Eitelkeit der Polen und übten eine Suggestion aus, der sich nur wenige entzogen. Vergeblich hatten die sächsischen Gesandten, die Grafen Wackerbarth und Baudissin, im ganzen Lande gegen den Ausschluß der Ausländer zu wirken versucht.[83] Selbst die festesten sächsischen Parteigänger, z. B. der Bischof von Krakau, Lipski, weigerten sich nicht, ihn abzulegen. Die Versuche der sächsischen Partei, am russischen Hofe[84] und bei dem Papst Hilfe zu erlangen, fanden kein Echo im Lande und waren deshalb so schwach, daß sie erfolglos blieben.[85] Diese wirkliche, geistige Beeinflussung lag im Interesse Frankreichs, nicht aber die Gewaltmaßnahmen,[86] die durch übereifrige Parteigänger zur Erzwingung des Schwurs angewandt wurden und die man in Rußland nur zu Zwecken der Gegenpropaganda ausnutzen konnte.

Der Erfolg des Konvokationsreichstages wurde auf den Landtagen bestätigt. Die meisten Palatinate bekannten sich zu seinen Entschließungen. Nur die Wojewodschaften Mińsk, Nowogrodek, Podlachien, Preußen und Krakau weigerten sich vollständig, den Eid zu bekräftigen. Unter diesen brauchte man auf französischer Seite aber nur von Krakau, wo Lubomirski die Konföderation gegen den französischen Einfluß erneuert hatte, eine ernsthafte Opposition zu er-

[82] Vgl. die Kandidatenliste bei Ger'e Anh. 22.
[83] Vgl. Askenazy 84.
[84] Vgl. Ger'e 319 u. Solov'ev XX, 1270.
[85] „Resolutio Romana theologorum ... super nullitate et invaliditate juramenti ..." s. u. S. 43. Vgl. Askenazy 395.
[86] Bericht Rondeaus 9. Juni a. St. 1733, Sbornik LXVI, 613 und Darewski 30. Mai 1733, Ger'e Anh. 131.

warten. Die Haltung Preußens änderte nichts, da die Dissidenten ja durch den Beschluß des Konvokationssejms vom Wahlreichstag ausgeschlossen sein sollten, und von den anderen Wojewodschaften, besonders den litauischen, nahm man an, daß sie nur aus Furcht vor Rußland eine frühzeitige Bindung scheuten, in Wirklichkeit aber der Wahl Stanisławs keinen Widerstand entgegensetzen würden. In diesem Gedanken sah sich Monti bestärkt, als zu Beginn des Wahlreichstages[87] die vom Konvokationsreichstag aufgestellten Prinzipien durch ein neues Manifest bekräftigt werden konnten und selbst so entschiedene Gegner Stanisławs wie M. Wiśnowiecki, T. Lubomirski, J. Lipski u. a. den Eid ablegten.[88]

Wie sich auf dem Konvokationsreichstag gezeigt hatte, beruhte die Wirkung des französischen Einflusses darauf, daß Monti stets den Schein erweckte, als ordne er sich den Gesetzen der Republik unter. Das erwies sich auch bei anderen Gelegenheiten. Als die ausländischen Diplomaten Mitte Mai darauf aufmerksam gemacht wurden,[89] daß sie während des Wahlreichstages Warschau verlassen müßten, antwortete der russische Botschafter mit einer strikten Weigerung, und der kaiserliche[90] drohte sogar mit einem Einfall der in Schlesien bereitstehenden Regimenter, ein Verhalten, welches das Selbstgefühl der Polen empfindlich verletzte. Monti dagegen machte die Erklärung, doch in Warschau bleiben zu wollen, sofort wieder gut, indem er im senatus consilium die Rechtmäßigkeit der polnischen Forderungen ausdrücklich bestätigte,[91] natürlich ohne einen Augenblick daran zu denken, seine Worte in die Tat umzusetzen; denn schon seine Instruktion hatte ihm ja Anwesenheit während der Wahlzeit vorgeschrieben.

Durch diese kleinen unwesentlich erscheinenden Züge seiner Politik erreichte er mehr als durch Gewaltmaßnahmen und gewann die Sympathien des niederen Adels für die französische Kandidatur. —

Auch schon ein anderes, fast modern anmutendes, geistiges Einflußmittel ließ Monti nicht unerprobt. In Frankreich hatte man schon zur Zeit Ludwigs XIV. verstanden, die Publizistik als Propagandawerkzeug bei den verschiedensten innen- und außenpolitischen Fragen für die Politik auszu-

---

[87] 25. August.
[88] A. E. Po. CCI, 300.
[89] (Broglie), Idée 120.
[90] Heinrich Wilhelm Grf. W., 1665—1739, kaiserl. Generalfeldzeugmeister, Gesandter in Polen Juli 1729 bis April 1735.
[91] Chauvelin an Monti 31. August 1733. A. E. Po. CCXV, 357.

nützen.[92] Auch für die Vorbereitung der polnischen Königswahl mußte ihre Hilfe herangezogen werden. Zwar spielte sie im System Montis nur eine untergeordnete Rolle; nur selten erwähnt er in seiner Korrespondenz die Presse als Werbungsmittel. Monti wollte seine streng geheim gehaltenen Ziele nicht der Öffentlichkeit preisgeben, da er fürchtete, die Wirksamkeit seines Einflusses durch die dann sich notwendig verstärkende Gegenpropaganda zu schwächen. Erst als die Absichten der französischen Politik ganz klar lagen, also während des Interregnums, konnte der Kampf um die öffentliche Meinung einsetzen. Vorher hören wir nur gelegentlich von Druckschriften, die der französische Botschafter ganz geheim im Lande kursieren ließ.[93] Eine Einwirkung auf breitere Massen wird man ihnen kaum zuschreiben können.

Von den drei Wegen, durch die Presse Einfluß auszuüben, die periodisch erscheinende Zeitung, das Manifest und das eigentliche Flugblatt, schied der erste in Polen fast gänzlich aus. Das Zeitungswesen[94] stand noch nicht auf derselben Höhe wie im übrigen Europa. Kleinere, unregelmäßig erscheinende Blätter, „Awizy" oder „Nowiny" genannt, gab es zwar schon seit längerem. Daneben hatte sich um die Wende des Jahrhunderts kurze Zeit eine in lateinischer Sprache erscheinende Zeitung gehalten. Als erste periodische Zeitung in polnischer Sprache waren dann erst 1729 in Warschau die „Nowiny polskie" begründet worden, die bald darauf ihren Namen in „Kurjer polski" umgewandelt hatten. Diese Zeitung war von vornherein ein offiziöses Organ des Primas gewesen.[95] Um jedoch ein Übergehen in fremden Einfluß auf jeden Fall zu verhindern, kaufte Monti das Unternehmen sowie auch die gesamten Warschauer Druckereien auf[96] und beraubte dadurch seine Gegner jeder Möglichkeit, in der Hauptstadt selbst Druckschriften herzustellen. Die Maßnahme war in erster Linie vorbeugend gedacht; eine praktische Ausnutzung der Zeitungen für eigene Propaganda wurde kaum durchgeführt. Bedenkt man jedoch, daß auch die hauptsächlich in den Generalstaaten erscheinende internationale Presse meist von Franzosen redigiert wurde und die Maximen der französischen Politik über Europa verbreitete, so war Polen jetzt im wesentlichen auf die Lektüre der unter französischem

[92] Bericht Rondeaus 9. Juni a. St. 1733, Sbornik LXVI, 613 und Darewski 30. Mai 1733. Ger'e Anh. 131.
[93] Monti an den König 1. Oktober 1729. A. E. Po. CLXXXIV, 190.
[94] Vgl. Ilustr. Encyklopedja Trzaskiego, Evesta i Michalskiego. I, Warschau o. D.
[95] Vgl. Ger'e 342.
[96] Vgl. Askenazy 98.

Einfluß stehenden Zeitungen angewiesen. Durch den Ankauf der Warschauer Druckereien wurde also für die Gegner die Herstellung von Druckschriften erheblich erschwert. Während von russischer Seite dieses Einflußmittel nicht in Anspruch genommen und auch von Österreich kaum ausgenutzt wurde, war besonders Sachsen, das unzählige Propagandaschriften für seinen Kandidaten verfertigen ließ, durch die französischen Maßnahmen schwer betroffen. Es sah sich gezwungen, nun den Druck seiner Streitschriften nach Deutschland zu verlegen, vor allem nach Leipzig und Breslau. Allerdings ließen auch die kleineren Druckereien Polens, besonders in Danzig und Thorn, alles erscheinen, was ihnen in Auftrag gegeben wurde. Ihnen war es gleichgültig, für welche Partei sie damit warben.[97] Ein vollkommenes Monopol hatte die französische Partei also auch durch Beschlagnahme des Warschauer Presseapparates noch nicht erlangt. Wenn trotzdem ihre Druckschriften einen besonderen Einfluß ausübten, so lag das wohl auch weniger daran, daß die Partei Stanislaws über bessere Publizisten verfügt hätte,[98] als daß die französische Orientierung ihrer politischen Erfolge wegen während des Interregnums überhaupt die tonangebende war. Ihre Schlagworte, die auf den sogenannten Rechten der Nation aufbauten, waren nun einmal zugkräftiger als die zahlreichen langen Schriften der sächsischen Partei, in denen allzu sehr das noch in unangenehmer Erinnerung stehende Regime des verstorbenen Königs gepriesen wurde. Besonderen Wert legte Monti darauf, stets nur wenige Druckschriften zu veröffentlichen, in diesen immer wieder mit denselben Argumenten zu operieren und, wenn nötig, die zu unterdrücken, die über das Ziel hinausschossen.[99] Er wollte durch diese Einschränkung zunächst nur eigenmächtige Propagandaversuche Stanislaws und seiner Anhänger verhindern, erreichte aber, daß gerade infolge ihrer Prägnanz die Wirkung der von französischer Seite vertriebenen Schriften weit größer wurde als die der von der sächsischen Partei verbreiteten Flugblätter.

Von der ungeheueren Menge der Druckschriften, die während des polnischen Wahlkampfes veröffentlicht wurden, können hier nur diejenigen Erwähnung finden, welche auch in außenpolitischer Hinsicht von Bedeutung geworden sind. Sie werden genügen, um einen Eindruck von dem

---

[97] Z. B. Schreiber in Danzig, aus dessen Druckerei zahlreiche Flugblätter vorliegen. Über Thorn vgl. „Zeitungslust oder Anmerkungen über die Zeitungen, welche in Thorn herausgekommen." 1733.

[98] Das behauptet Askenazy S. 28.

[99] Vgl. darüber einen zeitgenössischen Bericht aus dem Mai 1733. Mercure historique XCIV, 664.

Kampfe zu geben, den Frankreich auch mit der Feder in Warschau ausfocht. Bei einer solchen Sichtung des Materials ergibt sich außerdem die notwendige Scheidung zwischen den offiziellen Manifesten, die als Vervielfältigungen im Lande verteilt oder manchmal auch in dem Warschauer Kurier abgedruckt wurden, und den eigentlichen Flugblättern.

Unter Manifesten müssen wir hier Aufrufe verstehen, die entweder der König von Frankreich selbst an den polnischen Adel richtete, oder die von der französischen Partei ausgegeben wurden. In jedem Falle hatten sie den Zweck, die von Monti seiner Umgebung gemachten Versprechungen dem ganzen Volke zu übermitteln. Sie erschienen deshalb ebenso wie die Flugblätter fast immer in verschiedenen Sprachen, polnisch, französisch, deutsch, lateinisch und manchmal sogar italienisch. Waren sie offizielle Manifeste des Königs von Frankreich, so lag ihre Bedeutung oft mehr auf dem Gebiet der Außenpolitik als auf dem der reinen Propaganda.

Gleich nach Augusts II. Tode, am 17. März 1733, gab Ludwig XV. in energischer Weise eine Erklärung über seine Stellung in der polnischen Frage ab.[100] Die Absichten seines Schwiegervaters erwähnte er darin mit keiner Silbe: „Ihro Maj. vermeynen ..., daß Sie bekannt machen müssen, wie Sie alle Bemühungen und Unternehmungen, welche auf den Zwang der Stimmen abzielen, nicht anders als einen Vorsatz, die Ruhe von Europa zu stöhren, würden ansehen können: Weßfalls auch Ihr. Maj. sich nicht würden können entbrechen, mit demjenigen Eyffer und solcher Standhafftigkeit zu agiren, als die Wichtigkeit der Sachen erfordert." Diese Bekanntmachung wurde in Form einer Zirkularnote allen Höfen mitgeteilt und rief den Protest des Kaisers und seiner Alliierten hervor, die nun ihrerseits sich für die freie Wahl aussprachen. Darauf hatte der König von Frankreich durchaus gerechnet, er hatte aber das Manifest zur Beeinflussung der Polen für nötig gehalten.[101]

Seine nächste Erklärung, am 6. Juli, die eine Antwort auf ein Hilfegesuch des Primas vom 10. Juni darstellte und auf Montis Rat im „Kurjer polski" veröffentlicht wurde, begnügte sich noch immer mit Zusicherungen ganz allgemeiner Art. Erst am 4. September, als Stanisław bereits längst nach Polen unterwegs war, ließ er dem Primas durch Monti eine endgültige Erklärung abgeben, „... daß Er nicht nur diese Freyheit in den wesentlichen Stücken einer neuen

[100] „Motifs des résolutions du Roi."
[101] Der König an Monti 26. April 1733. A. E. Po. CCIV, 121.

Königs-Wahl sorgfältigst und kräftigst zu unterstützen verspricht, sondern auch keine Bemühungen und Wege versäumt, durch seine angewendete gute Officia und getroffene wichtige Kriegs-Rüstungen als dem gewissesten Mittel zu diensamen Diversionen zu verwehren, damit die durchl. Republic auf keine Weise und von niemandem, wer es auch immer sey, in dieser ihrer edlen Freyheit gestöhret werde." In dieser Kundmachung wurde Stanisław endlich als französischer Kandidat bezeichnet und damit das Signal zum Kampfe gegeben, für den die französische Kriegserklärung[102] an den Kaiser vom 10. Oktober, welche Frankreich mit dem Stanisław angetanen „Hohn" begründete, nur noch einen Schritt weiter bedeutete. — Ebenso wie die offiziellen Manifeste müssen auch die der französischen Partei als Erklärungen Frankreichs angesehen werden. Wie sehr der in Form eines Manifestes verbreitete Beschluß des Konvokationsreichstages unter französischem Einfluß zustande gekommen war, wurde schon betont. Auch das Manifest des auf dem Wahlfelde in Wola versammelten Adels vom 4. September 1733 ist als Aktion Frankreichs zu werten; es erschien genau gleichzeitig mit dem Ludwigs XV. und richtete sich in genau derselben Weise gegen Rußland und den Kaiser. Natürlich war auch das Manifest, das Stanisław nach seiner Ankunft in Danzig veröffentlichte, unter Montis Mitwirkung verfaßt. Zur Widerlegung der Konföderation von Praga[103] gab Stanisław nicht nur selbst ein Manifest heraus, man suchte auch, die Erklärungen dieser Konföderation zu entwerten, indem man eine von ihr verfaßte Druckschrift mit kritischen Randbemerkungen versah und in dieser Gestalt verbreitete. Selbst noch nach der Wahl Augusts III., bis zum Jahre 1735, versuchten die verschiedenen Konföderationen der französischen Partei, das Vertrauen auf die Hilfe Frankreichs durch Manifeste wieder zu beleben. Sie behaupteten, nicht den geringsten Zweifel zu setzen „... in die Versprechungen der vereinigten Machten, insonderheit was den Allerchristlichsten König anbetrifft", sondern zu hoffen, „in kurtzer Zeit unsern Allerdurchlauchtigsten König und Herrn nach Pohlen und auf den Königl. Thron ... zu begleiten".[104]

Wie weit nun durch derartige Erklärungen tatsächlich

---

[102] „Frantzösisches Krieges-Manifest, darinnen die Ursachen erzehlet und bekannt gemacht werden, welche den Kg. v. Franckreich bewogen, wider den Römischen Kayser die Waffen zu ergreiffen." Anno 1733.

[103] S. u. S. 54.

[104] „Allgemeines Manifest der Konföderierten Republik Pohlen, welches denen sämtlichen Gliedern dieses Reiches und allen Staaten von Europa vorgeleget wird, um den gegenwärtigen Zustand der Republik Pohlen zu erkennen." Königsberg, 30. Juni 1735.

eine Wirkung ausgeübt wurde, läßt sich nicht erweisen; es ist aber selbstverständlich, daß alle Äußerungen des Königs von Frankreich die Stimmung in Polen wesentlich beeinflussen mußten. —

Weit weniger Bedeutung darf man den Flugblättern zuschreiben; denn wenn sie auch fast immer auf Frankreichs Veranlassung verfaßt wurden, so fehlte ihnen, da sie anonym erschienen, das Gewicht, welches den Manifesten die Unterschrift des französischen Königs oder seiner Anhänger verlieh. Da Monti ihre Produktion nach Möglichkeit einschränkte, so stellten sie meist nur die Antwort auf Flugblätter der sächsischen Partei dar und verloren durch diesen defensiven Charakter an Schlagkraft. Trotzdem erregten einige bedeutenden Widerhall und wurden deshalb für die Geschichte des Interregnums von Wichtigkeit. Nur diese sollen hier genannt werden.[105]

Schon die zu Beginn des Interregnums von Stanisław selbst verfaßte Schrift „Brüderliche Warnung",[106] in der für eine Wiedereinsetzung Leszczyńskis auf Grund allgemeiner Akklamation Propaganda gemacht wurde, fand ein lebhaftes Echo. Nicht weniger als drei Gegenschriften von seiten Österreichs, Sachsens und der Czartoryskis suchten sie zu widerlegen.[107] Noch größere Beachtung fand der im April bekannt gewordene „Brief eines Holländers an einen preußischen Freund", der über den Rahmen der reinen Wahlpropaganda bedeutend hinausgriff und wichtige außenpolitische Fragen berührte, so daß in Warschau unter den Diplomaten eine heftige Unruhe entstand.[108] Das Flugblatt wandte sich scharf gegen Ostermann, der unter Peter d. Gr. einen Vertrag mit Schweden abgeschlossen, in dem er die Wiedereinsetzung Stanisławs garantiert habe, ein Vorwurf, gegen den dieser sich seinerseits in einer Denkschrift verwahrte.[109] Als Verfasser der Schrift bezeichnete man in Rußland den französischen Gesandten bei den Generalstaaten, Fénélon;

[105] Die berühmte Schrift Stanisławs: „Głos wolny, wolność ubespieczający" muß hier ausgeschaltet werden. Sie stellt keine eigentliche Flugschrift dar, obgleich Roepell (Seite 28) sie als Propagandaschrift bezeichnet. Außerdem muß ich mich Boyés (S. 175) Meinung anschließen, daß das wahre Erscheinungsjahr erst 1749 anstatt der auf dem Titelblatt angeführten Jahreszahl 1733 ist. Zu den von Boyé und Rembowski (Vorwort zur Neuausgabe des Głos wolny, Warschau 1903) angeführten Argumenten kommt hinzu, daß eine solche Schrift unmöglich den französischen Staatsmännern hätte unbekannt sein können. Sie findet aber in der politischen Korrespondenz des Jahres 1733 keine Erwähnung.

[106] „Reflexiones amici ad amicum super monito fraterno."

[107] Vgl. Ger'e 198 u. 204.

[108] 3. Juli 1733. Ohne Adresse und Absender. A. E. Po. CCI, 206.

[109] 3. Juli 1733. Ohne Adresse und Absender. A. E. Po. CCI, 206 und Monti an den König 24. Juli 1733. A. E. Po. CCVII, 217.

jedoch blieb das Geheimnis seiner Autorschaft ungeklärt. Die Wirkung dieses Flugblatts war verfehlt, da es auch Österreich, Preußen und die Seemächte verstimmte. Trotzdem folgte im Juli ein „Zweiter Brief eines Holländers an einen preußischen Freund", der den in dem russischen Mémoire erhobenen Vorwurf, Frankreich paktiere mit den Türken, zu widerlegen suchte und deshalb das Verhältnis Stanisławs zum Papst möglichst günstig darstellte. Die Antwort: „Brief eines preußischen Freundes an einen holländischen Freund..."[110] ließ nun nicht lange auf sich warten. Sie verursachte eine solche Erregung, daß die erste Auflage zurückgehalten werden mußte. Trotzdem wurde dann eine zweite Auflage gedruckt, die weitere Verbreitung fand.[111]

Wenn der zweite „Brief eines Holländers" sich bemühte, das Verhältnis Stanisławs zum Papst in rosigem Lichte erscheinen zu lassen, so hatte das seinen guten Grund. Die sächsische Partei hatte nach dem Konvokationsreichstag einen Brief an den Papst als Protest gegen den dort erzwungenen Eid veröffentlicht. Man mußte fürchten, daß der Papst sich hinter Sachsen stellen würde. Der päpstliche Bescheid erklärte den Eid auch wirklich für ungültig[112] und hatte eine erneute Antwort von französischer Seite zur Folge.[113]

Nicht immer begnügte man sich damit, Flugblätter der Gegner durch Antworten zu widerlegen. Größtes Aufsehen erregte es, als im Juli 1733 der Primas eine Kampfschrift der sächsischen Partei,[114] die von Wackerbarth selbst veranlaßt war, öffentlich durch den Henker verbrennen ließ. Die Schrift hatte die Beschlüsse des Konvokationsreichstages für ungültig erklärt. Diese Maßnahme faßte Sachsen als Völkerrechtsbruch auf, und der kaiserliche Gesandte Wilczek reichte im Namen des diplomatischen Korps Beschwerde ein; auch Monti mußte sich ihr anschließen, um nicht in Verdacht zu geraten, mit im Spiel gewesen zu sein. Der Vorfall trug wesentlich zur Verschärfung des Verhältnisses

---

[110] „Lettre d'un Ami Prussien à un Ami Hollandois, servant de continuation à la République précédente." Halberstadt, 4. August 1733.

[111] „Commerce de lettres entre deux amis de sentiments différens au sujet de la diète d'élection et des proclamations de Stanislas Leszczyński et de l'Electeur de Saxe." 1734.

[112] „Bescheid aus Rom von einigen Gotts-Gelehrten, welche von unserem Allerheiligsten Vater, Pabst Clemens XII., zur Untersuchung der Nicht- und Ungültigkeit des zur Zeit des Convocations-Reichs-Tags geleisteten Eydes verordnet worden." Warschau, 19. Oktober 1733.

[113] „Erläuterung der römischen Entscheidung wider den auf dem Convocations-Reichs-Tag anno 1733 geschehenen Eyd."

[114] „Schreiben eines gewissen Landboten an seinen guten Freund." Ende Mai 1733.

zwischen dem Primas und dem Kurfürsten von Sachsen bei.[115]

Indessen war der Wahlreichstag herangenaht. Während dieser letzten Zeit verzichtete Monti auf die Verteilung von Flugblättern, die allzu leicht überhand genommen hätte, und erhoffte genügend Propaganda durch die Manifeste, von deren Inhalt er sich größere Wirkung versprach. Erst nach der Doppelwahl, als die französische Politik bereits als gescheitert empfunden werden mußte und von all den tönenden Versprechungen der Manifeste nicht eine eingelöst worden war, versuchte Monti, das Ansehen des französischen Kandidaten zu retten, indem er seine Wahl mit der Augusts vergleichen und als allein rechtmäßig hinstellen ließ.[116] Durch eine andere Flugschrift[117] suchte man, das Veto des Papstes gegen die Wahl des Sachsen herauszufordern, indem man sich auf eine Bulle des Papstes Sixtus V. aus dem Jahre 1559 „De non coronandis regibus heredicis" berief.

Diese letzten Versuche aber blieben erfolglos, denn dem Donner der russischen Kanonen konnte auch die geschickteste Feder nicht mehr Widerstand leisten.

Fragen wir uns nun, wie weit überhaupt durch Druckschriften ein Einfluß in Polen ausgeübt worden war, so müssen wir feststellen, daß sowohl der Zeitung wie dem Flugblatt nur geringe Bedeutung zukam. Das Manifest jedoch hat auch als Mittel des Einflusses zur Gewinnung der Polen wesentlich auf den Verlauf des Interregnums eingewirkt. Außenpolitisch haben sowohl die Manifeste wie verschiedene Flugblätter große Verwicklungen heraufbeschworen. In Polen war schon allein die Verbreitung der Druckschriften mit großen Schwierigkeiten verbunden, und die geringe Bildung des Durchschnittspolen schränkte die Möglichkeit einer Propaganda auf schriftlichem Wege ohnehin sehr ein. So blieb der persönliche Umgang des Botschafters mit der Szlachta doch das wichtigste Mittel, die Wahl des französischen Kandidaten zu sichern.

3.

Auf die gute Einfühlungsgabe des Botschafters kam es an, wenn Frankreich sich in Polen wieder eine „französische

[115] Beschwerde des Kurfürsten: „Übersetzung eines aus Pohlen abgelassenen und das von denen Pohlen verletzte Völcker- und Gesandschafts-Recht betreffenden Brieffes." Dresden, Juli 1733.

[116] Z. B. „Wahrhaffter und umbständlicher Bericht auf was für Art und Weise zu Königen in Pohlen erwehlet worden der durchl. Stanislaus Leszczynski und der durchl. Fridericus Augustus, Chur-Fürst von Sachsen", Oktober 1733, und „Kurtze Erzählung dessen, was sich bei den Wahlen der Könige von Pohlen seit denen Zeiten des Sigismundi Augusti zugetragen."

[117] „Dialogue entre Pasquin et Morforio."

Partei", einen festen Stamm von Anhängern, schaffen wollte. Monti ging an seine Aufgabe zunächst mit Optimismus heran. Bald aber machte er die Erfahrung, daß die mutmaßlichen Anhänger der französischen Orientierung oft auch zu gleicher Zeit mit dem russischen Botschafter in Verhandlung standen. Er kam zu der Erkenntnis, daß zwar überall außer bei den wenigen Günstlingen des Königs Unzufriedenheit mit dem bestehenden Regime herrschte, daß aber der politische Wille zu einer Neugestaltung, sei es in der Anlehnung an Frankreich oder an Rußland, in Polen noch nicht wach geworden sei. Es ist interessant, die Urteile des französischen und russischen Gesandten über dieselben Personen zu vergleichen. Nur zu oft hielten beide dieselben Männer für die zuverlässigsten Verfechter gerade ihrer politischen Ziele. Manchen, auf den Monti 1729 unbedingt zählen zu können glaubte, mußte er vier Jahre später als „douteux", „mal intentionné" oder gar „aspirant à la couronne" bezeichnen.[118] Mit dem zunehmenden Skeptizismus wuchs aber auch auf beiden Seiten die Überschätzung des Gegners.[119]

Die schwankende Haltung des niederen Adels war nur ein Abbild der Unzuverlässigkeit seiner führenden Persönlichkeiten. Der Primas, der an die Spitze einer französischen Fraktion hätte treten müssen, erwies sich nur als geringe Stütze. Schon bei seiner Ankunft in Polen fühlte sich Monti verletzt durch den kühlen Empfang, der ihm durch diesen zuteil wurde.[120] Teodor Potocki gab vor, mit der Ernennung des neuen Botschafters wegen dessen italienischer Abstammung nicht zufrieden zu sein; in Wirklichkeit aber fürchtete er, daß ein ständiger Vertreter Frankreichs seiner Bewegungsfreiheit Schranken auferlegen würde. Trotzdem sah sich Monti schon im Sommer 1729 genötigt, ihn ins Vertrauen zu ziehen und mit ihm über die Maßnahmen zu beratschlagen, welche die Störung der Reichstage bewirken könnten.[121] Bis zum Herbst 1730 erhielt sich auch ein leidlich vertrauensvolles Verhältnis zwischen den beiden Männern; dann jedoch begann der Primas, sich der Hofpartei zu nähern.[122] Die französisch-sächsischen Verhandlungen[123] waren ihm nicht unbekannt geblieben, und er fühlte sich von Frankreich hintergangen. Resigniert zog er sich seit

[118] Montis Charakterisierungen des polnischen Adels: Februar 1729. A.E.Po. CLXXXIV, 243, Februar 1733. A. E. Po. CCII, 171.
[119] Vgl. Ger'e 322.
[120] Monti an den König 7. August 1729. A. E. Po. CLXXXIII, 277. Vgl. auch Przezdziecki, Protocole I, 239 ff.
[121] Monti an Chauvelin 20. Juli 1729. A. E. Po. CLXXXIII, 280.
[122] Monti an den König, 30. September 1730. A. E. Po. CLXXXIX, 75.
[123] S. u. S. 88 ff.

Herbst 1731 fast ganz von der Politik zurück, um in seiner Residenz Łowicz nur seiner Gesundheit zu leben. Natürlich gab Monti auch jetzt nicht die Verbindung zu ihm auf, aber die schwatzhafte und schwankende Art des alten Mannes machten seine Versprechungen immer wertloser. Wenn schon die nachgiebige Stellung des Primas der Hofpartei gegenüber verdächtig war, so vertrat er Rußland gegenüber erst recht keine konsequente Haltung. Er und die anderen Potockis waren von Frankreich enttäuscht, da sie noch immer keine festen Versprechungen über die Verleihung der Hetmanswürde erlangt hatten, und gerieten mehr und mehr unter den Einfluß Löwenwoldes, durch den sie den ehemaligen Gegner Rußlands, Poniatowski, zu stürzen hofften.

Da dies das eigentliche Ziel ihrer Politik bildete, konnte Monti auf die Unterstützung der Potockis überhaupt nur rechnen, solange Poniatowski persona grata am sächsischen Hofe war. Er vermied es darum, vorzeitig mit den Czartoryskis in Verbindung zu treten.[124] Aber der Gedanke, daß diese vielleicht doch einmal nützlichere Bundesgenossen sein würden als die Potockis, trat schon in seine Berechnungen. Die Hoffnung, sie und Poniatowski einst in den Dienst der französischen Thronfolgepolitik stellen zu können, basierte auf der Tatsache, daß Poniatowski selbst schon 1730 wieder mit Stanisław in Beziehung getreten war und diesem versichert hatte, daß er ihn noch immer als seinen Herrn betrachte, wenn er auch dem jetzigen König gegenüber Loyalität bewahren müsse.[125] Außerdem mußte die wachsende Machtstellung, die die Czartoryskis in den letzten Jahren in Warschau erlangt hatten, dazu führen, ihren Ehrgeiz auch zur Forderung der polnischen Krone für ihr Haus zu verleiten. In diesem Fall aber mußten sie Gegner der erblichen sächsischen Thronfolge werden und indirekt der französischen Kandidatur die Wege ebnen.[126] Schon im Dezember 1731 ließ eine Äußerung des Unterhetmans v. Lit., Polen brauche einen König, der dem wachsenden Druck Rußlands und Preußens Widerstand entgegensetze,[127] schließen, daß auch die Czartoryskis die Mängel des sächsischen Regierungssystems nicht übersahen. Waren die Czartoryskis aber erst einmal Gegner des sächsischen Hauses, so konnte man hoffen, daß sie gegen Verleihung des

[124] Die Bemerkung des Botschafters Löwenwolde (2. Februar 1733. Ger'e Anh. 18), „daß diese Cz. Familie jeder Zeit französische Partisans gewesen und heimlich deswegen Pensionen empfangen hätte" beruht auf einer falschen Annahme.

[125] Chauvelin an Monti 26. März 1730. A. E. Po. CLXXXVI, 168.

[126] Monti an Chauvelin 5. Dezember 1731. A. E. Po. CXCII, 400.

[127] Monti an Chauvelin 2. Dezember 1732. A. E. Po. CXCII, 434.

Großhetmansstabes auf ihre Thronansprüche verzichten und für die Kandidatur Stanisławs eintreten würden.

Während Monti sich noch mit diesen Erwägungen beschäftigte, aber noch nicht schlüssig geworden war, ob er weiter die traditionelle Verbindung mit den Potockis, die ihm zwar die Gewalt des Primas zur Verfügung stellte aber doch keine zuverlässige Gefolgschaft sicherte, fortführen, oder aber die Wahl mit Hilfe der Czartoryskis, die die Armee in der Hand hatten, vorbereiten solle, machte der plötzliche Tod des Königs einen schnellen Entschluß notwendig. Eine erfolgreiche Durchführung der Wahl im beabsichtigten Sinne konnte nur zustande kommen, wenn beide Machtfaktoren, Primas und Kronarmee, sich für den französischen Kandidaten einsetzten. Nur mit Hilfe des Primas konnte die Wahl auf legalem Wege durchgesetzt werden, sollte das scheitern, so konnte dann immer noch die Kronarmee[128] den gewünschten Ausgang erzwingen. Kaum eine Woche nach Augusts Tode hatte Monti den vermessen erscheinenden Plan gefaßt, beide Parteien zu versöhnen und darüber nach Paris Bericht abgestattet.[129] Dort stimmte man dem Botschafter zu, daß jetzt alles, innen- und außenpolitisch, von der Einheit der Nation abhänge.[130] Die hohe Begünstigung, die den Czartoryskis gerade noch während der letzten Lebenszeit des verstorbenen Königs zuteil geworden war — nur sie hatten Zutritt zu Augusts Krankenzimmer erhalten —, ließ die Aufgabe, sie dem sächsischen Hause zu entfremden, zunächst zwar schwierig erscheinen.[131] Aber nach Montis Ansicht waren sie die einzigen Männer Polens, mit denen überhaupt Politik zu machen wäre.[132] Er richtete deshalb zunächst alle Bemühungen darauf, die Czartoryskis zu gewinnen. Die Potockis dagegen zeigten sich nach dem Tode des Königs habgieriger denn je, da sie sich als die Herren des Staates betrachteten.[133] Der Palatin von Kiew gab dem russischen Agenten

[128] „... que ferait un roi malgré le Primat." Chauvelin an Monti 18. März 1733. A. E. Po. CCXV, 57.

[129] Monti an den König 7. Februar 1733. A. E. Po. CCII, 151.

[130] Der König an Monti 22. Mai 1733. A. E. Po. CCV, 24: „Si donc il ne nous était pas possible de réunir les familles principales et de s'attacher à un plan purement chimérique que de travailler au rétablissement d'un Prince dont l'élection ne ferait que renouveler les premiers malheurs avec une certitude d'autant plus grande que... je ne pourrais pas le secourir, exactement que la Suède n'a plus comme au commencement de ce siècle un chef respecté et craint et que les autres puissances ont acquis un accroissement qu'elles n'avaient pas lorsque Charles XII entreprit de détrôner le Roi Auguste..."

[131] Vgl. dazu Kantecki I, Kap. VIII.

[132] „... avec lesquels on peut parler et qui ont du mérite ce qu'on ne trouve pas ici." Monti an den König 23. März 1733. A. E. Po. CCIII, 238.

[133] Monti an Chauvelin 19. Februar 1733. A. E. Po. CCII, 204.

Darewski Zusicherungen,[134] und der Wojewode von Bełz machte sogar dem russischen Botschafter den Vorschlag, mit ihm in geheime Unterhandlungen zu treten.[135] Es kam Monti zustatten, daß die Czartoryskis selbst sich aus eigenem Antrieb bereitwillig zeigten, die Partei zu wechseln. In einem devoten Brief hatte die alte Fürstin Czartoryska Stanisław der Ergebenheit ihrer Söhne und ihres Schwiegersohnes versichert.[136] So wagte es Monti, den Czartoryskis Mitte März ein Mémoire zu unterbreiten, in dem er ihnen den Schutz Frankreichs und den Feldherrnstab versprach, wenn sie die französische Politik erfolgreich bei der Wahl Stanisławs unterstützten.[137] Mit allen Vertretern der Familie trat er in Verhandlungen. Besonders durch die alte Fürstin, deren Salon er eifrig besuchte, erlangte er Einfluß.[138] Wirklich zeigten sich auch die Czartoryskis bereit, in den Dienst der französischen Politik überzugehen, jedoch immer noch mit dem Hintergedanken, daß vielleicht doch noch ein Mitglied ihrer Familie selbst als Thronprätendent in Frage kommen könnte. Mit allen Mitteln begannen sie, sich um einen Platz auf der Kandidatenliste zu bemühen. So berichtete Lieven nach Moskau,[139] daß der Wojewode von Rußland dem Palatin von Krakau, Lubomirski, 50 000 Rubel angeboten habe, falls er zu seinen Gunsten auf seine Kandidatur verzichten wolle. Da die Czartoryskis aber sehr wohl wußten, wie gering ihre eigenen Aussichten waren, zumal der kaiserliche Botschafter ihren Zielen entgegenarbeitete,[140] nahmen sie einstweilen Montis Anerbieten an und versprachen, sich für die Wahl Leszczyńskis einzusetzen.

Den Potockis waren die Verhandlungen des französischen Botschafters nicht unbekannt geblieben, obwohl diese streng geheim in den weitläufigen Gärten des Gesandtschaftspalais stattgefunden hatten; sie hatten deshalb zunächst ärgerliche Zurückhaltung bewahrt. Erst Mitte April hatte der Primas Stanisław seine Mitarbeit zugesagt[141] und diese Entscheidung dem kaiserlichen und dem russischen Botschafter mitgeteilt.[142] Durch die Unterstützung beider

---

[134] Vgl. Ger'e 155.
[135] Bericht Darewskis 4. März 1733. Ger'e Anh. 126.
[136] 21. Februar 1733. A. E. Po. CCII, 99.
[137] Monti an den König 23. April 1733. A. E. Po. CCIV, 219.
[138] Monti liebte es überhaupt, Frauen zur Mitarbeit heranzuziehen. Gerade damals nahm er zu 8—10 Damen der Warschauer Gesellschaft neue Beziehungen auf. Monti an den König 23. Juni 1733. A. E. Po. CCVI, 271.
[139] 10. April 1733, Ger'e Anh. 136.
[140] Bericht F. K. Löwenwoldes 21. Februar 1733. Ger'e Anh. 39.
[141] Der Primas an Stanisław 17. April 1733. A. E. Po. CCIII, 166.
[142] Bericht F. K. Löwenwoldes 16. April 1733. Ger'e Anh. 77.

Parteien, der Potockis und Czartoryskis, wurde der Erfolg des Konvokationsreichstages ermöglicht.

Eine endgültige Einigung der beiden Geschlechter konnte Monti allerdings erst kurz vor dem Wahlreichstag durchführen, als die außenpolitische Gefahr allen inneren Hader verstummen ließ.[143] Die Aussöhnung der führenden Familien gab auf dem Wahlfelde den Ausschlag.

Erst in zweiter Linie spielte die Gewinnung der anderen großen Geschlechter eine Rolle. Mit den meisten von ihnen, den Sapiehas, Tarłos, Wielopolskis usw., trat Monti in Verbindung und suchte ihre traditionellen Gebundenheiten und verwandtschaftlichen Beziehungen für seine Politik auszuwerten. Schon lange vor dem Interregnum bemühte er sich, auch Familien wie die Wiśnowieckis und Radziwiłłs, die dem sächsischen Königshause nahe standen, unter den französischen Einfluß zu bringen. Monti mischte sich in die Intriguen der einzelnen Geschlechter, um so wenigstens einen Teil für die französische Partei zu gewinnen. Eigene Bedeutung als politische Persönlichkeiten hatten die meisten dieser Magnaten zwar kaum; als Führer des niederen Adels bestimmten sie aber wesentlich die politische Richtung der Szlachta ihrer Territorien. In Palatinaten, deren Wojewoden in der Opposition gegen die Pläne Frankreichs standen, z. B. in Krakau, wo der Palatin T. Lubomirski, der Kastellan J. Wiśnowiecki und der Bischof Lipski sämtlich sächsische Parteigänger waren, vermochte der französische Einfluß nichts auszurichten. Andererseits sammelten sich in den Gebieten, in denen die Ämter mit den Freunden der französischen Orientierung besetzt waren, also besonders in den großpolnischen Palatinaten Kalisch und Posen und den zentral gelegenen kleinpolnischen Wojewodschaften Sandomierz und Lublin, die Anhänger Frankreichs. Auch die russische Propaganda hatte in Litauen nur so lange einen gefährlichen Einfluß ausgeübt,[144] als die dortigen Magnaten die Stützung ihrer Thronabsichten durch Rußland erhoffen konnten. Sobald die Zarin offen die Kandidatur des Kurfürsten von Sachsen zu fördern begann, wandte sich die Stimmung zugunsten Stanisławs. Im allgemeinen kann man sagen, daß die Anhängerschaft Frankreichs, also die „französische Partei", gerade im kleinen und mittleren Adel schon zu Beginn des Interregnums an Zahl bei weitem dominierte. Trotz aller Bemühungen gelang es Rußland und Österreich nicht, gleichzeitig Konföderationen

[143] Monti an Chauvelin 31. August 1733. A. E. Po. CCVIII, 132.

[144] Vgl. dazu die Berichte Löwenwoldes, Darewskis und Lievens bei Ger'e Anh. und Podoski IV, 72 ff. über die Stärke der russischen Partei in Litauen (1730) vgl. Podoski IV, 37.

in Litauen, Großpolen und Kleinpolen losbrechen zu lassen. Die einzige, die schließlich in Kleinpolen zustande kam, erlangte nur geringe Bedeutung.[145] Die Beschlüsse des Konvokationsreichstages, die dem Nationalgefühl der Szlachcicen schmeichelten, gewannen dann endgültig die Stimmung des niederen Adels für den französischen Kandidaten.

Eine empfindliche Lücke in dem Erfolge des französischen Einflusses bildete das gänzliche Fehlen bedeutender Vertreter des geistlichen Standes unter den Anhängern Stanisławs. Die Geistlichkeit betrachtete Leszczyński noch immer als Werkzeug des protestantischen Schweden und der ungläubigen Türkei. Zwar hatte man in dem Primas die ausschlaggebende Persönlichkeit des Episkopats in den Reihen der französischen Partei; aber auch auf ihn konnte man nicht mehr rechnen, wenn die Kirche sich gegen die Kandidatur Stanisławs einsetzte. Dieser Mangel war um so empfindlicher, als auf sächsischer Seite Bischöfe standen, deren Einfluß stark in die Politik hineinreichte, z. B. der Bischof von Krakau, Lipski, und der Bischof von Posen, Hosius. Die wenigen Vertreter der höheren Geistlichkeit, die der französischen Partei einige Sympathie entgegenbrachten,[146] waren auch meist nur durch persönliches Interesse zu dieser Einstellung gekommen. So hatte sich z. B. der Bischof von Płock, Jędrzej Załuski, für die Wahl Stanisławs erklärt, weil er dadurch seinen Feind Lipski zu treffen hoffte; aber sicher hätte schon die Verleihung des Großkanzleramtes ihn zum treuen Diener des sächsischen Hauses werden lassen.[147] Ein anderer, der Bischof von Smolensk, Gąsiewski, spielte zwar auch politisch eine Rolle, schwankte aber derartig zwischen Frankreich und Rußland hin und her, daß seine Versprechungen praktisch wertlos blieben.

Die ablehnende Stellung des Klerus gegenüber den Bemühungen der französischen Thronfolgepolitik war begründet in der Haltung, welche Rom der polnischen Sukzession entgegenbrachte. An der Kurie war der Einfluß Sachsens und Österreichs der herrschende.[148] Der Papst, Clemens XII., hatte zwar die Absicht, sich nicht in die polnischen Dinge einzumischen, wurde aber durch den täglichen Umgang mit dem Kardinal Albani, der, unterstützt von dem Jesuiten

---

[145] 19. Februar 1733 Zusammentritt der unter östereichisch-russischem Einfluß stehenden Konföderation von Sącz. Größere Bedeutung erlangte erst die von dem sächsisch orientierten Palatin von Krakau, Lubomirski, am 23. Februar 1733 in Krakau gebildete Konföderation.

[146] Nur sieben Bischöfe außer dem Primas leisteten am 23. Mai auf dem Konvokationsreichstage den Eid. A. E. Po. CCI, 155.

[147] Dieses Amt war im Dezember 1732 für ihn in Aussicht genommen worden. A. E. Po. CXCVIII, 392.

[148] Merc. hist. XCIV, 730, Juni 1733.

Kardinal Salerno und dem sächsischen Gesandten Lagnasco, das sächsische Interesse vertrat, und dem Kardinal Cianfuguos, dem Vertrauensmann des Kaisers, ganz gegen Leszczyński eingenommen.[149] Angesichts dieser Lage scheute sich Fleury, in Rom energisch aufzutreten. Der französische Botschafter am Vatikan, St. Aignan,[150] erhielt daher nach dem Tode des Königs von Polen nur die unbestimmte Instruktion, den Einfluß dieser Männer nach Möglichkeit zu unterbinden, aber nicht etwa für die Kandidatur Stanisławs einzutreten.[151] Im übrigen wurde ihm befohlen, in enger Verbindung mit Monti zu bleiben, dessen Familie in Rom namhafte Vertreter besaß.[152] Tatsächlich entwickelte sich zwischen Warschau und Rom ein reger Briefwechsel, und es gelang St. Aignan durch den mit Frankreich sympathisierenden Kardinal Orsini, den Papst so weit zu beeinflussen, daß eine offene Erklärung zugunsten des Kurfürsten von Sachsen während des Interregnums unterblieb. Der Papst beschränkte sich auf ein gnädiges Breve nach Dresden, und der Nuntius in Warschau, Paolucci, erhielt nur die kurze Weisung, für die Wahl eines katholischen Thronfolgers Sorge zu tragen.[153] Wenn dieser sich nun auch neutral verhalten mußte, so wurde sein Stillschweigen in Polen doch schon als Parteinahme für den sächsischen Kandidaten angesehen. Während der Papst sich durchaus unparteiisch zeigte und sich trotz aller Vorstellungen Albanis weigerte, den polnischen Bischöfen Absolution von ihrem auf dem Konvokationsreichstage geleisteten Eide zu erteilen,[154] verbreitete Paolucci in Polen den von Albani gegen den Eid eigenmächtig herbeigeführten „römischen Rechtsbescheid"[155] und weigerte sich schließlich sogar, die Rechtmäßigkeit der Wahl Stanisławs anzuerkennen.[156] Diese Einstellung wurde von der polnischen Geistlichkeit natürlich für die des heiligen Vaters selbst gehalten und machte es ihr unmöglich, sich der französischen Partei anzuschließen.

Es war Monti also nicht gelungen, in ganz Polen und in allen Ständen eine einheitliche Stimmung für die Wahl Stanisławs zu schaffen. Trotzdem aber können wir ein erhebliches Anwachsen der französischen Partei während der Zeit seiner Tätigkeit feststellen. Sein größtes Verdienst be-

[149] Monti an St. Aignan 10. März 1733. A. E. Po. CCXI, 187.
[150] Paul H. de Bauvillier, duc de St. A., 1686—1776, französischer Botschafter am Vatikan 1731—1741.
[151] A. E. Rome DCCXXXIX, 228.
[152] Instruktion für St. Aignan, Hanotaux CXXX, 1731.
[153] Der Papst an Paolucci 22. Februar 1732. Theiner IV, 119.
[154] Vgl. Schmitt I, 31.
[155] S. o. S. 43.
[156] Der König an Monti 25. September 1733. A. E. Po. CCXV, 372.

stand darin, daß er seine Kräfte im Gegensatz zu der demokratischen Struktur des Landes nicht versplitterte, sondern sich für seine Ziele die Persönlichkeiten zu sichern wußte, denen die Masse der Szlachta doch politisch, wirtschaftlich und geistig zu folgen gezwungen war.

4.

Nachdem wir die Methode des französischen Einflußsystems kennengelernt haben, können wir uns der Betrachtung des Verlaufs von Interregnum und Wahlreichstag[157] selbst zuwenden.

Sehr früh schon hatte der französische Botschafter die Hoffnung aufgeben müssen, Stanisławs Wiedereinsetzung durch Akklamation zu erreichen.[158] Seitdem hatte er alle Bemühungen darauf gerichtet, wenigstens eine Szission zu vermeiden. Ein ernsthafter Widerstand war nicht zu befürchten, solange die Gegner der französischen Kandidatur in viele Sonderparteien zerfielen. Die von Rußland, Österreich und Preußen im Dezember 1732 abgeschlossene Löwenwoldesche Punktation[159] hatte zwar als gemeinsamen Kandidaten der Ostmächte den Prinzen Emanuel von Portugal vorgesehen. Hatte jedoch der Kaiser schon von vornherein der portugiesischen Kandidatur gegenüber große Zurückhaltung bewahrt, so hielten schließlich die in diesem Vertrage Preußen zugestandenen Konzessionen sowohl die österreichische wie die russische Regierung von einer Ratifizierung der Punktation ab. Damit war auch Don Emanuels Rolle ausgespielt. Neben diesem hatte als aussichtsreichster Prätendent der Kurfürst von Sachsen Anspruch auf den Thron seines Vaters erhoben. Weniger Hoffnungen konnte sich die lange Reihe der piastischen Kandidaten machen.

Unter diesen Verhältnissen hatte die zielbewußte Politik Frankreichs noch zur Zeit des Konvokationsreichstages entschieden die Stimmung der Szlachta beherrscht. Aber das änderte sich, als die verschiedenen Richtungen der Gegner sich anzunähern begannen. Am 4. April schon war der russische Kurier mit der Nachricht aus Lissabon zurückgekehrt, daß der Prinz Emanuel von seiner Kandidatur zurücktreten wolle. Diese Ablehnung hatte zwar zunächst den Kurs noch nicht wesentlich beeinflußt. Gleichzeitig aber hatte Sachsen in Wien und Moskau Unterhandlungen begonnen, die dem Kurfürsten den polnischen Thron sichern

[157] 25. August bis 12. September 1733. Ausführliche Beschreibungen des Wahlvorganges finden sich bei Boyé, Ger'e und in den zeitgenössischen Darstellungen von Armand de la Chapelle, Massuet, Chevrières u. a.
[158] Monti an Chauvelin 11. April 1733. A. E. Po. CCVIII, 80.
[159] Erster Separatartikel.

sollten. Als Entgelt erklärte sich Sachsen bereit, die pragmatische Sanktion anzuerkennen, auf alle die Kaiserkrone betreffenden Ansprüche zu verzichten und Rußland die Nachfolge in Kurland zu überlassen. Am 16. Juli kam der sächsisch-österreichische Vertrag zustande, und am 14. August wurde auch das russisch-sächsische Bündnis bestätigt. Preußen erklärte am 19. August seine Neutralität. Durch dieses plötzliche Erstarken der sächsischen Partei verloren die piastischen Sonderbestrebungen, die bisher auf die Unterstützung der Mächte gebaut hatten, jede Aussicht auf Verwirklichung. Die Stimmung für Stanisław verschlechterte sich in Polen zusehends; selbst der Primas setzte sich mit Löwenwolde in Verbindung und nahm für sich und seine Familie russische Bestechungsgelder an.[160] Der Einmarsch fremder Truppen als Protest gegen die Wahl Stanisławs war nun gewiß, und wirklich überschritt am 11. August die russische Armee die litauische Grenze. Für Monti handelte es sich jetzt nur noch darum, die Wahl zu beschleunigen, um die Ankunft der Truppen in Warschau wenigstens auf einen Zeitpunkt nach der Wahl hinauszuschieben. Deshalb mußte auch die Abreise Stanisławs so schnell wie möglich erfolgen; das Abenteuer des Prinzen Conti, der erst in Danzig angekommen war, als sein Königtum praktisch schon zu Ende war, durfte sich nicht wiederholen. Fleury war jedoch der Meinung, daß die Ankunft Stanisławs vor dem Wahltage den Mächten nur den Vorwand geben würde, Frankreich suche die freie Wahl zu stören.[161] Erst spät entschloß er sich daher, Montis Drängen nachzugeben. Am 22. August verließ endlich Leszczyński Chambord, reiste, als Kaufmann verkleidet, unerkannt durch Deutschland und traf am 8. September in Warschau ein. Dort hielt Monti ihn zunächst in seinem Palais versteckt und instruierte ihn aufs Genaueste. Am 10. September gab sich Stanisław dann während der Messe in der Heiligen Kreuzkirche seinen Anhängern zu erkennen.

Inzwischen war der Reichstag schon seit dem 25. August auf dem Wahlfelde von Wola versammelt. Seine erste Handlung bestand in der Bestätigung des auf dem Konvokationssejm geleisteten Eides, und auch viele Gegner Stanisławs, die diesen noch nicht abgelegt hatten, erklärten sich jetzt bereit, ihn zu leisten. Die Wahl des Marschalls ging ohne große Komplikationen vor sich und fiel auf den von Monti und dem Primas ausersehenen Kastellan von Posen, Rad-

[160] Ger'e Anh. 156 und Monti an den König 18. August 1733. A. E. Po. CCVIII, 88.

[161] Mémoire Chauvelins für Stanisław, Mitte August 1733. A. E. Po. CCI, 257.

ziewski. So verliefen die ersten Tage befriedigend. Aber am 29. August verließ ein Teil des Adels unter Führung des Großmarschalls d. Kr., Mniszech, und des Regimentarius v. Lit., Wiśnowiecki, das Wahlfeld und siedelte nach Praga über. Es war zu befürchten, daß sämtliche Anhänger der ehemaligen piastischen Thronbewerber folgen würden. Eine allgemeine Unsicherheit griff darauf auch in den Reihen der französischen Fraktion um sich. Die Angst vor den anrückenden Russen wurde bereits panikartig, und auch die Stimmung der Warschauer Bevölkerung wandte sich gegen die Wahl Stanislaws. Die Zahl der Konföderierten von Praga wuchs mehr und mehr. Am Vorabend des Wahltages standen dort ungefähr 4000 den in Wola versammelten 13 000 gegenüber.[162] Vergeblich hatte die französische Partei auszugleichen versucht. In Paris hatte man diesen Verlauf der Dinge erwartet, aber kein Mittel gewußt, ihn zu verhindern.[163]

Trotz all dieser Schwierigkeiten konnte die Wahl am 11. und 12. September einstimmig für den französischen Kandidaten durchgeführt werden.[164] Stanislaw und Monti erwarteten im Palais der französischen Gesandtschaft die Entscheidung, während der Primas in strömendem Regen zu Pferde die Stimmen der Palatinate einsammelte. Der Wahlvorgang mußte beeilt werden; denn es folgten zwei Feiertage, an denen sich die Sachlage leicht hätte verschlechtern können. Am Abend des 12. September verkündete der Primas, daß Stanisław Leszczyński nemine contradicente zum König von Polen und Großfürsten von Litauen proklamiert sei. Rechtlich war Stanislaw vom ganzen Volke gewählt; denn der Protest der Konföderierten von Praga erfolgte erst, nachdem sie das Wahlfeld verlassen hatten; nur dort aber war das Veto rechtskräftig. So lag keine Szission vor. Praktisch sollten sich die Verhältnisse anders gestalten.

Am 19. September beschwor der neue König die pacta conventa. Schon aber rückten die russischen Truppen in bedrohliche Nähe vor. Der Aufruf zum allgemeinen Aufgebot,

---

[162] Die Zahlenangaben weichen stark voneinander ab. Vgl. Askenazy, Anm. zu S. 113 u. 116.

[163] Chauvelin an Monti 31. August 1733. A. E. Po. CCVIII, 132 (Antwort auf die Depesche Montis vom 23. Juli): „... je crains que le parti opposé soutenu des troupes étrangères que je regarde comme entrées quoique vous n'en eussiez pas encore la nouvelle ne branle les bien intentionnés. Les partisans des candidats piastiens qui se proposent de se mettre sur les rangs peuvent aisément se rejetter du côté du Saxon."

[164] Das einzige offene Veto, das des Landboten Kamiński aus Wolhynien, wurde sogleich unterdrückt und der Landbote zum Widerruf gezwungen.

der auf die Hilfe Frankreichs verwies,[165] konnte die ausbrechende Panik nicht mehr verhindern. Während man in Paris nach Eintreffen des Kuriers (20. September) noch im Siegestaumel über den Erfolg des Vaters der Königin Freudenfeste feierte, rüstete dieser bereits zum Aufbruch nach Danzig. Monti folgte ihm dorthin; denn von Danzig allein hoffte er die Verbindung mit Stockholm und Paris aufrechterhalten zu können.

Am 30. September stand die russische Armee an der Weichsel, und am 5. Oktober proklamierte der Bischof von Krakau auf dem Wahlfelde von Kamień August III. zum Könige von Polen. Fünf Tage später erfolgte die Kriegserklärung Frankreichs an Österreich und Sachsen.

Die französische Diplomatie hatte ihr Ziel erreicht, Stanisław Leszczyński war gewählt. Aber Fleurys Vorahnung, daß dies den Krieg bedeuten würde, hatte sich erfüllt. Vergeblich erwarteten der König von Polen und der französische Botschafter in Danzig die Hilfe Frankreichs oder der polnischen Anhänger. Monti hatte seine Befehle ausgeführt, für die Folgen war er nicht mehr verantwortlich.[166] Die polnische Thronfolgefrage war nicht mehr zu lösen durch ein Spiel geheimer Intriguen und Schachzüge. Sie war zur Brandfackel Europas geworden.

---

[165] Manifest Stanisławs an die Einwohner Preußens zur Versendung an die Grodgerichte: „Es werden Uns auch nicht verlassen die benachbarte Höfe, welche sich auffrichtig vor Uns interessieren ...“

[166] Monti an Chauvelin 2. Dezember 1733. A. E. Po. CCX, 228. „Je suis le maître de mon courage, mais je ne le suis pas de celui des autres.“

Zweiter Teil.

Frankreichs europäische Politik am Scheidewege zwischen Polen und Rußland.

Kapitel III.

Die Voraussetzungen des Einflusses bei den Mächten.

1.

Als Geheimdiplomatie fand die französische Politik im Polen des 18. Jahrhunderts ihr günstigstes Betätigungsfeld. Die offizielle Diplomatie zeigte sich selbst dort zaudernd und uneinheitlich. Monti trieb schließlich seine eigene Politik und wollte nicht glauben, daß die Pariser Zentrale nicht mehr hinter ihm stand. In Warschau, wo sein Einfluß der maßgebliche war, konnte seine Persönlichkeit die Wahrung einer konsequenten Linie wenigstens annähernd durchsetzen. Weit mehr mußte sich in der großen Politik in den europäischen Residenzen die Divergenz zwischen seinen Absichten und denen des Pariser Kabinetts auswirken. Zwar war Monti wiederholt die Vollmacht erteilt worden, mit den französischen Diplomaten aller europäischen Höfe, welche an der polnischen Sukzession interessiert waren, eine unmittelbare Korrespondenz zu führen;[1] aber die zurückhaltenden Anweisungen Fleurys wirkten hemmend auf die Aktionskraft der Gesandten ein. Von diesem Widerspruch muß die Betrachtung ausgehen, welche sich die Analyse der französischen Politik in den Staaten Europas zum Ziel setzt.

Die europäischen Beziehungen der 20er Jahre des 18. Jahrhunderts waren durch besonderen Mangel an Stabilität gekennzeichnet. Nach Beendigung der großen Kriege hatte ein allgemeines Suchen nach neuen Koalitionen begonnen, ohne daß gemeinsame Interessen dazu natürlichen Anlaß gaben. Jede Macht ging ihren eigenen Zielen nach. Spanien

[1] Z. B. Chauvelin an Monti 11. März 1733, A. E. Po. CCXV: „Comme il pourrait arriver un cas dans lequel les S. res Magnan, Bussy, Casteja et Chétardie pouvaient pas n'avoir le temps de recevoir directement des ordres d'ici, je compte que vous leur manderez successivement des choses qu'ils pouvaient avoir à faire relative aux plans que vous suiveriez."

hatte nur die Rückgewinnung der im Utrechter Frieden an Habsburg abgetretenen italienischen Gebiete im Auge, der Kaiser die Anerkennung der pragmatischen Sanktion, Preußen die Erledigung der jülichschen Erbschaft, Dänemark die Bestätigung des Besitzes von Schleswig. Die beiden großen Gegner des nordischen Krieges, Rußland und Schweden, hatten nach dem Tode Karls XII. und Peters d. Gr. und den darauf folgenden Thronwirren alle Aktivität in der Außenpolitik eingebüßt. Die Kongresse von Cambrai (1721—1725) und Soissons (seit 1728) tagten ohne Erfolg, bis die an ihnen beteiligten Staaten es vorzogen, Separat-Vereinbarungen zu treffen. Als Frankreich seine Bemühungen um die Regelung der polnischen Sukzession aufnahm, hatten die Bündnisse von Wien[2] und Herrenhausen,[3] die einige Zeit Europa in zwei Lager gespalten und 1726/1727 den europäischen Frieden stark gefährdet hatten, bereits ihre Bedeutung verloren. Preußen hatte 1726 durch Allianzen mit Rußland[4] und dem Kaiser[5] den Rahmen des Herrenhauser Bündnisses gesprengt. In demselben Jahre waren auch Österreich und Rußland in engere Beziehungen getreten;[6] der Kaiser hatte in dem durch die wiederholten Abweisungen Frankreichs gekränkten Rußland einen mächtigen Bundesgenossen gegen Frankreich gefunden. Dagegen hatte sich Schweden 1727 von der russischen Bevormundung befreit und den hannöverschen Verbündeten angeschlossen, ohne allerdings die 1724 mit dem Zaren geschlossene Allianz[7] aufzugeben. Auch Dänemark suchte die Regelung der schleswigschen Frage jetzt im Anschluß an England und Frankreich zu regeln.[8] Ungeklärt blieb noch die Stellung Spaniens, dessen Verhältnis zu Österreich trotz der 1727 erneuerten Wiener Verträge gespannt geblieben war, und das eine Wiederannäherung an die Westmächte erstrebte, da es vom Kaiser die Erfüllung seiner Hoffnungen auf einen Ausgleich in Italien nicht bestätigt sah. Von seiten Frankreichs wurden, seit Fleury die Leitung der Politik übernommen hatte, Anstrengungen gemacht, diese antihabsburgische Stimmung zu schüren, selbst aber zu einem besseren Einvernehmen mit Spanien zu kom-

---

[2] 30. April 1725, österreichisch-spanische Allianz.

[3] 3. September 1725, französisch-englisch-preußische Allianz; Beitritt der Generalstaaten 9. August 1726, Schwedens 14. März 1727.

[4] Petersburg, 10. August 1726.

[5] Wusterhausen, 12. Oktober 1726.

[6] Wien, 6. August 1726.

[7] Stockholm, 22. Februar 1724. Die Allianz wurde 16. April 1726 erneuert und durch den Beitritt Österreichs erweitert. Beitritt Schwedens zur Herrenhäuser Allianz s. o.

[8] Kopenhagen, 16. April 1727.

men, um so den Kampf gegen die pragmatische Sanktion aufnehmen zu können.

In diesem ungeklärten Zustande befand sich das europäische Bündnissystem, als Monti zu Beginn des Jahres 1729 seine Mission nach Polen antrat. Kurz darauf, im November 1729, erhielten die europäischen Verhältnisse eine gewisse Konsolidierung durch den Abschluß des englisch-französisch-spanisch-holländischen Bündnisses von Sevilla.[9] So standen sich damals zwei Komplexe gegenüber, auf der einen Seite, unter Führung der Westmächte: Spanien, Frankreich, England, die Generalstaaten, Schweden, Dänemark und die wittelsbachischen Trabanten Frankreichs;[10] auf der anderen die Ostmächte: Österreich, Rußland und Preußen, die zum erstenmal als geschlossene Gruppe den französischen Vormachtplänen entgegentraten. Die Bindung der Ostmächte untereinander beruhte zunächst nur auf bilateralen Verträgen, noch war eine Tripelallianz nicht zustande gekommen; so konnte sich Frankreich Hoffnung machen, dieses System zu sprengen, bevor es sich endgültig gefestigt hatte. Vor allem mußte es zu verhindern suchen, daß auch Sachsen, dessen Stellung noch unentschieden war, sich den Ostmächten anschlösse. Die seit Ende 1727 gebesserten Beziehungen Sachsens zu Preußen gaben Anlaß zu solchen Befürchtungen.[11] Das Verhältnis Sachsens zu Rußland und Österreich war jedoch in letzter Zeit wiederholt getrübt worden. Die pragmatische Sanktion hatte den Kurfürsten, dessen Sohn seit 1719 mit der Prätendentin auf die Kaiserkrone vermählt war, in die Opposition gegen Habsburg gedrängt. Die Beziehungen zu Rußland waren seit dem Thorner Blutgericht von 1724 der Dissidentenfrage wegen gespannt und durch Augusts Absichten, Kurland nach Aussterben der Familie Ketteler als einfaches Palatinat der Rzeczpospolita zu inkorporieren, noch mehr verschärft worden. Die Abziehung Sachsens vom Bündnissystem der Ostmächte und darüber hinaus auch die Entzweiung der anderen Vertragspartner erschien also durchaus möglich und bildete die erste Aufgabe für die französische Diplomatie.

Eine reine Defensive gegen die Einigung der Ostmächte konnte aber nicht genügen. Frankreich brauchte Verbündete, die an der polnischen Sukzession in demselben Sinne interessiert waren wie es selber. Das bedeutete ein Zurück-

[9] 1. November 1729.

[10] Bayern war seit dem 12. November 1727 mit Frankreich verbündet. 1728 hatten die Pfalz, Köln und Trier sich mit Bayern in der sogenannten Wittelsbacher Hausunion geeinigt und waren der Allianz mit Frankreich beigetreten.

[11] Vgl. Farges II 7, Anm. 1.

greifen auf das erprobte System der barrière de l'est. Es galt also festzustellen, welchen Rückhalt Frankreich von seinen alten Bundesgenossen, Schweden und der Türkei, erwarten konnte. Irgendwelche vertraglichen Bindungen dieser beiden Staaten für die Kandidatur Stanisławs bestanden noch nicht. Schweden war zwar Frankreichs Alliierter geworden, es war aber zugleich auch noch der Bundesgenosse Österreichs und Rußlands, dessen Zar sich als einziger Monarch Europas bereits prinzipiell gegen Leszczyński ausgesprochen hatte.[12] Die Türkei stand abseits des ganzen europäischen Bündnissystems. Selbst die wirtschaftliche Vormachtstellung Frankreichs im Orient war gegen die wachsende politische Macht, welche Rußland gerade in den letzten Jahren durch die Teilung der persischen Eroberungen[13] an der Pforte erlangt hatte, nicht mehr ausreichend gesichert.

So war die außenpolitische Konstellation nicht geeignet, Frankreich allzu große Hoffnungen für den Erfolg seiner Polenpolitik zu machen. Auf jeden Fall mußte lange Vorarbeit an den Höfen Europas geleistet werden, um diese Schwierigkeiten zu überwinden.

2.

Der ganze diplomatische Apparat Frankreichs mußte in Bewegung gesetzt werden, wenn Europa für die Wahl Leszczyńskis gewonnen werden sollte. Es genügte nicht, daß außer dem Botschafter in Warschau auch die Vertreter Frankreichs in Moskau, Wien, Berlin, Stockholm, Konstantinopel, Rom und Kopenhagen ihre direkten Weisungen aus Paris erhielten; auch eine ständige Verbindung dieser Städte mit Warschau mußte geschaffen werden. Dadurch wurde eine Kontrolle durch den Außenminister zwar erschwert, man erreichte aber eine bei den damaligen Postverhältnissen äußerst notwendige Steigerung der Verkehrsgeschwindigkeit. Der gewöhnliche Kurierdienst brauchte zur Zurücklegung der Strecke Warschau—Berlin—Paris durchschnittlich zwei bis drei Wochen, im besten Fall konnte eine Depesche in acht Tagen Paris erreichen. Noch langwieriger war natürlich die Verbindung mit Konstantinopel und Moskau. Diese Schwierigkeit wurde erheblich gemildert, wenn der Warschauer Botschafter selbst die unmittelbare Korrespondenz besorgte.[14]

Aber nicht nur die offizielle Anweisung der Gesandten, die ja schließlich immer noch wieder von Paris aus kor-

[12] Warschauer Vertrag von 1718.
[13] Konstantinopel, 23. Juni 1724 und 23. Dezember 1727.
[14] S. o. S. 56.

rigiert werden konnte, war in Montis Hand gelegt. Ihre eigentliche Intensität erhielt seine Politik erst durch einen Stab von Agenten und Spionen, welche an den verschiedenen Höfen die Arbeit der Gesandten unterstützten. In Polen hatte Monti auf diese Hilfe verzichten müssen. An den anderen Höfen konnte er sie in seinen Dienst stellen, da hier eine Einmischung Stanisławs nicht im gleichen Maße zu befürchten war. So entwickelte sich neben der von Paris geleiteten offiziellen Diplomatie noch eine Geheimdiplomatie, die nur von dem sich an dem betreffenden Hof aufhaltenden Gesandten, in letzter Instanz vom Warschauer Botschafter, abhängig war. Wir können diese vielleicht als Anfangsstadium der späteren Geheimdiplomatie Ludwigs XV., des „secret du Roi",[15] betrachten; sie unterschied sich von dieser nur insofern, als hier die Pariser Zentrale selbst noch orientiert war, während ihr später die Leitung ganz aus den Händen glitt.

Die Namen von einer ganzen Reihe hervorragender Persönlichkeiten dieses Geheimdienstes sind uns überliefert. Da waren zunächst einmal die alten Parteigänger Leszczyńskis und unter ihnen als der bekannteste der ehemalige Kosakenhetman und Nachfolger Mazeppas, Philipp Orlik.[16] Dieser war nach Karls XII. Tode noch einige Jahre am schwedischen Hofe tätig gewesen. Nachdem er 1723 in die Türkei zurückgekehrt war, gab er es jedoch auf, eine einheitliche politische Linie zu verfolgen und knüpfte zu gleicher Zeit mit verschiedenen Staaten Beziehungen an. Während er sich bemühte eine russisch-türkische Allianz zu vermitteln, überschüttete er den König von Polen mit Bettelbriefen,[17] die die heftigsten Anklagen gegen Rußland enthielten. Zu derselben Zeit nahm er auch die Verbindung zu Stanisław und Frankreich wieder auf und begann eine direkte Korrespondenz mit dem französischen Ministerpräsidenten.[18] Ebenso unterhielt er Beziehungen zu dem König von Schweden, ohne jedoch von diesem außer leeren Versprechungen irgendwelche Unterstützung zu erhalten. Für Frankreich war die Mitarbeit Orliks von größtem Wert, da er die geheime Verbindung des Konstantinopeler Botschafters mit den Tataren und Kosaken vermittelte. Seine Stel-

[15] Vgl. Broglie.
[16] Vgl. Dnevnik und A. Jensen: Orlik u Svecij (Zapiski naukovogo tov. im. Ševčenka XCII, 1909) sowie die von seinem Sohn 1736 verfaßte Lebensbeschreibung A. E. Po. CCXV, 460. Weitere Aufschlüsse sind aus der demnächst erscheinenden Arbeit von B. Krupnyckyj: Hetman Philipp Orlik 1672—1742, Übersicht seiner politischen Tätigkeit, zu erwarten. Die Arbeit benutzt umfangreiches Stockholmer Material.
[17] S. H. St. A. 698. Briefe Orliks von 1719—1728.
[18] 1724.

lung war aber insofern schwierig, als die Pforte seine geheimen Machenschaften ungern sah und ihn an ihrer Ausübung zu hindern suchte. Er wurde mehr wie ein Gefangener behandelt als wie ein Gast und nach Möglichkeit von jedem Verkehr mit Kosaken oder Polen abgeschnitten.[19]

Auf diese Weise war die Bewegungsfreiheit Philipp Orliks sehr gehemmt. So nahm unter den französischen Agenten eine weit wichtigere Stellung sein Sohn Gregor[20] ein. Dieser war zwar nach Karls XII. Tode vom schwedischen in den sächsischen Dienst übergegangen, hatte sich aber 1726 als erbitterter Feind Rußlands wegen der nachgiebigen Haltung, die August II. in der kurländischen Frage Rußland gegenüber eingenommen hatte, zurückgezogen und seit 1729 seine Dienste gänzlich Monti zur Verfügung gestellt. Da er schon vorher in die französische Armee eingetreten war, konnte er unauffällig zu jeder Mission Verwendung finden. Seine ungeheure Sprachenkenntnis und gesellschaftliche Gewandtheit machten ihn zum brauchbarsten Unterhändler der Geheimdiplomatie in Paris, Chambord, Konstantinopel und in der Krim; seit 1730 wurde er mit verschiedenen Missionen betraut, die er unter dem Decknamen „Hag", „de la Haye" oder „de la Motte" ausführte.

Ebenfalls zur Vermittlung zwischen Frankreich und den Türken, Tataren und Kosaken diente ein anderer französischer Offizier, der Ungar Baron Tott.[21] Dieser, ein alter Anhänger Rákóczys, war schon 1717 in den französischen Geheimdienst getreten. Durch seine vollkommene Beherrschung der türkischen Sprache wurde er vor allem in Konstantinopel zu einem nützlichen Instrument Frankreichs. Tott war eine Abenteurernatur; es wird deshalb nicht klar, ob er durch seinen Übergang in den französischen Dienst nur der ungarischen Freiheitsbewegung nützen wollte oder etwa eigene Ziele erstrebte. Jedenfalls aber hoffte er, daß ein unter französischem Einfluß stehender polnischer König antihabsburgische Politik treiben würde.

Neben Konstantinopel und den Residenzen der türkischen Vasallen war vor allen Dingen der Zarenhof Schauplatz einer französischen Geheimdiplomatie. Es mag paradox erscheinen, daß hier die alten Anhänger Stanisław's in russischer Uniform für seine Rückkehr arbeiteten. Aber,

---

[19] „... de vin ne mig bi ani z Poljakami ani z Ukraincjami vesti konversacij, a tilki biv bi okpuženij kanalijami." Dnevnik 11.

[20] Autobiographie A. E. Po. CCXV 460, 1736. Vgl. im folgenden Borščak und Waliszewski, 21.

[21] Gest. 1757 in Konstantinopel. Vater des Autors der „Mémoires sur les Turcs et les Tartares" (Amsterdam 1784).

wie einer von ihnen beteuerte,[22] glaubten sie, ihrem Könige am besten zu nützen, wenn sie einen Ausgleich mit Rußland herbeiführten. Unter ihnen übernahm die wichtigsten Aufträge Stanisławs und Montis der ehemalige Mitkämpfer Leszczyńskis und jetzige russische General Urbanowicz.[23] Er war 1725 aus dem schwedischen in den russischen Dienst übergegangen und übte dort nicht nur seine militärischen Funktionen aus, sondern wurde auch zu Missionen nach Polen verwandt,[24] die er dann entgegen seiner eigentlichen Instruktion ausnutzte, um für Stanisławs Interesse einzutreten. Während der ganzen Zeit setzte er seine Korrespondenz mit diesem durch Vermittlung seiner in Breslau lebenden Gattin fort.[25] Mit dem französischen Residenten am Zarenhof stand er in dauernder Verbindung. Ebenso unterhielt er mit dem schwedischen Gesandten Cederhielm ein freundschaftliches Verhältnis.[26] Als hoher Offizier hatte er außerdem Gelegenheit, mit fast allen bedeutenden Persönlichkeiten des Hofes in Beziehung zu treten und mit ihnen vertrauliche Gespräche über die polnische Thronfolge anzuknüpfen.[27] Seine Verdienste wurden französischerseits auch nicht unterschätzt; als er im Frühjahr 1730 erklärte, den russischen Dienst verlassen zu wollen, überredete ihn der französische Resident zum Bleiben, da er unentbehrlich sei.[28] Sein plötzlicher Tod (1731) stellte einen großen Verlust für die französische Politik dar.

Gleichzeitig mit Urbanowicz war auch der Starost von Bobrujsk, Sapieha,[29] 1725 in den russischen Dienst übergegangen und hatte dort den Rang eines Feldmarschalls erhalten. Auch er blieb in ständiger Verbindung mit den diplomatischen Vertretern Frankreichs in Rußland und Polen. Durch seine Gattin[30] war er eng verwandt mit Stanisław. Zu fast allen führenden Persönlichkeiten am russischen Hofe unterhielt er vertraute Beziehungen; nur sein Verhältnis zu Ostermann blieb gespannt, so daß er auf die Außenpolitik keinen Einfluß ausüben konnte. Seine Lage verbesserte sich noch, als Anna Ivanovna den Thron bestieg;

---

[22] Nach Ger'e Anh. S. VI sagte Darewski: „... ja nigdě ne mog byt' tak polezen moemu korolju kak v russkoj službě."
[23] Krzystof U., Starost von Hubsk. Gest. November 1731 in Moskau als russischer Generalmajor.
[24] Mardefeld an Friedrich Wilhelm I. 26. Januar 1726, Sbornik XV, 301, und Chauvelin an Monti 21. September 1730, A. E. Po. CLXXXVI, 175.
[25] Przezdziecki, Bibl. warsz. 1856.
[26] Stanisław an Urbanowicz, 27. Mai 1725. Przezdziecki 14. — Cederhielm war Gesandter in Rußland vom Juli 1724 bis zum Frühjahr 1727.
[27] Sbornik LXXV und LXXXI passim.
[28] Magnan an Chauvelin Sbornik LXXXI, 42.
[29] Jan S., Bruder des Großmarschalls v. Lit. Aleksander Karol.
[30] Sie war ebenso wie die Gemahlin Stanisławs eine geborene Opalińska.

denn sein Sohn,[31] der das Amt eines russischen Kammerherrn bekleidete, hatte eine Nichte der Zarin zur Frau[32] und vermittelte den vertraulichen Umgang Sapiehas mit der Monarchin. Durch diese wenigen aber einflußreichen Agenten erfuhr die französische Politik in Rußland ausreichende Unterstützung. Unbedeutendere Personen als Spitzel zu beschäftigen, erübrigte sich daher und hätte nur Unannehmlichkeiten mit sich bringen können,[33] da gerade in Rußland strengste Diskretion am Platze war.

Neben diesen ständig in französischem Auftrag am Zarenhofe arbeitenden Vertrauensmännern gelang es Frankreich auch, in weitem Umfange die engen Beziehungen auszunutzen, welche einen großen Teil besonders des litauischen Adels mit Rußland verbanden. So hatte selbst die Tätigkeit des polnischen Gesandten am russischen Hof, des Podstolnik Antoni Potocki,[34] nur zum Teil offiziellen Charakter. Hinter den Kulissen wirkte Potocki im Auftrage Montis und des Primas für die Wahl Stanisławs.[35]

Während an der Pforte, bei den Tataren und am Zarenhof also eine ganze Reihe durch Frankreich bezahlter Agenten die Ziele der französischen Politik durchzusetzen sich bemühte, scheint ein solcher Stab in Stockholm, Berlin und Wien gänzlich gefehlt zu haben. In Wien erübrigte sich ein derartiges Beginnen wegen der gänzlichen Aussichtslosigkeit, die Stimmung des Kaiserhofes zugunsten der Kandidatur eines französischen Thronprätendenten zu beeinflussen. Aber auch in Stockholm und Berlin hielt man scheinbar die Tätigkeit eines offiziellen diplomatischen Vertreters für ausreichend. Daraus wird klar, woher Frankreich, und in diesem Fall eigentlich Monti, die Entscheidung über die polnische Frage und seine eigene Stellung in Osteuropa erwartete. Monti war sich bewußt, daß allein Rußland den französischen Einfluß in Polen wirklich gefährden konnte. Nur wenn es gelang, Rußland durch einen Konflikt mit der Türkei zu fesseln, konnte Frankreich die Wahl seines Kandidaten durchsetzen und darüber hinaus überhaupt seine traditionelle Machtstellung erhalten.

---

[31] Piotr S., Starost von Zdzitowsk.

[32] Sofja Skavronskaja.

[33] So lehnte z. B. Magnan die Verwendung eines Oberst Dorigny mit der Motivierung ab, daß dieser ein zu großer Phantast sei, um im Geheimdienst nützliche Dienste leisten zu können. Magnan an Chauvelin, 13. Januar 1729. Sbornik LXXV, 287.

[34] Der spätere Palatin v. Bełz.

[35] Missionen 1730/1731 s. u. S. 94 ff.

Kapitel IV.

Der Kampf um die Erhaltung der barrière de l'est.

Die barrière de l'est war bereits im 17. Jahrhundert von Osten und Westen schweren Angriffen ausgesetzt gewesen. Sie hatte widerstehen können, weil der Ansturm niemals einheitlich von beiden Seiten vor sich gegangen war. Die kaiserliche Politik gegenüber Polen, Schweden und der Türkei war ohnehin rein defensiver Natur gewesen, und die Angriffe Moskaus hatten sich erschöpft im Kampf um Gebietserweiterungen. Polen hatte davon unbeschadet seine territoriale Ausdehnung erhalten, Schweden den Höhepunkt seiner Macht erleben und die Türkei sich bis vor die Tore Wiens ausdehnen können. Der Eintritt Rußlands in das europäische Staatensystem, der endgültig durch den Frieden von Nystadt vollzogen wurde, änderte die Situation vollständig. Die Pfeiler der Barriere, Schweden und die Türkei, waren ins Wanken geraten. Das russisch-österreichische Bündnis von 1726 ließ einen gemeinsamen Angriff der Kaiserreiche befürchten. Einem solchen Ansturm konnte Polen nur standhalten, wenn es auch jetzt ein Glied der Kette Stockholm—Warschau—Konstantinopel blieb. Nur durch die Wahl Leszczyńskis, der zugleich der Schützling Schwedens und der Türkei gewesen war, konnte Frankreich diese Verbindung wieder herstellen.

1.

Die schwedische Einstellung gegenüber der Person Stanisław Leszczyńskis hatte sich nach Karls XII. Tode grundlegend geändert. Die ungeheuere Niederlage des nordischen Krieges sowie die inneren Kämpfe der Stände und Parteien unter der schwachen Regierung Ulrike Eleonores und Friedrich von Hessens hatten die Parole „Nie wieder Krieg" zum Leitsatz der schwedischen Politik werden lassen.[1] Unter diesem Motto war 1724 das widernatürliche Bündnis mit Rußland zustande gekommen, und auch die unter der Führung des Kanzlers Arwid Horn[2] seit 1725 einsetzende

[1] Nach dem Tode Karls XII. erhob der Sohn seiner Schwester Hedwig Sophie, Herzog Karl Friedrich von Holstein, gegen Ulrike Eleonore, die andere Schwester des verstorbenen Königs, Anspruch auf den schwedischen Thron. Die sich für ihn einsetzende „holsteinische Partei" wurde von Rußland weitgehend unterstützt, besonders seit der Herzog von Holstein sich 1724 mit der Zarentochter Anna Petrovna vermählt hatte.

[2] Arwid Bernhard Graf H., 1664—1742, 1720—1738 Kanzleipräsident; Vertreter einer antirussischen aber nicht profranzösischen politischen Richtung, deren Hauptziel die Erlangung eines guten Einvernehmens mit England bildete. 1704 hatte er als schwedischer Kommissär die Ernennung Stanisław Leszczyńskis zum König von Polen durchgesetzt;

Wiederannäherung an die Westmächte, welche 1727 den Beitritt Schwedens zur Herrenhauser Allianz bewirkte, sollte nur der Aufrechterhaltung des Friedens und Stützung kommerzieller Interessen dienen. Der Kurs hatte sich noch nicht endgültig geändert; denn das Bündnis mit Rußland bestand fort. So konnte Frankreich auf Schweden nicht allzu große Hoffnungen setzen. Der auf das schwedisch-russische Bündnis hin von Stanisław 1724 entworfene Plan einer französisch-russisch-schwedischen Allianz[3] lag zu sehr im Bereich des Phantastischen, um in Paris ernsthafte Beachtung zu finden. Eine französische Politik *mit* Rußland war für Schweden ebenso unmöglich wie *gegen* es. Aber selbst wenn Frankreich darauf verzichten mußte, Schweden gegen Rußland auszuspielen, blieb dieses dennoch ein wichtiger Faktor im Kampf gegen eine Einigung der Ostmächte, da man es gegen Preußen, dem es die Abtretung Vorpommerns noch nicht vergessen hatte, ins Feld führen konnte.

Das polnisch-schwedische Verhältnis hatte nun nach dem nordischen Krieg noch kein festes Gepräge erhalten. Nicht einmal ein Friedensschluß war zustande gekommen. Solange diese Unklarheit herrschte, konnte auch Frankreich seinen Einfluß auf die Politik Schwedens nur in hinhaltendem Sinne auswirken. Die wichtigste Aufgabe fiel dabei dem Gesandten in Warschau zu. In Zusammenarbeit mit dem Vertreter Schwedens sollte Monti Einfluß auf den Abschluß des in Aussicht stehenden Friedensvertrages zu erlangen suchen. Im Mai/Juni 1729 war durch einen Austausch persönlicher Briefe[4] der beiden Monarchen der Frieden zwischen Schweden und Sachsen geschlossen worden. Dieser Ausgleich, der geeignet war, klarere Verhältnisse zu schaffen, lag im Interesse Frankreichs und wurde vom Stockholmer Gesandten Casteja[5] begünstigt.[6] Eine Erweiterung der Vereinbarungen zu einem *polnisch*-schwedischen Frieden mußte jedoch bis auf die Regierungszeit Leszczyńskis hinausgeschoben werden; denn ein mit August abgeschlossener Vertrag konnte nur zu leicht Schwedens Stellung in der Thronfolgefrage zugunsten des sächsischen Hauses festlegen.[7] Außerdem fürchtete man, daß der Abschluß eines schwedisch-polnischen Vertrages in Rußland starke Erregung hervorrufen und August dem Starken, der das

dieser erwartete deshalb den Beistand Horns auch für seine neue Kandidatur. (Vgl. Konopczyński 327.)

[3] Vgl. Konopczyński 327.

[4] Dumont, suppl. II, Teil II, 281.

[5] Charles Louis de Briandos, Cte. de C., 1683—1755, Gesandter in Schweden 1727—1737. Instruktion 22. Oktober 1727.

[6] Vgl. Konopczyński 330.

[7] Chauvelin an Monti, Ende Juli 1729, A. E. Po. CLXXXIII, 265.

bezweckte, einen Vorwand geben würde, seine Truppen in Polen zu vermehren, um mit ihrer Hilfe die Designation seines Sohnes auf dem Reichstage durchsetzen zu können.

Im Sommer 1729 hatte der König von Schweden den alten Mitkämpfer Karls XII., den General Zülich,[8] nach Warschau gesandt. Er sollte nicht nur die schwedisch-sächsischen Verhandlungen weitertreiben, sondern über dies hinaus eine dreiseitig schwedisch-sächsisch-französische Annäherung herbeiführen. Mit dem französischen Botschafter sollte er auch über eine etwaige polnische Königswahl in Verhandlung treten, in seinen Unterredungen mit den sächsischen Staatsmännern aber dieses Thema nach Möglichkeit umgehen.[9] Durch das Entgegenkommen Schwedens entwickelte sich bald ein sehr vertrautes Verhältnis zwischen Zülich und Monti, so daß der schwedische Gesandte von sächsischer Seite daran erinnert werden mußte, daß er bei dem Könige von Polen und nicht bei dem Primas, dem Haupt der französischen Partei, akkreditiert sei.[10] Eine gewisse Abkühlung zwischen Frankreich und Schweden machte sich durch die schwedischen Verhandlungen mit Sachsen aber trotzdem bemerkbar. Die schwedischen Pensionen Stanisławs blieben aus,[11] und Frankreich konnte den Abschluß des schwedisch-polnischen Friedens schließlich nicht mehr verhindern. Im Herbst 1732 kam der Vertrag,[12] der eine Erneuerung des Friedens von Oliva darstellte, zustande. Er enthielt keine Klausel über die Thronfolge und war ohne Vermittlung Rußlands abgeschlossen worden, obgleich der russische Botschafter gegen diese Verletzung der Nystadter Abmachungen Protest erhoben hatte.[13] Beides war dem Einfluß Montis zuzuschreiben. So hatten die Bemühungen Frankreichs wenigstens den Erfolg gehabt, daß eine Bindung Schwedens gegen die Kandidatur Leszczyńskis vereitelt worden war. Zu gleicher Zeit aber mußte man in Paris einsehen, daß eine positive Stützung der Wahl Stanisławs von Schweden kaum zu erwarten sein würde.[14]

[8] Baron Z., Generalleutnant, August 1729 / November 1730 und September/Oktober 1732 Gesandter in Polen. Beherrschte die polnische Sprache. Eine Abschrift seiner Instruktion befindet sich als Anlage zum Brief Chauvelins an Monti vom 7. Juli 1729. A. E. Po. CLXXXVI, 56.

[9] Düben an Zülich 8. Oktober 1729. Vgl. Konopczyński 333 und ders. 335.

[10] Zülich an den König und an Horn 17. Dezember 1729, vgl. Konopczyński 333.

[11] Vgl. Konopczyński 338.

[12] 6. Oktober 1732. Podoski IV, 303. Da der Reichstag gesprengt wurde, konnte die Ratifizierung des Vertrags nicht mehr stattfinden. Sie wurde auch während des Interregnums nicht mehr nachgeholt.

[13] Theiner IV, 175. 30. September 1732.

[14] Der König an Monti, 21. Februar 1732, A. E. Po. CXCIV, 64: „Il ne faut pas compter sur la Suède, elle n'a aucune considération dans

Indessen hatte sich Casteja bemüht, in Stockholm die Anhängerschaft Stanisławs zu mehren. In dem Grafen Horn glaubte er einen unbedingt zuverlässigen Vertreter der französischen Interessen sehen zu können. Horn stand als Kanzleipräsident an der Spitze der auswärtigen Geschäfte. Er leitete diese durch die Geheime Kommission für auswärtige Angelegenheiten, deren Einberufung seit 1727 nur noch ihm allein zustand.[15] Wenn Horn für die Ziele Frankreichs eintrat, schien alles gewonnen, da nur er die Außenpolitik beherrschte. Die Reichsräte waren jeder Bestechung zugänglich,[16] und der König war schon durch die Konstitution des Landes eigener politischer Handlungen unfähig. Man versuchte zwar, auch ihn unter französischen Einfluß zu bringen, und im Herbst 1731 wurde Villebois extra zu diesem Zweck in seine Umgebung abgeordnet; man war sich aber in Paris bewußt, daß letztlich doch alles von Horn abhängig war. Eine große Enttäuschung für Casteja bedeutete es deshalb, daß trotz all seiner Anstrengungen der schwedische Kanzler immer mehr sein Heil in der Annäherung an England und den Kaiser suchte.

Dieselbe Zurückhaltung der schwedischen Staatsmänner zeigte sich auch noch zu Beginn des Interregnums. Der polnische Gesandte Graf Poniński, der die Nachricht vom Tode des Königs von Polen überbrachte, wurde kühl empfangen und erhielt keinerlei Zusicherungen. Auch in Paris vermied es Schweden, bindende Erklärungen abzugeben. Der Gesandte, Baron Gedda,[17] antwortete auf alle Sondierungsversuche Chauvelins nur in ausweichenden Redensarten.[18] So sah man sich auch französischerseits genötigt, größte Zurückhaltung zu wahren und zunächst den Namen Stanisławs gar nicht zu erwähnen.[19]

Ebenso ungünstig wie in Stockholm und Paris waren zu Beginn des Interregnums auch in Warschau die Vorbedingungen für eine französisch-schwedische Zusammenarbeit. Nach Unterzeichnung des Friedensvertrages war Zülich im Herbst 1732 nach Schweden zurückgekehrt. Der in Warschau verbleibende Legationssekretär Rudenschild[20] war zu

---

l'Europe, en particulièrement en Pologne et je la regarde presque comme inutile à l'élection du Roi Stanislas."

[15] Vgl. Stavenow 97.

[16] Sogar von Chambord aus wurden Bestechungsgelder zur Verfügung gestellt. Stanisław an Monti, 7. April 1731, A. E. Po. CXCI, 157.

[17] Nikolaus Peter Baron G., 1720—1728 schwedischer Resident in Frankreich, seit 1728 mit dem Titel eines außerordentlichen Gesandten.

[18] Chauvelin an Casteja, 19. Februar 1733, A. E. Suède CLXXI, 56.

[19] Chauvelin an Casteja 28. Februar 1733, A. E. Suède CLXXI, 108.

[20] R., 1698—1783, war als Sekretär Zülichs nach Polen gekommen und hatte während dessen Abwesenheit 1731/32 schon einmal die Geschäfte selb-

vertraulichen Verhandlungen nicht ermächtigt; so kam es für Frankreich darauf an, ihm die Beglaubigung als Gesandter zu verschaffen, damit auch in Warschau die beabsichtigte französisch-schwedische Annäherung angebahnt werden könnte. Erst als Casteja dies, wenn auch mit erheblichem Geldaufwand,[21] erreicht hatte, konnte man daran gehen, in Stockholm und Warschau gleichzeitig die Bemühungen um die Unterstützung Schwedens einsetzen zu lassen.

Auf die Waffenhilfe Schwedens setzte man in Paris von vornherein keine allzu großen Hoffnungen. Man hatte zwar den Gedanken, durch einen Einfall schwedischer Truppen in Livland oder Finnland die russische Armee von Warschau fernzuhalten, noch nicht ganz aufgegeben; selbst Stanisław aber schrieb Schweden nur geringe militärische Bedeutung zu.[22] Weit sicherer glaubte man, auf Schwedens diplomatische Mitarbeit rechnen zu können. Der König von Schweden sollte bewogen werden, am russischen und preußischen Hof gegen die Gefährdung der polnischen Wahlfreiheit Einspruch zu erheben.[23] Am 12. März und 2. April hatte Casteja dem König zwei Memoranden eingereicht, die diese Forderung aufstellten.[24] Aber wie schon vorher Horn an Stanisław geschrieben hatte,[25] war Schweden nur dann zu einem solchen Schritt bereit, wenn Frankreich ihm genügende Subventionen gewähren würde. Solchen Opfern jedoch war Fleury ganz abgeneigt, und so blieben die Bemühungen Castejas während der ersten Monate des Interregnums (Februar bis April) ohne irgendwelchen Erfolg.

Wenn nun Frankreich selbst keine Bindungen auf sich nehmen wollte, so konnte vielleicht die Vermittlung eines türkisch-schwedischen Vertrages Schweden für die Zurückhaltung seines alten Alliierten entschädigen. Die Beziehungen Schwedens zur Pforte waren noch getrübt durch die unerfreulichen Erfahrungen, die Karl XII. mit der Zuverlässigkeit der Türken gemacht hatte. Die ungeheuren Schulden, die der schwedische König während seines Aufenthaltes in Bender gemacht hatte, waren vom schwedischen Staat noch immer nicht beglichen worden und gaben weiteren Anlaß zu Mißstimmigkeiten. Wollte Frankreich die barrière de l'est wiederherstellen, so mußten zunächst diese alten Reibungspunkte beseitigt werden. Auf Anraten der franzö-

ständig geführt. 1733—34 bevollmächtigter Gesandter. Neben seinem diplomatischen Beruf betätigte er sich als Dichter und Gelehrter.

[21] Vgl. Ger'e 424 nach einem Bericht Bestuževs.

[22] Raczyński XIII, 139.

[23] Chauvelin an Casteja 19. März 1733, A. E. Suède CLXXI, 119.

[24] A. E. Suède CLXXI, 150, 181.

[25] Horn an Stanisław, 7. März 1733. A. E. Suède CLXXI, 135.

sischen Botschafter in Warschau und Konstantinopel trat nun gleich nach Beginn des polnischen Interregnums, im Februar 1733, ein türkischer Diplomat, Mehmed Saïd Efendī, die Reise nach Stockholm an, um dort die Besserung des schwedisch-türkischen Verhältnisses einzuleiten. Saïd Efendī war der Sohn des ehemaligen türkischen Gesandten in Paris und hatte sich daher als einer der wenigen Türken seiner Zeit westliche Bildung angeeignet. Er war ein alter Freund Poniatowskis aus der Zeit, als dieser noch ein Anhänger Stanisławs gewesen war. Die französischen Diplomaten hofften deshalb, daß die Wahl Leszczyńskis und die Wiederherstellung der Linie Konstantinopel—Warschau—Stockholm im Sinne seiner Politik liegen würde. Schon in Warschau aber, wo sich Saïd Efendī auf der Durchreise nach Schweden im März aufhielt, enttäuschte seine Haltung. Wohl verliefen alle Unterredungen, die Monti mit ihm führte, in durchaus zufriedenstellender Weise; gleichzeitig aber verhandelte der Türke auch mit Löwenwolde und Poniatowski.[26] Noch unbefriedigender verlief sein Besuch in Stockholm. Schweden, das von Frankreich immer noch keine ausreichenden Zusicherungen erlangt hatte, weigerte sich, die Schulden Karls XII. zu bezahlen, und der türkische Gesandte trat darauf verärgert mit dem russischen Gesandten Bestužev[27] in Beziehung. Er schwankte sogar, ob er seinen Rückweg statt über Warschau nicht lieber über Petersburg nehmen sollte.[28] An die Anbahnung eines türkisch-schwedischen Vertrages war also gar nicht mehr zu denken, geschweige denn an seine Erweiterung durch Einbeziehung Polens oder Frankreichs.

Die Wiederaufrichtung der östlichen Barriere war in Schweden durch den russischen Gesandten verhindert worden. Schon der gute Wille aber, den Frankreich bei der Vermittlung zwischen Schweden und der Türkei an den Tag gelegt hatte, unterstützt durch reichliche Bestechungsgelder für Horn, hatte genügt, um Ende Mai dennoch eine Demarche Schwedens in Wien, Berlin und Petersburg zustande kommen zu lassen. Die schwedische Note wandte sich gegen die Einführung einer erblichen Thronfolge des Hauses Sachsen in Polen, da diese den Abmachungen des schwedisch-russischen Vertrages von 1724 widerspräche.[29] Sie

---

[26] Vgl. Kantecki I, 172.

[27] Michael Graf B., 1686—1760. Gesandter in Schweden 1718—1741. Unterhielt enge Beziehungen zu Horns Gegner Höpken, dem Präsidenten des Handelskollegiums, und übte durch diesen großen Einfluß auf die Reichsräte aus. Im Sommer 1733 stimmte er die Mehrzahl gegen Frankreich. (Vgl. Ger'e 425 ff.)

[28] Vgl. Ger'e 430.

[29] Casteja an Monti, 23. Mai 1733. A. E. Suède CLXVIII, 66.

war im übrigen aber so wenig nachdrücklich abgefaßt, daß sie an keinem der Höfe recht ernst genommen wurde.[30] Immerhin jedoch hatten die bis dahin guten schwedisch-russischen Beziehungen durch die Intervention eine Abkühlung erfahren, so daß die im Juni von Bestužev angeregte Verlängerung des schwedisch-russischen Bündnisses unterblieb.[31]

Auch in Warschau hatte sich die schwedisch-französische Zusammenarbeit günstiger gestaltet als Monti zuerst angenommen hatte. Rudenschild war ein gefügiges Werkzeug geworden. Er war der unzertrennliche Begleiter Montis und unterstützte die französische Politik durch Spionage, die er vermittels seiner guten Beziehungen zum Sekretär der kaiserlichen Botschaft ausübte.[32]

Angesichts dieser scheinbaren Erfolge fühlten sich die französischen Politiker wieder ermutigt[33] und begannen auf den Einsatz schwedischer Waffen hinzuarbeiten. Durch Vermittlung einflußreicher Personen, besonders der Reichsräte Bielke und Fonkochen, versuchte Casteja, Horn zu einer positiven Stellungnahme zu bewegen. Er war sich klar, daß nur erhebliche Geldopfer und vertragliche Bindungen Frankreichs, auch in bezug auf die schleswigsche Frage, diesen dazu bewegen würden.[34] Ohne diese Zusicherungen, erklärte Horn,[35] seien die Schweden nicht solche „Dummköpfe", auf die Anerbietungen Frankreichs einzugehen. Aus dieser Notlage heraus hatte sich Casteja Anfang August wirklich zu weitgehenden Versprechungen hinreißen lassen. Es gelang ihm dadurch, am 12. August eine erneute schwedische Intervention in Petersburg hervorzurufen.[36] Auf seine Vorstellungen setzte sich Schweden außerdem bei den Seemächten für die Aufrechterhaltung ihrer Neutralität ein. Die tatkräftige Unterstützung Schwedens auch in Polen

---

[30] Chétardie berichtete am 30. Mai 1733 an Chauvelin (A. E. Po. XCIV, 265), man habe das Mémoire in Berlin „de bon oeil" angesehen. Rußland antwortete mit einem Hinweis auf den polnisch-russischen Vertrag von 1718, der Stanisław als Thronbewerber ausgeschlossen habe. (Casteja an Monti, 20. Juni 1733, A. E. Suède CLXVIII, 97.)

[31] Beschluß des Reichsrates vom 25. Juni 1733 vgl. Ger'e 428. Der Vertrag hatte noch auf drei Jahre Gültigkeit.

[32] Monti an den König 3. März 1733, A. E. Po. CCIII, 106: „Je l'employe pour fair des insinuations aux uns et aux autres." — Während des Wahlreichstages und nach der Flucht aus Warschau war Rudenschild der ständige Begleiter Montis. (Vgl. Przegl. pozn. XXXII, 131.)

[33] Monti an den König 28. Juni 1733, A. E. Po. CCVI, 338: „Il parait que cette Cour s'engage quoique lentement à soutenir les affaires de Pologne. C'est tout ce que pourrait arriver de mieux si les Suédais faisaient une diversion en Livonie."

[34] Casteja an Chauvelin 8. Juli 1733. A. E. Suède CLXXII, 29.

[35] Casteja an Chauvelin 29. Juli 1733. A. E. Suède CLXXII, 65.

[36] Casteja an Monti 15. August 1733. A. E. Suède CLXVIII, 126.

schien gewiß.[37] Die Nachrichten vom Aufmarsch der französischen Truppen am Rhein, von der Abfahrt der französischen Flotte aus Brest und der Alarmbereitschaft der Tataren[38] mußten dazu beitragen, den letzten Rest schwedischer Furchtsamkeit zu zerstreuen.

Da machte der Einfluß Rußlands wieder alle Hoffnungen zunichte. Im September hatte Bestužev erneute Anerbietungen über die Verlängerung des schwedisch-russischen Vertrages gemacht, die nicht ohne Wirkung auf die schwedische Politik blieben. Die Forderungen Frankreichs,[39] den Einmarsch der russischen Truppen in Polen endlich mit einem schwedischen Einfall in Livland zu beantworten, blieben unbefolgt. Schweden überließ die Regelung der polnischen Angelegenheiten den Polen.[40] Nach dem Zusammenbruch von Stanisławs Königtum erklärte Graf Bonde,[41] daß Schweden es endgültig ablehne, auch nur fünf Sous für die Erhaltung der polnischen Libertät auszugeben.[42]

Auch in Schweden war also alle diplomatische Kunst Frankreichs dem Druck der russischen Macht unterlegen. Chauvelins Befürchtung, daß Schweden zu den Freunden gehöre, die nur zu reden, nicht aber zu handeln verstünden, war bestätigt worden.[43] Die Bemühungen Frankreichs und Schwedens hatten nur dazu gedient, Rußland zu verärgern und nun erst recht ins sächsische Lager zu drängen.

2.

Weit wichtiger noch als die Bundesgenossenschaft Schwedens war für die Erhaltung der barrière de l'est und der gewohnten Politik in Polen die Fortdauer der französischen Vorherrschaft am Bosporus. Auf die Unterstützung Schwedens hoffte Frankreich in der Annahme, daß selbst der zur Zeit schwache schwedische Staat eine Fortsetzung der Wasa-Politik noch nicht ganz aufgegeben habe, und da an eine dynastische Vereinigung beider Reiche nicht mehr zu den-

[37] Casteja an Chauvelin 12. August 1733. A. E. Suède CLII, 100: „... tout est sincère et bien affirmatif, je crois que nous pouvons y compter et la garantie du Slesvick surtout semble marquer suffisamment qu'ils ont bien envie de profiter de la conjoncture ..."

[38] S. u. S. 83.

[39] Chauvelin an Casteja 26. September 1733. A. E. Suède CLXXII, 173.

[40] Casteja an Chauvelin 27. September 1733. A. E. Suède CLXXII, 187.

[41] Gustaf Graf B., 1682—1764; Reichsrat. Seit 1731 Reichskanzleirat und als solcher engster Mitarbeiter Horns.

[42] Casteja an Chauvelin 16. Oktober 1733. A. E. Suède CLXXII, 223. Bonde erklärte, „qu'ils reconnaissent bien à présent qu'il leur sera impossible de se dispenser de prendre parti, ... que si les Moscovites réussissaient en Pologne, le même danger menace la Suède de trop près; et qu'il ne voudrait pas donner 5 sous, c'est son propre terme, de leur forme de gouvernement et de leur liberté."

[43] Chauvelin an Monti 13. Juni 1733. A. E. Po. CCV, 159.

ken war, wenigstens in dem neuen polnischen König ein fügsames Werkzeug suchen würde. Ein wirklich lebendiges Interesse hatte Schweden an dieser Fortführung seiner Polenpolitik aber nicht. Dagegen war für die Pforte die Integrität Polens gerade jetzt durch das Erstarken Rußlands mehr denn je lebensnotwendig geworden. Ihr Interesse an der Besetzung des polnischen Thrones war durchaus real begründet. Der Großwesir Alī Paša selbst hatte das offen ausgesprochen: „Das Königreich Polen diente seither als Barriere zwischen Rußland und dem Deutschen Reiche, so daß die Russen und Deutschen sich nicht gegenseitig unterstützen konnten. Gäb' es aber in Polen einen König, welcher ein Verwandter oder eine Kreatur des Kaisers oder Rußlands wäre, dann würde es für die Pforte schwer halten, gegen den Kaiser Krieg zu führen, ohne daß Rußland und Polen sich einmischten, was der Pforte sehr nachteilig sein würde."[44]

Aus dieser Auffassung heraus hatte die Türkei im Konstantinopeler Friedensvertrag mit Rußland (1720) die Garantie der polnischen Wahlfreiheit sichergestellt.[45]

Frankreich verstand es, diese Interessengemeinschaft durch eifrige Agitation an der Pforte zu bekräftigen. Die seit Jahrhunderten privilegierte Stellung Frankreichs im Orient war noch nicht gebrochen. 1720 schrieb der englische Gesandte Stanyan nach London: „... quoyqu'on en dise, je vois clairement que les Turcs ont plus de confiance aux François qu'aux autres nations chretiennes."[46] Die französische Gesandtschaft[47] in Konstantinopel war neben der kaiserlichen die angesehenste, hatte ihren ständigen Vertreter und besaß sogar schon seit Anfang des 17. Jahrhunderts ihr eigenes Palais. Gerade in letzter Zeit hatte die Pforte ihre Politik Rußland gegenüber oft nur unter französischer Protektion durchsetzen können.[48] Wie schon während des nordischen Krieges[49] hatte Frankreich auch bei den Verhandlungen von Adrianopel (1720)[50] und Konstantinopel (1724)[51] die Vermittlerrolle gespielt. In dem Marquis de Villeneuve[52] hatte es dann 1728 einen außerordentlich befähigten Diplomaten nach Konstantinopel gesandt, da die

[44] Merc. hist. XCVII, 540, cit. n. Förster, Höfe u. Kabinette II, 6, Anm.
[45] Art. II.
[46] Hurmuzaki, Fragm. IV, 203.
[47] Vgl. Spuler II, 188.
[48] Vgl. Uebersberger 131 ff.
[49] Vgl. Solov'ev III, 1437 ff.
[50] Vgl. Spuler I, 96.
[51] Nepljuev 117.
[52] Louis Sauveur, marquis de V., gest. 1745, Botschafter an der Pforte 1728—1740.

1726 erfolgte Einigung der beiden Kaiserreiche auch in der Türkei eine verstärkte Gegenwirkung erforderlich machte. Österreich, dessen Stellung sich seit dem Frieden von Passarowitz[53] wieder gefestigt und durch das österreichisch-russische Bündnis nun noch mehr gestärkt hatte, setzte den französischen Machenschaften in Konstantinopel kaum Widerstand entgegen. Rußland aber war gerade am Bosporus zu einem gefährlichen Gegner geworden. Trotz des allgemeinen Widerstrebens der europäischen Mächte und der Türkei selbst, diesen Emporkömmling als gleichberechtigt im diplomatischen Verkehr anzuerkennen, hatte Rußland 1720 die Bewilligung erlangt, einen ständigen Gesandten an der Pforte zu unterhalten, ein Recht, das ihm schon im Frieden von Karlowitz[54] zugesichert worden war. Als erster ständiger Gesandter war 1720 Ivan Ivanovič Nepljuev[55] nach Konstantinopel gekommen, ein weit gereister und erfahrener Mann, der es verstand, auch im Luxus es dem französischen Gesandten gleichzutun und dadurch sein Ansehen bei den Türken zu stärken.[56] Seit der Heirat Ludwigs XV. ließ die Abkühlung in den französisch-russischen Beziehungen die Rivalität beider Staaten auch an der Pforte klar zutage treten.[57] Die türkische Revolution von 1730 hatte dann im allgemeinen einen Stimmungsumschwung der Türken zugunsten Frankreichs gebracht.[58]

Der Kampf um den Einfluß in Konstantinopel bestand im wesentlichen in einem Wettstreit um die Gunst des jeweiligen Großwesirs. Zu Frankreichs Unglück wurde nun gerade als die Zuspitzung der polnischen Frage den Beistand der Türkei notwendig machte, der ganz im französischen Sinne orientierte Topal Osmān[59] durch den schwankenden Alī Paša[60] ersetzt, „welcher", wie Hammer[61] sagt, „den Franzosen und Russen gleich ungünstig" gesinnt war. Neben dem Großwesir war die einflußreichste Persönlichkeit an der Pforte der Dolmetscher. Gregor Ghika, der das Amt bis 1733 verwaltete, war jedoch ein schroffer Feind Frankreichs und empfing Pensionen von Österreich und

---

[53] Vgl. Uebersberger 153.
[54] Art. 13.
[55] I. I. N., 1693—1773, russischer Gesandter in Konstantinopel 1720—1736.
[56] Vgl. Jorga IV, 398. Nach Abschluß des persischen Teilungsvertrages von 1724 nahm das russische Prestige noch einen größeren Aufstieg; zum erstenmal wurde dem Gesandten gestattet, an der öffentlichen Audienztafel mitzuspeisen. Rußland wurde also sozusagen gesellschaftsfähig. Vgl. v. Hammer IV, 216.
[57] Vgl. Uebersberger 146.
[58] G. Orlik an Monti 21. August 1732. A. E. Po. CCI, 41.
[59] Großwesir November 1731 bis März 1732.
[60] Hekīmzāde, Großwesir März 1732 bis Juli 1735.
[61] v. Hammer IV, 285.

Rußland.[62] Sein Bruder und Nachfolger ließ sich gleichzeitig sowohl von russischer wie von französischer Seite unterstützen.[63] Ein anderer Dolmetscher, Lomaca, stand ganz im Dienste Sachsens und korrespondierte mit den sächsischen Ministern Flemming, Wackerbarth und Lagnasco.[64] — Da es Frankreich also nicht gelang, die ausschlaggebenden Persönlichkeiten unter seinen Einfluß zu bringen, blieb, wie Gregor Orlik im Sommer 1732 auf einer Erkundigungsfahrt feststellen mußte, in Konstantinopel das Interesse für die Kandidatur Leszczyńskis gering. Dennoch kann man die Beziehungen Frankreichs zur Türkei als durchaus ausgeglichen bezeichnen, während zwischen Rußland und der Pforte die persischen Streitigkeiten Anlaß zu Reibereien gaben. Der anfänglich gemeinsam auf Kosten Persiens geführte Krieg hatte, seit Rußland im Januar 1732 mit Persien Frieden geschlossen hatte, erhebliche Spannungen zur Folge, da es der Pforte nicht verborgen blieb, daß Rußland die Perser zur Fortführung des Krieges anreizte, um selbst in Europa freie Hand zu behalten. Verschärft wurde die Lage durch den Streit der Russen und Tataren um die Kabardei.[65] Ende 1732 marschierte ein tatarisches Korps durch russisches Gebiet zum Kaukasus, was am 26. Februar a. St. 1733 den Protest Nepljuevs zur Folge hatte.[66] So war also zu Beginn des Jahres 1733, als die Nachricht vom Tode Augusts II. in Konstantinopel eintraf, das Verhältnis der Türkei zu Frankreich zwar nur indifferent, das zu Rußland aber so gespannt, daß für die Arbeit der französischen Diplomatie die Wege geebnet zu sein schienen.

Das Endziel aller französischen Bemühungen an der Pforte war, Rußland und Österreich in Krieg mit der Türkei zu verwickeln. Auf diese Weise hoffte man, die Truppen der Kaiserreiche zu binden und eine bewaffnete Intervention in die polnischen Wahlwirren zu vermeiden. Eine Kriegserklärung der Türkei bedeutete praktisch die Alarmierung der Tataren. Nur diese konnten zu einem solchen Angriff eingesetzt werden.[67] In den Donaufürstentümern

[62] Vgl. Spuler II, 173.

[63] Vgl. Ger'e 440.

[64] Briefwechsel S. H. St. A. 678 und 3309. Georgios Lomaca war der jeweiligen polnischen Gesandtschaft als Dolmetscher zugeordnet. Von August II. wurde er weitgehend begünstigt und erhielt durch dessen Fürsprache schon vor 1730 das Amt eines Konsuls zugewiesen. (Vgl. Scheel, Nachtrag 206.)

[65] Rußland hatte 1731 gegen die türkische Besetzung des Landes Einspruch erhoben, es hatte die Čerkessen als russische Untertanen bezeichnet, obgleich der Vertrag von 1720 sie ausdrücklich der türkischen Oberhoheit unterstellte. Vgl. Zinkeisen V, 652 f., und Uebersberger 160.

[66] Vgl. v. Hammer IV, 303.

[67] Die tatarische Armee wurde von der Gesamtheit der Waffenfähigen gebildet. Die enorme Stärke von 200 000 Mann, die ihr zeitgenössische

war dagegen der Einfluß Österreichs und Rußlands so stark, daß die Hospodare schwerlich zu einem Angriff zu bewegen gewesen sein würden.[68] Vorbedingung für solches tatkräftiges Handeln der Türkei war jedoch zunächst die freie Aktionsmöglichkeit der Pforte durch Beendigung des persischen Krieges. Ferner mußte Frankreich auf diplomatischem Wege einen türkisch-russischen Konflikt herbeizuführen suchen, der ebenso wie in Schweden durch eine Intervention erzielt werden sollte. An eine offene, schriftliche Erklärung der Pforte für die Kandidatur Leszczyńskis war dagegen zunächst noch nicht zu denken. Der Reīs Efendi[69] hatte dies dem polnischen Gesandten,[70] der in Villeneuves Auftrag gleich nach Eintreffen der Todesnachricht in einer langen Unterredung die Türkei zur Stellungnahme aufgefordert hatte, klar zum Ausdruck gebracht. Dasselbe hatte der Großwesir Villeneuve gegenüber nachdrücklichst betont.[71] Zunächst legte der französische Botschafter deshalb das Hauptgewicht darauf, den Frieden mit Persien herbeizuführen. Aber die Pforte, der das Kriegsglück gerade günstig war, machte keine Anstalten, dem Wunsche Frankreichs nachzukommen. Auch auf persischer Seite zeigte sich keine Friedensbereitschaft, da Rußland im Geheimen weiter zum Kriege antrieb.[72] So erschien es schon im Juli aussichtslos, den Frieden bereits vor Beginn des polnischen Wahlreichstages zustande zu bringen. Die französischen Diplomaten beschränkten sich deshalb darauf, Petersburg und Wien in Aufregung zu versetzen, indem sie das Gerücht verbreiteten, daß der Friede geschlossen sei.[73]

Berichte (z. B. von Monti und Löwenwolde) zuschreiben, erscheint jedoch übertrieben.

[68] Der Hospodar der Walachei Gregor Ghika stand in Verbindung mit Nepljuev (Ger'e 440). Auch in der Moldau war seit der Absetzung Maurocordatos' 1730, der eine rege Korrespondenz mit Frankreich geführt hatte (Hurmuzaki V, 6 und 14), der französische Einfluß geschwunden. Auf die Treue der kleineren türkischen Vasallen scheint Frankreich wenig Gewicht gelegt zu haben. Nur einzelne, z. B. der Paša von Chocim Iliaš Kolčak, der die Postverbindung zwischen Warschau und Konstantinopel vermittelte, wurden durch Geschenke bei Stimmung gehalten.

[69] Ismail Paša, Re'īs Efendi Mitte 1730 bis Dezember 1736.

[70] Józef Sierakowski, Generalwachtmeister d. Kr., 1732 mit einer Gesandtschaft nach Konstantinopel betraut, um Sultan Mahmud I. die Glückwünsche der Rzeczpospolita zu seiner 1730 erfolgten Thronbesteigung zu überbringen. Er wurde dort gänzlich das Werkzeug der Intriguenpolitik Villeneuves.

[71] Villeneuve an Chauvelin 6. März 1733. A. E. Tu. LXXXVI, 56.

[72] Im Mai wurde der Sohn des Fürsten D. Golizyn eigens zu diesem Zweck nach Persien geschickt. Magnan an Chauvelin 26. Mai 1733. Sbornik LXXXI, 643.

[73] Monti an Villeneuve 26. Mai 1733, A. E. Po. CCXII, 208 und Bericht Leforts 25. Juli 1733, Sbornik V, 473.

Als Begründung einer Intervention der Pforte gegen den Einmarsch russischer Truppen in Polen berief man sich auf die Bestimmungen des Friedens am Pruth. Nach dem Tode Augusts II. hatte Villeneuve sogleich auf diesen Vertrag zurückgegriffen[74] und darauf gedrängt, daß die Pforte bei Rußland und Österreich Neutralität fordern solle.[75] Der Großwesir hatte sich jedoch zu keiner Zusage gewinnen lassen, obwohl der französische Gesandte durch Vermittlung mehrerer Minister und sogar des Hofarztes ihn umzustimmen versucht hatte; erst im Mai gelang es, die Pforte zum Einspruch gegen die Drohungen Rußlands zu bewegen und auch dann nur als Reaktion auf die von Nepljuev am 14. Mai vorgebrachte Beschwerde über das Verhalten der Tataren in der Kabardei.[76] Eine schriftliche Erklärung wurde auch jetzt noch nicht abgegeben. Der Großwesir äußerte die Unzufriedenheit der Pforte nur mündlich gegenüber dem russischen Gesandten, ohne dem Zarenhof direkte Mitteilung zukommen zu lassen. Dort, ebenso wie in Wien, fing man jedoch an, einige Besorgnis zu empfinden.[77] Die Erfolge der türkischen Armee in Persien gaben der Pforte Mut zu entschiedenerem Auftreten, und der Großwesir erklärte dem kaiserlichen Gesandten Talman, daß die Pforte entschlossen sei, für die freie polnische Wahl einzutreten.[78] Der Re'īs Efendī meinte sogar,[79] die polnische Sukzession sei die brennendste Frage Europas. Auf sein Drängen hin trat der Großwesir aus der passiven Haltung heraus und antwortete dem Primas auf dessen Bitte um Unterstützung in der vielversprechendsten Weise.[80] Gleichzeitig wurde Mehmed Saīd Efendī, der sich noch auf seiner polnischen Reise befand, beauftragt, in Polen diese Haltung der Pforte zu bekräftigen.[81] Unter solchen Umständen glaubte die französische Diplomatie, sich sogar über den fehlgeschlagenen Frieden mit Persien trösten zu können und gab sich kurze Zeit den größten Hoffnungen hin. Diese aber sollten bald zunichte werden. Der Großwesir zögerte, seine Worte in die Tat

---

[74] Monti an den König 27. Februar 1733. A. E. Po. CCII, 223.
[75] Villeneuve an Chauvelin 26. März 1733. A. E. Tu. LXXXVI, 92.
[76] Vgl. Ger'e 42.
[77] Magnan an Chauvelin 20. Juni 1733, Sbornik LXXXI, 654 und Monti an Villeneuve 10. Juli 1733, A. E. Po. CCXIII, 54.
[78] Villeneuve an Chauvelin 21. Juli 1733. A. E. Tu. LXXXVII, 61.
[79] Villeneuve an Chauvelin 8. August 1733. A. E. Tu. LXXXVII, 101.
[80] Der Großwesir an den Primas 18. August 1733. A. E. Tu. LXXXVII, 133. „Nous vous dirons... que la Porte Ottomane ne consentira jamais que la liberté de la Pologne soit opprimée par qui que ce soit qui voudrait introduire parmi vous quelque étranger, ou prétendrait même rendre cet état héréditaire, vous devez être bien persuadé... que la Porte ne permettra jamais qu'il vous soit fait de pareilles violences..."
[81] Der Großwesir an Saīd Efendī 18. August 1733. A. E. Tu. LXXXVII, 169.

umzusetzen; er erklärte Villeneuve,[82] daß ein Einsatz der Türken für die polnische Wahlfreiheit natürlich erst nach der Wahl erfolgen könne, da man vorher ja noch gar nicht wisse, ob sie tatsächlich gestört werden würde. So konnte es geschehen, daß die Russen bis Warschau vorrückten und die Ereignisse in Polen sich überstürzten, ohne daß die Pforte sich zum Eingreifen entschloß. — Die Erklärung hierfür erhielt Villeneuve erst in einer Unterredung mit dem Großwesir, als bereits beide Wahlen in Polen stattgefunden hatten. Die Pforte verlangte plötzlich, der russisch-österreichischen Allianz eine französisch-türkische entgegenzusetzen.[83] Diese Zumutung mußte in Paris auf großen Widerstand stoßen; denn seit zwei Jahrhunderten war das Charakteristikum der französisch-türkischen Freundschaft gerade die Vertragslosigkeit gewesen, da ein Bündnis des „allerchristlichsten Königs" mit den Ungläubigen aus Prestigegründen untragbar erschien.[84] In Konstantinopel aber hatte man eingesehen, daß Frankreich durch sein Bestreben, das alte System im Norden und Osten zu erhalten, in eine Zwangslage versetzt worden war, die es auszunutzen galt. Da Rußland die hergebrachten Formen gesprengt hatte und Verträge mit der Türkei eingegangen war, meinten die Türken, würde auch Frankreich sich nicht länger weigern können, Bindungen auf sich zu nehmen, wenn es weiterhin in Konstantinopel die herrschende Stellung innehaben wollte. Das hatten auch die französischen Politiker nicht übersehen können, und nach Abschluß des nordischen Krieges war auf beiden Seiten ein Bündnis in Erwägung gezogen worden. Der damalige türkische Gesandte Mehmed Efendī, der Vater Saīd Efendīs, hatte den Plan in Paris unterbreitet, und 1724 war die Pforte an den französischen Botschafter Andrezel[85] mit einem regelrechten Vertragsentwurf herangetreten.[86] Andrezel war dem Gedanken einer Einbeziehung der Türkei in die Allianz von Hannover auch nicht abgeneigt gewesen, in Paris aber hatte man den Plan mit Entrüstung zurückgewiesen. Auf seiten der Türkei fürchtete man,[87] die guten Beziehungen zu Österreich und Rußland zu trüben und verzichtete deshalb darauf, die Durchführung des Vertragsschlusses zu betreiben. Chauvelin[88] war einsichtig ge-

[82] Villeneuve an Chauvelin 23. August 1733. A. E. Tu. LXXXVII, 169.
[83] Villeneuve an Chauvelin 15. Oktober 1733, vgl. Vandal 201.
[84] Man gab auch an, daß man sich scheue, türkische Urkunden zu unterzeichnen, da man ihren Inhalt nicht nachprüfen könne. Villeneuve an Chauvelin 19. August 1733. A. E. Tu. LXXXVII, 141.
[85] Jean Baptiste Picon, vicomte d'A., Gesandter in der Türkei 1724—1727.
[86] v. Hammer IV, 216.
[87] Hurmuzaki V, 7.
[88] Raczyński XIII, 152.

nug, den Gedanken nicht um eines bloßen Vorurteils willen gänzlich fallen zu lassen, zog es aber vor, sich so lange wie möglich freie Hand zu bewahren. Wenn die Pforte nun angesichts der zugespitzten Lage in Polen und ihrer zerrütteten Beziehungen zu Rußland und Österreich den Mut hatte, auf diese schwierige Frage zurückzukommen, so machte sich hier die Einwirkung Bonnevals[89] bemerkbar, dessen einziges Ziel die Verfeindung der Türkei mit Österreich war, und der, da er selbst Mohammedaner geworden war, Hemmungen traditioneller Art nicht mehr anerkennen konnte. Dazu kam, daß Frankreich seit Beginn des Interregnums größtes Interesse an dem Ausgleich der türkisch-schwedischen Beziehungen bewiesen hatte und daß die Pforte hoffte, auf dieser Grundlage eine französisch-schwedisch-türkische Allianz zustande bringen zu können, da ihr ein Bündnis mit Schweden o h n e Frankreich wertlos erschien. In diesem Sinne lauteten auch die Instruktionen Saīd Efendīs für seine Missionen in Stockholm und Warschau. Frankreich dagegen war an dieser Tripelallianz, die es nur in unangenehme Verwicklungen hineinziehen konnte, gar nichts gelegen; Monti und Casteja hatten alle Annäherungsversuche des türkischen Gesandten zurückgewiesen.[90] Das Zögern der Pforte war bei diesen ungeklärten Verhältnissen verständlich. Sie schob die Einmischung in den polnischen Konflikt hinaus, um nicht allzu viel für Frankreich aufs Spiel zu setzen.

Außer diesen großen Meinungsverschiedenheiten Frankreichs und der Türkei wirkten auch noch kleinere Hindernisse der erfolgreichen Auswirkung des französischen Einflusses in Konstantinopel entgegen. Während der kaiserliche und der russische Gesandte in enger Verbindung arbeiteten, erfuhr die französische Diplomatie kaum die Unterstützung befreundeter Mächte. Schweden war an der Pforte überhaupt nicht vertreten, Polen nach der Abreise Sierakowskis nur noch durch dessen kaum erwachsenen Neffen, den Grafen Stadnicki,[91] der zwar ebenso wie sein Sekretär Jablanski ein gefügiges Werkzeug Villeneuves war, aber keinerlei Einfluß besaß, sondern zu allem Übel auch noch mit dem Dolmetscher Lomaca auf gespanntem Fuße stand.[92] So wird

[89] Claude Alexandre comte de B., 1675—1747. Zuerst in französischen, dann in kaiserlichen Diensten. Lebte seit 1720 unter dem Namen Achmed Paša in der Türkei, wo er vor allem auf den Großwesir Alī großen Einfluß erlangte und die Stimmung der Pforte gegen Österreich zu lenken suchte.

[90] Monti an Chauvelin 8. Juli 1733. A. E. Po. CCVII, 74 und Monti an Casteja 26. Juni 1733. A. E. Po. CCXII, 366.

[91] Jan St., Kastellan von Bełz, Resident in Konstantinopel 1733—1737.

[92] Vgl. Scheel 178.

es begreiflich, daß die französische Politik in Konstantinopel trotz aller Anstrengungen keinen rechtzeitigen Erfolg erreichen konnte.

In der Voraussicht dieser Schwierigkeiten in Konstantinopel hatte Frankreich stets direkte Beziehungen zu den Tataren gepflegt, um so im Notfall auch unter Umgehung der Pforte die tatarische Armee während der polnischen Wahlkrise alarmieren zu können. Lange schon hatte Frankreich Gewicht darauf gelegt, die Krim als Vorposten seines Einflusses auszubauen. Nur Frankreich und Schweden besaßen am Hof des Chans ein eigenes Konsulat.[93] Der Konsul[94] in Bachči-Sarai hatte zwar nichts gemein mit dem Glanz des Gesandten in Konstantinopel, aber seine Befugnisse gingen weit über die rein wirtschaftlichen Aufgaben hinaus.[95] Er fungierte zugleich als politischer Berater des Chans wie als Autorität in allen kulturellen Dingen, welche er durch die seit Anfang des Jahrhunderts dort angesiedelten Jesuiten beherrschte. Zwischen dem französischen und tatarischen Hof bestand eine regelrechte Korrespondenz, sowohl von seiten des Konsuls wie vom Chan selbst. Die Vertretung Frankreichs lag 1733 in den Händen des Konsuls Glavari. Außer mit Frankreich unterhielt der Chan vor allem mit Polen diplomatische Beziehungen. Gerade während der letzten Regierungsjahre Augusts des Starken hatten verschiedene Entsendungen von Polen in die Krim stattgefunden.[96] Umgekehrt hatte 1731 der Chan Qaplan-Girāi seine 1730 erfolgte Thronbesteigung durch einen Abgesandten nach Polen berichten lassen.[97] Bei all diesen Gesandtschaften bleibt das Ziel dunkel, jedenfalls aber können sie nicht als Beweis einer offiziellen polnisch-tatarischen Freundschaft angesehen werden. Die tatarische Gesandtschaft 1731 fand z. B. gerade auf Veranlassung des Palatins von Kiew statt, der auf diese Weise die Hofpartei einzuschüchtern und die Verbindungen der Tataren mit den Anhängern Stanisław

---

[93] Vgl. Spuler II, 209.

[94] Von der Primitivität des Konsulats noch um die Mitte des 18. Jahrhunderts gibt Tott (Mémoires...) ein anschauliches Bild: „Un escalier de bois découvert et dont les marches pourries par la pluie cédaient sous le poids des assaillans conduissaient les plus lestes à un unique étage composé d'une salle et de deux Chambres latérales qui servaient de sallon et de chambre à coucher. Les murailles autrefois revêtues de blanc en bourre laissaient, ainsi que le plancher, distinguer la construction de cet édifice. On délibera s'il pourrait supporter le poids de mes malles..."

[95] Vgl. Vandal 55 f.

[96] Adam Rostkowski, Starost von Wiski, Mission in die Krim 1726 bis März 1728; Gurowski, Truchseß von Podolien, Mission in die Krim Juli 1731; Maliński, Starost von Nowogrodek. Mission in die Krim März 1731.

[97] Theiner IV, 107. Bericht vom 3. Januar 1731.

fester zu knüpfen hoffte.[98] Der seit 1730 regierende Chan war mit Stanisław selbst von dessen Aufenthalt in Bender her gut bekannt und unterhielt mit Poniatowski und dem Palatin von Kiew, Józef Potocki, stets die Verbindung aufrecht. Über seinen Hof konnten diese am besten die heimliche Korrespondenz mit Chambord führen.[99] — Die guten Beziehungen der Partei Leszczyńskis zu den Tataren sind desto höher zu bewerten, als sich dem französischen Einfluß in der Krim kein ernsthafter Widerstand anderer Großmächte entgegensetzte. Der diplomatische Verkehr Rußlands mit den Tataren war abgebrochen worden, als Ende des 17. Jahrhunderts der Chan Murad-Girāi dem russischen Gesandten eine unwürdige Behandlung hatte zuteil werden lassen;[100] und obwohl Peter d. Gr. 1720 das noch allzu sehr an Tribut erinnernde jährliche Geschenk an den Chan abgeschafft hatte, war es noch nicht zur Herausbildung nachbarlicher Beziehungen gekommen. Gerade kurz vor und während des polnischen Interregnums hatte sich das Verhältnis durch den Zug der Tataren in die Kabardei,[101] auf dem es im Juni 1733 sogar zu einigen blutigen Gefechten in den Pässen des Kaukasus kam, besonders zugespitzt.

Unter diesen günstigen Aussichten hatte Frankreich schon früh begonnen, über die Haltung der Tataren in einem etwaigen polnischen Konflikt Erkundigungen einzuziehen und mit dieser Aufgabe seine Botschafter in Konstantinopel, Warschau, Petersburg und Stockholm betraut. Mit Befriedigung stellte man fest, daß die Stimmung des Chans durchaus günstig sei. Dieser äußerte Villeneuve gegenüber ohne besondere Aufforderung seine Sympathien für Stanisław, dessen Interesse er im Bunde mit Frankreich stützen wolle.[102] Wenn es auch noch nicht an der Zeit war, die Tataren zu drängen, mußte doch auf jeden Fall die vorteilhafte Lage aufrecht erhalten bleiben, was außer durch kostbare Geschenke am besten durch Entsendung von Vertrauensmännern in die Krim bewirkt werden konnte.[103] Missionen von französischer Seite waren schon deshalb durchaus notwendig, weil auch der sächsische Hof sich um die Gunst des Chans zu bemühen begann. An eine eigentliche Unterhandlung konnte man zu Lebzeiten Augusts je-

[98] Perteville an Chauvelin 26. September 1731. A. E. Po. CXCII, 121.

[99] Vgl. Uebersberger 164. Im Sächsischen Hauptstaatsarchiv befinden sich Originalbriefe des Chans an den König von Polen und an verschiedene Magnaten. Diese in türkischer Sprache abgefaßten Dokumente sind noch nicht eingeordnet und ausgewertet.

[100] 1683—1695. Vgl. v. Hammer, Krim, 163.

[101] Vgl. o. S. 74.

[102] Villeneuve an Chauvelin 20. November 1730. Vgl. Vandal 189 f.

[103] Magnan an Chauvelin 13. Januar 1729, Sbornik LXXXI, 285.

doch kaum denken, wenn man nicht in Gefahr laufen wollte, die Sympathie eines großen Teils der Szlachta, die einen Einfall der Tataren in Polen fürchtete, zu verlieren. So erhielt Gregor Orlik, als er im Frühjahr 1732 zur allgemeinen Informierung und Fühlungnahme in das Chanat der Krim geschickt wurde, auch in erster Linie den Auftrag, die Aktivität des Chans zurückzuhalten und ihm deshalb eine eigenmächtige, direkte Verbindung mit Stanisław abzuschneiden. Überhaupt konnten die Anknüpfungsversuche mit dem Chan nur streng geheim vor sich gehen. Selbst eine offizielle Beziehung des Botschafters in Warschau und des Chans mußten ausscheiden, um jeden Anlaß, der am sächsischen Hof Verdacht erregen konnte, zu vermeiden.[104] Diese Zurückhaltung der französischen Politik erschwerte aber auch die Durchführung der Geheimmissionen. Erst als Orlik Briefe Ludwigs XV., Stanisławs und Villeneuves vorwies, wurde er entgegenkommend empfangen, und der Chan erklärte seine Bereitwilligkeit, mit all seinen Kräften gegen die Kandidatur eines deutschen Prinzen in Polen einzutreten.[105] Aber da Villeneuve in Konstantinopel keine Anstalten machte, auf eine aktive Politik der Tataren zu dringen, und Monti dem Palatin von Kiew Weisung gab, den Anerbietungen des Chans mit Zurückhaltung zu begegnen, da schließlich der König von Polen seine Bemühungen verstärkte und durch Poniatowski Geschenke[106] an den Chan übersenden ließ, trat bald wieder eine Entfremdung zwischen Frankreich und der Krim ein. Der Chan weigerte sich, Orlik zu empfangen, indem er sich mit Krankheit entschuldigte.[107] So blieben Orliks monatelange Bemühungen — er war dem Chan sogar auf einer Reise nach Konstantinopel gefolgt — im Enderfolg ergebnislos. Nur die Einrichtung einer regelmäßigen Korrespondenz zwischen Bachči-Sarai

---

[104] Monti an Villeneuve 27. Juli 1732, A. E. Po. CC, 110: „... si le Roi de Pologne le savait ce aurait lieu de soupçonner et avec raison n'ayant pas l'occasion d'avoir aucune relation avec le Kan qu'il faut entretenir dans les bonnes dispositions où il est par rapport au Roi Stanislas et au général Orlik qui par la suite pour nous est d'une grande utilité, mais quant à présent il n'est pas question de faire aucune démarche en Pologne ni que M. de la Motte y entretienne aucune correspondance ni avec le Primas ni avec le Palatin de Kiovie, c'est tout à fait inutile, ces seigneurs ne recevraient pas ses lettres, ils gardent avec raison beaucoup de mes mésures, ou s'ils les recevraient, celà serait bientôt sus parcequ'il n'y a aucune secret ici, je mande à M. de la Motte, de ne pas écrire ni à l'un na à l'autre et à M. Glavari de même ... Il n'est point question des affaires de Pologne ni du Roi Stanislas pendant que le Roi Auguste vit ..."

[105] Gregor Orlik an Monti 21. August 1732. A. E. Po. CCI, 41.

[106] Gregor Orlik an Monti 21. August 1732. A. E. Po. CCI, 41.

[107] Orlik, Dnevnik 11.

und Warschau, die ein in Lemberg stationierter französischer Agent vermitteln sollte, hatte er durchsetzen können.

Eine entschiedenere Politik konnte Frankreich erst einschlagen, als sich nach dem Tode Augusts jede Rücksichtnahme auf den sächsischen Hof erübrigte. Jetzt kam es darauf an, so schnell wie möglich die Tataren an der polnischen Grenze erscheinen zu lassen, um einem russischen Einmarsch vorzubeugen und in Polen für die Wahl Stanisławs Propaganda zu machen. Aber auch jetzt noch mußte dieses Druckmittel mit größter Vorsicht gehandhabt werden; denn ein Einfall tatarischer Horden in polnisches Gebiet hätte alle Aussichten Stanisławs zunichte machen können. Die Aktion des Chans mußte sich darauf beschränken, Moskau in Schrecken zu versetzen.[108] Auch jetzt war es wieder Gregor Orlik, der die Verhandlungen mit den Tataren durchführen sollte. Zu Beginn des Interregnums hatte er in Warschau von Monti Instruktionen erhalten, und seit dem April wirkte er in Konstantinopel. Es behinderte seine Tätigkeit sehr, daß sich dort zwischen ihm und Glavari, der zur selben Zeit mit Briefen und Geschenken des Chans zu Villeneuve gereist war,[109] ein gespanntes Verhältnis herausbildete, da der Konsul verständlicherweise die Einmischung des Geheimagenten in seine Befugnisse unangenehm empfand. Trotz dieser Uneinigkeit im französischen Lager erschien die Haltung der Tataren günstig. Mitte April war ein Abgesandter des Chans in Warschau eingetroffen[110] und hatte der Republik für die Stützung der Wahl Stanisławs 100 000 Mann zum Einsatz in Polen selbst und 100 000 Mann zum Kampf gegen Rußland angeboten. Außerdem hatte sich der Chan bereit erklärt, „vor die aus Pohlen von denen Tartaren geraubte Leute 5000 Th. Species" zu zahlen, wenn Frankreich ihn mit den nötigen Subsidien unterstützen würde. Da Monti in diesem Punkt aber keine großen Versprechungen machen konnte, schrumpften die 200 000 auch bald auf 50 000 zusammen.[111] Doch diese selbst genügten, als sie wirklich im Juli an der ukrainischen Grenze bereit standen, um am Zarenhof große Bestürzung hervorzurufen.[112] Schon vorher[113] versprach sich Monti sehr viel von der Haltung des Chans, während man in Paris noch ein Zusammengehen mit den Osmanen aus Prestigerücksichten scheute und auch vor den Subsidien zurückschreckte. Es war jedoch

---

108 Monti an Villeneuve 18. März 1733. A. E. Po. CCXI, 217.
109 Vgl. Ger'e 439.
110 Bericht Löwenwoldes 19. April 1733, Ger'e Anh. 88.
111 Monti an den König 23. Mai 1733. A. E. Po. CCV, 174.
112 Bericht Leforts 25. Juli 1733. Sbornik V, 473.
113 Monti an den König 13. Juni 1733. A. E. Po. CCVI, 119 und Chauvelin an Monti 26. Juni 1733, A. E. Po. CCVI, 147.

zu spät, um die einmal eingeschlagene Politik aufzugeben. Das Bestreben Rußlands, endlich die Zwistigkeiten mit den Tataren durch Verhandlungen beizulegen, gab vielmehr Anlaß, noch einmal nachdrücklich eine bindende Erklärung des Chans zu verlangen, 100 000 Mann in die Ukraine und 100 000 Mann im Kaukasus gegen Rußland marschieren zu lassen. Da Orliks Tätigkeit in Konstantinopel bereits Anstoß erregt hatte und er deshalb nach Paris abgefahren war, mußte ein anderer Agent mit diesem Auftrag betraut werden. Mitte Juli reiste Tott zu diesem Zweck in die Krim, unter dem Vorwand, als französischer Offizier für die Armee zu werben. Für alle Fälle hatte Villeneuve ihn mit einem regelrechten Beglaubigungsschreiben als Gesandter ausgestattet und ihm Instruktionen[114] für sich und Glavari mitgegeben. Tott sollte dem Konsul, zu dem der französische Botschafter kein Vertrauen hatte, übergeordnet sein. Als ausgezeichneter Kenner der orientalischen Verhältnisse und Sprachen erschien Tott besonders geeignet, die Stimmung am Hof des Chans zu ergründen und zu lenken. Endlich, Ende Juli, schienen die langen Anstrengungen Erfolg zu haben; zwei tatarische Armeen standen einfallsbereit an der russischen Grenze, die Pforte hatte bereits ihre Zustimmung zur Alarmierung gegeben.[115] Da machte plötzlich die Weigerung der Türkei, den endgültigen Angriffsbefehl zu erlassen, bevor Frankreich ihr Bündnisangebot angenommen habe, alle Hoffnungen zunichte. Zum letztenmal, gleich nach der Wahl,[116] versuchte Frankreich, die Tataren durch Versprechungen zum eigenmächtigen Losschlagen zu verleiten. Gregor Orlik reiste zu Totts Unterstützung in die Krim, der polnische Legationssekretär Jablanski[117] eilte von Konstantinopel zum Chan, die Kuriere zwischen Warschau und Konstantinopel jagten sich. Aber so wie man sich die rechtzeitige Hilfe der Türkei durch Zurückhaltung in der Bündnisfrage verscherzt hatte, so tat man es hier durch allzu große Sparsamkeit. Die jährliche Unterstützung, welche der Chan verlangt hatte, überstieg die Opferwilligkeit Fleurys, der sich höchstens mit einer einmaligen Zahlung einverstanden erklären wollte.

So blieb alles Drängen der französischen Agenten erfolglos. In Polen fand die Wahl Augusts III. statt, ohne daß es der französischen Politik bei den Türken und Tataren gelungen war, auch nur einen ihrer Programmpunkte zu erfüllen.

---

[114] 10./11. Juli 1733. A. E. Tu. LXXXVII, 35, 41.
[115] Villeneuve an Monti 10. August 1733. A. E. Po. CCXIII, 227 und Villeneuve an Chauvelin 20. September 1733. A. E. Tu. LXXXVII, 169.
[116] Chauvelin an Villeneuve 20. September 1733. A. E. Tu. LXXXVII, 157.
[117] Monti an Glavari 22. September 1733. A. E. Po. CCXIV, 66.

3.

In enger Verbindung mit den Bemühungen Frankreichs um die Unterstützung der Osmanen stehen auch die Bestrebungen, die Freiheitsbewegungen der Kosaken und Ungarn der französischen Politik nutzbar zu machen.

Noch lebten die letzten Anhänger Mazeppas im türkischen Exil, allerdings nur eine geringe Zahl, da die meisten nach Mazeppas Tode in die Ukraine zurückgekehrt waren. Der an ihrer Spitze stehende Hetman Philipp Orlik konnte wegen hohen Alters, einer in den langen Jahren der Verbannung geschwächten Gesundheit und der strengen Kontrolle, die die Pforte über ihn ausübte, kaum mehr als erfolgversprechender Führer für einen Aufstand gelten. Auch an die Verbreiterung einer Kosakenempörung über die im Exil lebende Aristokratie hinaus war nicht zu denken, da selbst Mazeppas Ideen im ukrainischen Volke nie recht populär geworden waren.[118] Schließlich hatte Rußland die ukrainische Armee in der Gewalt und dadurch stets die Macht, einen Aufstand im Keime zu ersticken.[119] Wenn also auf eine selbständige Aktion der Kosaken nicht zu rechnen war, blieb immer noch die Möglichkeit, sie im Rahmen eines Tatareneinfalls gegen Rußland auszuspielen. So dachte man z. B. daran, Orlik mit dem Oberbefehl über die Tataren zu beauftragen. Zu Zeiten des franzosenfreundlichen Großwesirs Topal Osmān schien sich die Hoffnung zu erfüllen, daß die Pforte ihre Billigung zu diesem Projekt gab. Ein Gesandter des Chans und der Konsul Glavari, welcher diesen, um Frankreichs Rolle zu verheimlichen, unter dem Titel eines Dolmetschers begleitete, hatten auch wirklich in Konstantinopel darüber verhandelt, bis der Wechsel des Großwesirs alle Pläne zerstörte.[120] Auf Anregung Stanisławs wurde das Projekt aber zu Beginn des polnischen Interregnums wieder aufgegriffen, obgleich man sich in Paris keinen großen Illusionen über seine Verwirklichung hingab.[121] Die Mission des jungen Orlik nach Konstantinopel schloß auch die Klärung dieser Frage ein. Allzu deutlich wußte aber gerade dieser, wie hilflos die Lage seines Vaters bleiben mußte, solange die Pforte nicht selbst für Stanisław eintrat. Orlik kannte auch am besten die Gefahr,

---

[118] Vgl. Hruševskij, Michael, Abrégé de l'histoire de l'Ukraine, Paris 1920, S. 122, 129 ff.

[119] Die ukrainische Armee stand unter dem Oberbefehl des Generals Weißbach, der schon bei Poltava wesentlich zum Siege der Russen beigetragen hatte.

[120] Gregor Orlik an Monti 21. August 1732. A. E. Po. CCI, 41.

[121] Chauvelin an Hulin 15. Februar 1732, A. E. Po. CCII, 174, Monti an den König 3. März 1733, A. E. Po. CCIII, 106 und Chauvelin an Monti 11. März 1733, A. E. Po. CCXV, 13.

welche eine einmal ausgebrochene Kosakeninsurrektion mit sich bringen konnte, wenn sie auch auf den polnischen Teil der Ukraine übergreifen würde. Rußland selbst konnte vielleicht die Rebellion unter dem Motto der Dissidentenfrage dorthin zu lenken versuchen.[122] Denn selbst bei den Kosaken begegnete der russische Einfluß dem Frankreichs. Im Juni ging ein russischer Gesandter mit reichen Geschenken zu den Kosaken ab und bemühte sich darum, sie zur endgültigen Unterwerfung zu bewegen.[123] Infolgedessen erbat Villeneuve dringlicher denn je vom Großwesir den Schutz über die im Exil lebenden Kosaken, und der Hetman Orlik selbst bemühte sich um die Protektion der Pforte.[124] Aber erst zu spät, bereits nach der polnischen Wahl, entschloß man sich in Paris, Villeneuves Verhandlungen zu unterstützen.[125] Inzwischen hatte die Haltung der Pforte alle weiteren Anstrengungen, die Kosaken zugunsten Stanisławs ins Feld zu führen, als nutzlos erwiesen.

Eine ähnliche Stellung wie die Kosaken nahmen die Reste der ungarischen Freiheitskämpfer Rákóczys im System der französischen Politik ein. Auch Rákóczy lebte mit seinen Anhängern im türkischen Exil und hoffte, durch Aufrechterhaltung seiner Beziehungen zu Frankreich, dessen Unterstützung er einst erfahren hatte, den Kampf wieder aufnehmen zu können. Seine Korrespondenz mit der französischen Regierung[126] war nicht abgerissen, und auch mit den in der Türkei lebenden Franzosen unterhielt er Verbindungen. Andere Ungarn, z. B. Tott, waren ganz in französische Dienste übergegangen.

Erst mit der Zuspitzung des französisch-österreichischen Verhältnisses konnte aber die ungarische Frage wieder das Interesse Frankreichs erregen. In Wien fürchtete man deshalb, daß die polnische Sukzession Anlaß geben würde, sie wieder aufzurollen.[127] Dieser Argwohn war jedoch unbegründet. Solange Rußland gegen die Wahl Stanisławs opponierte, konnte Rákóczy, der alte Bundesgenosse Peters, nicht als zuverlässiger Verfechter des französischen Interesses gelten, um so mehr, als Rußland ihn einst selbst für den polnischen Thron in Erwägung gezogen hatte.[128] Auch

---

[122] Gregor Orlik an M. de Mereck (Merecz?) 22. April 1733. A. E. Tu. LXXXVI, 165.

[123] Villeneuve an Glavari 11. Juli 1733, A. E. Tu. LXXXVII, 41 und Villeneuve an Chauvelin 11. Juli 1733, A. E. Tu. LXXXVII, 50.

[124] Vgl. Kantecki I, 210.

[125] Chauvelin an Villeneuve 26. September 1733, A. E. Tu. LXXXVII, 157. Dieser Brief stellt die Antwort dar auf 15 Briefe Villeneuves während der Monate Mai bis August!

[126] FF. rer. austr. II, vol. 17.

[127] Raczyński XIII, 152.

[128] 1720, Nepljuev 252 und Hurmuzaki IV, 195 ff.

mit dem sächsischen Königshause stand Rákóczy in durchaus freundschaftlichen Beziehungen.[129] Sein Haß richtete sich einzig und allein gegen den Kaiser. In dieser Erkenntnis schieden die offiziellen französischen Politiker ihn von einer Inanspruchnahme in der polnischen Angelegenheit aus, hielten ihn hin, und beschränkten sich darauf, ihn durch kleinere Unterstützungen gewogen zu erhalten. So blieb auch die Unterredung, welche ein Abgesandter Rákóczys im Sommer 1733 mit Villeneuve hatte, ohne Erfolg, obgleich der französische Botschafter sich zunächst entgegenkommend zeigte.[130] Die einseitig antikaiserliche Einstellung Rákóczys mußte ihn aber mit der unterirdischen Strömung der französischen Diplomatie zusammenführen, die in der Türkei unter Bonnevals Leitung ihr Ziel in einer österreichfeindlichen Politik sah. Im Gegensatz zu der offiziellen Richtung Villeneuves unterstützte Rákóczy im Sommer 1733 die Bemühungen Bonnevals um eine türkisch-französische Allianz. Als Verfechter dieser Idee, die den rechtzeitigen Einsatz der Türkei für die polnische Wahl verhinderte, wirkte Rákóczy durch seine Einmischung nur hemmend auf die polnische Thronfolgepolitik Frankreichs ein, obwohl er sich selbst in dem Glauben befand, im französischen Interesse zu handeln.

So war Frankreichs Versuch, die barrière de l'est zu halten und sie in der Zeit der polnischen Königswahl zu erproben, auf der ganzen Linie gescheitert. An allen Höfen hatte der russische Einfluß oder auch nur die Furcht vor der Macht Rußlands den Erfolg der französischen Diplomatie vereitelt. Überall zwar schien es zunächst, als ob Frankreich noch die stärkere Position innehabe. Die Staatsmänner Schwedens, der Türkei und der kleineren Staaten beeilten sich, ihre Sympathie für die französische Politik in Polen zum Ausdruck zu bringen. In Wirklichkeit aber lähmte ihre angstvolle Rücksichtnahme auf die Kaiserreiche jeden tatsächlichen Einsatz für die Ziele Frankreichs. Das verfeinerte Intriguenspiel der französischen Diplomaten hatte keine Rückendeckung mehr in der Politik des Pariser Kabinetts, das von der Notwendigkeit einer französischen Ostpolitik nicht mehr überzeugt war, und mußte gegen die Kraft der realen Interessen, besonders Rußlands, unterliegen.

---

[129] Vgl. Emile Horn, François Rákóczy II, Paris 1906, S. 405.

[130] „Lettre d'un gentilhomme de s. A. ser. le prince François Rakoczy ... à un amy." Saussure, Lettres de Turquie (Originaltitel ungarisch), ed. Kálmán, Budapest 1909, S. 300.

Kapitel V.

Der Kampf gegen die Koalition der Ostmächte und um eine Neuorientierung des Allianzsystems.

Die Mißerfolge, welche Frankreich überall dort erlebte, wo es seine traditionelle Politik fortzusetzen suchte, bedeuteten für die französischen Staatsmänner keine Überraschung. Die Schwäche der früheren Bundesgenossen war ihnen völlig bekannt, und Fleury hielt das alte System nur zum Schein aufrecht, um dem König entgegenzukommen; er dachte nie daran, irgendwelche Opfer seinetwegen zu bringen. Aber das Geschick des polnischen Thrones war ihm nur solange gleichgültig, solange nicht das der Kaiserkrone damit verknüpft war. Er sah die Notwendigkeit ein, die Einigung der Ostmächte über die polnische Sukzession zu verhindern, auch wenn er selbst an dieser Frage nicht interessiert war; denn ein Zusammenschluß dieser Staaten bedeutete für ihn eine Stärkung Habsburgs und damit eine Gefährdung des europäischen Friedens.

Die einfachste Methode, eine solche Koalition zu vereiteln, bestand darin, Zwietracht zwischen die einzelnen Partner zu säen. Dauerhafteren Erfolg aber versprach, wenn es Frankreich gelingen sollte, sich selbst an die Spitze einer Allianz zu stellen, die alle Ostmächte außer Österreich umschloß. Brachte es daneben das Bündnis der Westmächte endgültig zustande, würde die Isolierung des Kaisers vollkommen sein. Die Nord-Süd-Barriere, Schweden—Polen—Türkei, konnte abgelöst werden durch eine West-Ost-Barriere, Frankreich — Sachsen/Polen — Rußland, die eventuell auch Preußen einschließen sollte. Die Verhandlungen, welche Frankreich am sächsischen, russischen und preußischen Hof für die Regelung der polnischen Thronfolge führte, zeigen, wie die französische Diplomatie Wege zu einer neuen Orientierung zu suchen begann, die unter Einbeziehung Rußlands in ihr System die Hegemonie Frankreichs in Osteuropa sichern sollte.

1.

Die Bündnisse, welche seit 1726 zwischen dem Kaiser, Rußland und Preußen wechselseitig geschlossen worden waren,[1] legten die Befürchtung nahe, daß aus den zweiseitigen Abmachungen eine Tripelallianz dieser Mächte, der „schwarzen Adler", werden könnte. Für die französische Thronfolgepolitik in Polen bedeutete ein solches Bündnis aber erst dann eine ernste Gefahr, wenn es zugunsten eines

[1] S. o. S. 57.

Prätendenten abgeschlossen wurde, der mit dem französischen Kandidaten konkurrieren konnte. Als solcher galt nur der Kurprinz von Sachsen. Es handelte sich also darum, Sachsen von einem Anschluß an die anderen Ostmächte zurückzuhalten.[2]

Außer einem bedeutungslosen Freundschaftsabkommen mit Preußen aus dem Januar 1728[3] verknüpften Sachsen mit diesen noch keinerlei Verträge. Als natürlicher Gegner der pragmatischen Sanktion[4] stand August II. in scharfem Widerspruch zur Politik Karls VI. Diese Konstellation gab Frankreich den Angriffspunkt für seine Bemühungen um ein französisch-sächsisches Bündnis. Es kam den französischen Politikern zustatten, daß der sächsische Gesandte in Paris, Graf Hoym, selbst von der Notwendigkeit einer solchen Politik fest überzeugt war.[5] Dieser stand in dem besten Verhältnis zu Fleury[6] und Chauvelin[7] und vertrat den Gedanken, Sachsen die Rolle Schwedens im System der französischen Politik einnehmen zu lassen. Mit Polen und Schlesien verschmolzen, sollte es sich zum dritten deutschen Großstaat entwickeln und als solcher ein Gegengewicht gegen Österreich und Preußen bilden.[8] Im Dresdener Kabinett teilten verschiedene Minister Hoyms Ansicht.[9] August II. selbst aber neigte mehr dazu, bei seinem alten Bundesgenossen Rußland Anlehnung zu suchen, um mit dessen Hilfe den polnischen Thron für sein Haus zu sichern.[10] Seit 1725 stand er außerdem mit Wien in ständiger Unterhandlung. Er wollte sich noch nicht entscheiden und suchte deshalb, mit allen Mächten günstige Beziehungen zu unterhalten.

Die Aufgabe Montis bestand nun darin, Sachsen aus dieser unentschlossenen Haltung herauszureißen und zum Abschluß von Vereinbarungen mit Frankreich zu bewegen. Verschiedene Vertragsentwürfe liegen aus dem Winter 1729/30 vor.[11] Frankreich verspricht darin die Teilung der kaiserlichen Erblande unter Sachsen und Bayern, wobei

---

[2] Instruktion für Bussy 17. April 1728. Sorel I, 240.
[3] Vgl. Farges II, 7, Anm.
[4] S. o. S. 58.
[5] Vgl. die Charakterisierung Chauvelins: Farges II, 2.
[6] Raczyński XVII, 174 ff.
[7] Vgl. Pichon I, 65.
[8] Vgl. Pichon I, 36.
[9] Die Ausländer Fleury, Thioly, Lagnasco.
[10] Flemming an Lefort 18. Januar 1726. Sbornik III, 423.
[11] „Projet de traité entre la France et le Roi Auguste de Pologne, électeur de Saxe," Dezember 1729, A. E. Po. CLXXXIV, 356, 388 und „Idées des raisons qui pourraient servir à former un plan d'union entre la Cour de France et la maison royale de Pologne et électorale de Saxe", S. H. St. A. 2881. Vgl. auch Philipp 99.

Sachsen die Kaiserkrone zufallen sollte. Gegen ein sächsisches Truppenkontingent und die Versicherung der Neutralität für den Fall eines türkisch-österreichischen Krieges wollte Frankreich dem sächsischen Hause sogar die Krone Polens garantieren und Stanisław entweder durch die Abtretung Lothringens an Frankreich oder durch die Heirat seiner Enkelin, der Prinzessin von Frankreich, mit dem Sohn des Kurprinzen von Sachsen entschädigen! Ein so großzügiges Projekt, das die ganze bisher verfolgte Polenpolitik vernichten und zugleich die polnische und österreichische Thronfolge regeln wollte, kann nur von Fleury herrühren.[12] Schon 1729 erschien die Abtretung Lothringens dem Kardinal wesentlicher als die Sicherung der französischen Machtstellung in Polen. Die hier ausgesprochene Theorie, Sachsen die Rolle Schwedens übernehmen zu lassen, weist auf die Mitarbeit Hoyms hin. Fleury und Hoym waren ferner beide daran interessiert, die Kandidatur Leszczyńskis beizeiten zu unterbinden.[13] Monti können wir nicht als geistigen Urheber dieser Vertragsentwürfe ansehen, da seine Politik, die er zur gleichen Zeit in Warschau vertrat, in schroffem Widerspruch zu den Vorschlägen dieser Pläne steht. Er konnte Fleurys Unternehmungen nicht verhindern, verfolgte aber selbst weiter die einmal eingeschlagene Linie. — Es bleibt dunkel, ob die Projekte wirklich als offizielle Bündnisangebote der sächsischen Regierung überreicht worden sind. Vielleicht hat Monti diesen verhängnisvollen Schritt verhindert. Eine Antwort Sachsens ist uns jedenfalls nicht erhalten.

Im August 1730 übernahm Hoym an Stelle Manteuffels die Leitung des Ministeriums. Manteuffel hatte stets eine starke Neigung zur Anlehnung an Österreich gezeigt. Von Hoym erwartete man eine völlige Umstellung des politischen Kurses zugunsten Frankreichs. Aber diese Hoffnung wurde nur zu geringem Teile erfüllt. Sachsen verharrte den französischen Plänen gegenüber weiter in Zurückhaltung. Zwar wurden die Verhandlungen mit dem Kaiser abgebrochen, andererseits aber verstärkte Dresden die Bemühungen um die Gunst der Zarin.[14] Sogar der Plan einer ehelichen Verbindung des verwitweten August II. mit Anna

[12] Die von Ger'e S. 406 aufgestellte Behauptung, der Kardinal sei der heftigste Gegner des Plans gewesen, entbehrt jeder Begründung.

[13] Hoym gehörte zu den erbittertsten Feinden der Königin. Hoym an August II., 24. Dezember 1725, Pichon II, Anh. XXVII.

[14] Rondeau an Harrington 4. Januar a. St. 1730. Sbornik LXVI, 271; Bericht Leforts 25. September 1730, Sbornik V, 382 und der König an Monti 25. Januar 1731, A. E. Po. CXCV, 4. Vgl. auch die Mission der Gräfin Ogińska und des Kammerherrn v. Arnim 1731. Sbornik LXVI, 352 und 420.

Ivanovna tauchte auf.[15] Trotzdem können wir für die Zeit der Ministerpräsidentschaft Hoyms eine sichtbare Festigung der französischen Stellung in Dresden bemerken. Diese kommt in den neuen Bündnisverhandlungen, deren Vertragsentwürfe uns erhalten sind, zum Ausdruck.[16] Frankreich hatte es nicht mehr nötig, einen allzu hohen Preis für die Freundschaft Sachsens zu zahlen. So erscheinen seine Versprechungen erheblich reduziert. Die Garantie der Kaiserkrone ist gestrichen, in Polen wird die Kandidatur Leszczyńskis aufrecht erhalten, und Sachsen soll für seinen Verzicht auf den polnischen Thron mit einer Million Gulden entschädigt werden.[17]

Eine neue Veränderung der Lage brachte im Februar 1731 die Anerkennung der pragmatischen Sanktion durch England; die Allianz von Sevilla wurde durch sie praktisch gesprengt. Frankreich stand isoliert. Kurz darauf, im März, änderte sich auch in Sachsen der politische Kurs, Hoym wurde gestürzt, und der Kurfürst schloß ein Bündnis mit Hannover.[18] So mußte Frankreich wieder eifriger um die Bundesgenossenschaft Augusts werben. Monti reichte erneut Memoranden ein,[19] Ludwig XV. selbst richtete an den Kurfürsten die dringende Aufforderung, sich endlich zu entscheiden.[20] Der französische Botschafter erhielt weitgehende Vollmachten.[21] Aber alle französischen Angebote beschränkten sich auf die Regelung der österreichischen Sukzession, die polnische wurde ganz außer Betracht gelassen. Infolgedessen trat Sachsen, obwohl von französischer Seite die Bemühungen bis in das Jahr 1733 hinein fortgesetzt wurden,[22] nicht aus seiner Reserve heraus.

Immer klarer aber macht sich in diesen späten Entwürfen der Gedanke bemerkbar, Sachsen die Rolle Schwedens

---

[15] Vgl. Kantecki I, 125.

[16] S. H. St. A. 2881.

[17] Vertragsentwurf zwischen Sachsen und den Alliierten von Sevilla. A. E. Po. CLXXXIX, 312.

[18] 3. August 1731.

[19] „Mémoire sur la conduite de la Cour de Saxe et sur les prétentions qu'elle doit prendre pour les soutenir." Juli 1731, S. H. St. A. 2881 und A. E. Po. CXCII, 249, 385, September/Dezember 1731. Vgl. auch Philipp 134.

[20] Vgl. Philipp 134, 31. Oktober 1731. Auch im Februar/März 1732 kam es zu einem persönlichen Briefwechsel der Monarchen. (S. H. St. A. 2881.) Am 25. März 1732 unterzeichneten Brühl und Monti das Projekt eines allgemeinen Freundschaftsvertrages (A. E. Po. CXCVII, 346).

[21] Mai (?) 1732. S. H. St. A. 2881.

[22] Noch während des Interregnums wurden die Verhandlungen fortgesetzt. Zwischen Briefen Montis aus dem April 1733 findet sich ein Projekt. (A. E. Po. CCXV, 78.) Von einer Aufgabe der Stanislaischen Kandidatur, wie sie Ostermann erwartete (Forbes an Harrington 30. Juli a. St., Sbornik LXXVI, 20), erfahren wir durch Monti nichts.

zuzuerteilen. Die Gleichzeitigkeit dieser Verhandlungen mit denen in Rußland[23] läßt keinen Zweifel, daß hier wirklich ein Plan zur Umgestaltung des ganzen Systems der französischen Außenpolitik sich durchzusetzen begann.

Erst als Sachsen sich während des Interregnums offen zur Abwendung von Frankreich entschloß, mußte dieses endgültig die Durchsetzung seiner Bündnispläne aufgeben. Frankreich sah sich angewiesen auf die Hilfe seiner traditionellen Bundesgenossen.

2.

Weit mehr als eine sächsisch-österreichische Einigung bedeutete die russisch-österreichische Allianz eine Gefährdung der französischen Polenpolitik. Im Jahre 1726 war sie zustande gekommen; noch aber konnte Frankreich hoffen, das Zarenreich wieder aus dieser Verbindung zu lösen und statt dessen in eine antikaiserliche Koalition einzubeziehen; denn die ungefestigten Verhältnisse des russischen Staates nach dem Tode Peters des Großen ließen eine Kursänderung leicht möglich erscheinen. Gelang es, Rußland dem französischen Interesse näher zu bringen, so entledigte sich Frankreich auch seines bedeutendsten Widersachers auf dem Warschauer Schauplatz. An dem Erfolg der Stanislaischen Sukzession war dann nicht mehr zu zweifeln. So sind die Bemühungen Frankreichs um die Zustimmung Rußlands zur Kandidatur Leszczyńskis das eigentliche Kernproblem während der Vorbereitung für die polnische Königswahl.

Während Österreich prinzipiell jeden von Frankreich vorgeschlagenen Kandidaten verneinte, richtete sich die Ablehnung Rußlands gerade gegen die Person Stanisławs, da es in diesem einen König „de fabrique de la Suède“[24] sah. Rußland war die einzige Macht, die seine Kandidatur bereits formell verworfen hatte.[25] Die Vermählung Marja Leszczyńskas mit dem König von Frankreich hatte in Petersburg die Stimmung gegen Stanisław noch mehr erregt; die geringe Beachtung, welche man in Paris den russischen Heiratsprojekten entgegengebracht hatte, wurde als Kränkung empfunden. So erschien die Aufgabe, eine Wiederwahl Stanisławs am russischen Hof zu propagieren, überaus schwierig. Andererseits aber erfreute sich auch die sächsische Kandidatur in Rußland keiner Beliebtheit. Die Vererbung der polnischen Krone im Hause Wettin war von

---

[23] S. u. S. 96 ff.

[24] Magnan an Chauvelin 6. Januar 1729. Sbornik LXXV, 280.

[25] Warschauer Vertrag von 1718. S. o. S. 6.

russischer Seite wiederholt verurteilt worden.[26] Die scharfen Maßnahmen des Königs von Polen gegen die Dissidenten und sein Verhalten in der kurländischen Frage ließen die Fortführung des sächsischen Königtums für Rußland äußerst unerwünscht erscheinen. Es hatte sich deshalb für die Kandidatur einer dritten Persönlichkeit, eines Piasten, entschieden.[27]

Wollte Frankreich trotz dieser Verhältnisse auch in Rußland für die Wahl Leszczyńskis Propaganda machen, so mußte es zunächst die Voreingenommenheit des Hofes gegen diesen beseitigen und ihm durch Gewinnung der führenden Persönlichkeiten eine Partei zu schaffen suchen, auf deren Grundlage dann später eine französisch-russische Annäherung seine Wahl garantieren könnte. Die diplomatische Vertretung Frankreichs in Rußland entsprach jedoch keineswegs den Erfordernissen dieser schwierigen Aufgabe. Seit 1726 verwaltete ein einfacher Chargé d'affaires, Magnan, die Gesandtschaftsgeschäfte. Dieser hatte zwar langjährige Erfahrung im Umgang mit den Russen, er hatte selbst einst im Dienste Peters des Großen gestanden und beherrschte die russische Sprache; aber da Magnan nicht akkreditiert war, fehlte ihm die Berechtigung zum Abschluß von Verträgen, und seine Stellung gab ihm nicht die Möglichkeit, bei Hof einflußreich zu agiren. Er konnte daher seine Politik nur durch Vermittlung von Vertrauensmännern betreiben, die selbst in hohen Staatsstellen standen und als unparteiische Vertreter der russischen Interessen galten. Diesem Umstand ist die Bedeutung zuzuschreiben, welche die Generäle Urbanowicz und Sapieha als Werkzeuge der französischen Geheimdiplomatie erlangten.

Zur Zeit der Regierung Peters II. schien der Verfall der zarischen Autorität für die Auswirkung fremden Einflusses günstige Aussichten zu bieten. Aber die Hoffnung der französischen Agenten, bei den Dolgorukijs[28] und Golicyns[29] Unterstützung zu finden, scheiterte. An diesem Mißerfolge trug zum großen Teil die Unvorsichtigkeit Urbanowicz' und Sapiehas selbst die Schuld. Obwohl Magnan den Übereifer der Spitzel einzudämmen suchte[30] und die geheimsten Ziele

[26] Daškov 1719 (Hurmuzaki IV, 195) und Potsdamer Geheimtraktat zwischen Preußen und Rußland 1721 (vgl. Askenazy, Anm. zu S. 24). Potsdamer Vertrag erneuert 1729 und 1730.

[27] Mardefeld an Friedrich Wilhelm I. 18. Januar 1727, Sbornik XV, 326 und Magnan an Morville 28. Januar 1727. A. E. Ru. XX, 49.

[28] Die bedeutendste Rolle spielten der Gouverneur des jungen Zaren, Aleksej D., dessen Sohn, der Günstling Peters II., Ivan D. und der Feldmarschall Vassillij Vladimirovič D.

[29] An ihrer Spitze stand der Geh. Rat Dmitrij Michailovič G.

[30] Er war dazu von Paris aus angewiesen worden. „L'insinuation que vous a faite le feldtmaréchal de Sapieha par rapport aux intérèts du

seiner Politik vor ihnen verbarg, traten diese so offen für die Kandidatur Stanisławs ein,[31] daß ihre Tätigkeit einer scharfen russischen Kontrolle unterstellt wurde.[32]

Die Thronbesteigung Anna Ivanovnas und der Sturz der Verchovniki änderte an den Methoden der französischen Diplomatie am russischen Hof zunächst noch nichts. Sie blieb weiter eine reine Geheimdiplomatie. Jedoch hatte die Herausbildung der Kabinettsregierung ein wesentlich Neues zur Folge. Während zur Zeit Peters II. die Uneinigkeit unter den führenden Männern von vornherein das Zustandekommen einer einheitlichen französischen Partei unmöglich gemacht hatte, konnte man jetzt auf den Sieg des französischen Einflusses hoffen, wenn es nur gelang, das Kabinett von der Vorteilhaftigkeit einer Anlehnung an Frankreich und damit auch von der einer Besetzung des polnischen Thrones im Sinne Frankreichs zu überzeugen. Drei Männern hatte Anna Ivanovna den Sieg der Autokratie zu verdanken, Ostermann,[33] Jagužinskij[34] und Čerkasskij.[35] Von ihnen verstand es Ostermann, in kurzer Zeit die Macht an sich zu reißen. Die beiden anderen sahen sich enttäuscht und begannen, gegen seine Politik und die des Günstlings Biron Opposition zu machen. Im Gegensatz zu Ostermanns austrophiler Orientierung fingen sie an, mit dem Vertreter Frankreichs Verbindungen anzuknüpfen. Ihnen und einer kleinen Gruppe anderer Staatsmänner,

---

Roi Stanislas est peut-être fort équivoque. Vous pouvez répondre honnêtement à ses avances et aux protestations qu'il vous à faites de ses bonnes intentions. Mais c'est une matière sur laquelle il faut être très reservé, beaucoup écouter et ne guère s'avancer." (Im Original unterstrichen.) Chauvelin an Magnan 19. Februar 1728, Sbornik LXXV, 156.

[31] Sapieha suchte z. B. Ostermann durch das Versprechen einer Summe von 6 000 000 Thalern für Stanisław zu gewinnen. Der Vorfall erregte am sächsischen Hof heftige Verstimmung. (Monti an den König 31. Dezember 1729, A. E. Po. CLXXXIV, 350 und Chauvelin an Monti 29. Januar 1730, A. E. Po. CLXXXVII, 29.)

[32] Sapieha wurde 1728 der Adjutant Oberstleutnant von Lieven als Aufsicht zuerteilt, 1729 wurde er nach Petersburg versetzt. Gleichzeitig wurde Urbanovicz in Moskau scharf beobachtet. (Magnan an Chauvelin 30. Dezember 1728 und 17. Februar 1729, Sbornik LXXV, 272 und 315.)

[33] Heinrich Johann Friedrich Graf O., russisch Andrej Ivanovič genannt, 1686—1746, unter Anna Ivanovna Außenminister.

[34] Pavel Ivanovič Graf I., 1682—1736, seit 1722 Generalprokuror, 1727 von Menšikov verbannt, von Anna Ivanovna wieder in seine Würden eingesetzt. Ursprünglich war er ein Anhänger Österreichs. (Vgl. Uebersberger 133, Anm.)

[35] Aleksej Michailovič Fürst Č., geb. 1680, Kabinettsminister, lebte unter Peter II. zurückgezogen und wurde erst von Anna Ivanovna wieder in das politische Leben eingeschaltet. Später Großkanzler.

unter denen der Kanzler Golovkin[36] und der Onkel der Zarin Saltykov[37] die bedeutendsten waren, glückte es tatsächlich, einigen Einfluß auf die Zarin zu erlangen.[38] Aber schon im Herbst 1731 brach die kaum zustandegekommene, kleine französische Partei zusammen. Ihr Haupt, Jagužinskij, wurde von Ostermann als Gesandter nach Berlin verschickt, eine Mission, die praktisch einer Verbannung gleichkam. Čerkasskij konnte sich nur in Amt und Würden halten, indem er sich dem deutschen Regime fügte. Mit dem Sturz dieser beiden schwand das Ansehen der französisch orientierten Opposition. Selbst Urbanowicz und Sapieha zeigten sich unzuverlässig,[39] so daß Magnan ihre Verwendung einschränken mußte; kurz darauf (September 1731) beraubte der plötzliche Tod Urbanowicz' die französische Diplomatie für immer seiner Dienste. Mit ihm mußte sie ihre letzte Hoffnung auf Bildung einer französischen Partei zu Grabe tragen.

Die oberste Staatsgewalt hatte sich in Rußland als so stark erwiesen, daß die geheimen Ränke und Intriguen des französischen Vertreters und seiner Agenten nichts gegen sie hatten ausrichten können. Es hatte sich gezeigt, daß ein Stimmungsumschwung von innen heraus, durch die Schaffung einer französischen Partei am russischen Hof, nicht zu erwarten war. So mußte Frankreich versuchen, auf dem Wege diplomatischer Verhandlungen die Zarin für die Kandidatur Stanisław Leszczyńskis zu gewinnen. Wäre der Kardinal Fleury an dem Erfolge der französischen Polenpolitik interessiert gewesen, hätte eine offene französisch-russische Aussprache am besten die Sachlage klären können. Sein Desinteressement an dem Ausgange der polnischen Königswahl aber machte es zwangsläufig, daß auch in Rußland die Diplomaten unabhängig von der Pariser Oberleitung ihre eigene Politik zu treiben begannen. Auf Montis und Magnans Initiative gehen also die verschiedenen geheimen Missionen zurück, die in den Jahren 1730—1733 den russischen Hof für die Kandidatur Leszczyńskis umzustimmen suchten.

Schon zu einer Zeit, als die Bildung einer französischen Partei am russischen Hof noch nicht aussichtslos erschien, setzten diese Bemühungen ein. Im Sommer 1730[40] weilte der Podstolnik Antoni Potocki als Gesandter Polens am

[36] Gabriel Ivanovič Graf G., 1660—1734, Geh. Rat, Kanzler.

[37] Semen Andreevič Fürst S., 1672—1742, General, seit 1730 Oberhofmeister.

[38] Magnan an Chauvelin 19. April 1731. Sbornik LXXXI, 180.

[39] Magnan an Chauvelin 9. August 1731. Sbornik LXXXI, 227.

[40] Februar bis August 1730.

Zarenhof. Seine offizielle Instruktion, der Zarin die Glückwünsche seines Königs zu ihrer Thronbesteigung zu überbringen, diente ihm nur als Deckmantel für die geheimen Aufträge, welche er vom Primas erhalten hatte. Diese schrieben ihm vor, die Ansicht der Zarin über eine eventuelle Kandidatur Stanisławs zu ergründen. Zu diesem Zweck trat er sogleich nach seiner Ankunft in Moskau mit Magnan und Urbanowicz in Verbindung, hielt mit ihnen streng geheime Zusammenkünfte unter freiem Himmel ab und nahm Beziehungen zu Čerkasskij und Jagužinskij auf. Der Zarin überreichte er ein Mémoire, das sie aufforderte, in der Frage der polnischen Sukzession Stellung zu nehmen. Anna Ivanovna empfing den polnischen Gesandten, dessen wahre Absichten am russischen Hof kein Geheimnis geblieben waren,[41] durchaus gnädig; eine Erklärung der Zarin blieb jedoch aus. Dieser Mißerfolg ging nur zum Teil auf die Gegenwirkung Ostermanns und Birons zurück. Die Zarin selbst hatte im Sommer 1730 neue Projekte für die Besetzung des polnischen Thrones entworfen. Im August war der Infant Don Emanuel von Portugal nach einem Aufenthalt am Kaiserhof in Moskau eingetroffen. Man dachte daran, ihn mit der Prinzessin Elisabeth Petrovna zu vermählen und ihm dann den polnischen Thron sicherzustellen. Wirklich erhielt auch der General Weißbach, welcher als Abgesandter Rußlands am Grodnoer Reichstag teilnahm, die Anweisung, über diese Kandidatur mit Wilczek nähere Vereinbarungen zu treffen.[42] So verliefen alle Sondierungsversuche Potockis 1730 ergebnislos.

Die zunehmende Festigung des deutschen Regimes in Moskau machte im Juni des folgenden Jahres eine erneute Mission Potockis notwendig. Auch dieses Mal konnte der polnische Gesandte einen Auftrag Augusts als Vorwand benutzen.[43] In Wirklichkeit suchte er aber ebenso wie im vorherigen, die geheimen Instruktionen des Primas, der seine Entsendung bewirkt hatte, auszuführen. Auch Monti hatte schon lange vor Abreise des Gesandten im Auftrage Ludwigs XV.[44] mit diesem über den Sturz der Deutschenherrschaft beratschlagt. — Die Stimmung am russischen Hof hatte sich seit Potockis Abreise erheblich verschlechtert. Die Anhänger einer französischen Orientierung waren in Ungnade gefallen, und die Beziehungen Rußlands zu Österreich waren intensiver geworden. Gerade als Potocki in

[41] Rondeau an den Herzog von Newcastle 13. Juli a. St. 1730. Sbornik LXVI, 208.
[42] Rondeau an Harrington 3. September 1730, Sbornik LXVI, 227 und Magnan an Chauvelin 14. September 1730, Sbornik LXXXI, 108.
[43] Die Überbringung des Weißen Adlerordens an die Zarin.
[44] Der König an Monti 16. November 1730. A. E. Po. CLXXXVI, 185.

Moskau eintraf, rüstete der Bruder des Hofmarschalls Löwenwolde, der nachmalige Oberstallmeister, zur Reise nach Wien, um dort über die polnische Sukzession zu verhandeln.[45] Vergeblich blieben alle Versuche des Podstolnik, durch Steigerung der Rivalität zwischen Biron und Ostermann die Einigkeit der deutschen Minister zu stören. Seine Beteuerungen, Frankreich wolle die Freundschaft Schwedens gegen die Rußlands eintauschen, fanden keinen Glauben. Im Gegenteil, die Umtriebe des polnischen Gesandten steigerten nur noch mehr das Mißtrauen, welches man schon vorher seiner Person entgegengebracht hatte, und bewirkten eine verschärfte Kontrolle über die Anhänger Frankreichs. So sah sich Potocki genötigt, im Januar 1732 unverrichteter Sache nach Polen zurückzukehren.[46]

Die ersten Monate des Jahres 1732 zeigten nun, daß Rußland sich trotz der französischen Anstrengungen immer mehr von Frankreich entfernte. Der russische Friedensschluß mit Persien,[47] durch den die Feinde Rußlands auch zu Feinden Persiens erklärt wurden, verschärfte in Konstantinopel den Widerstand Rußlands gegen eine türkisch-französische Zusammenarbeit. Verhängnisvoller noch war die erneute Annäherung der beiden Kaiserreiche in einem von ihnen gemeinsam mit Dänemark abgeschlossenen Vertrage;[48] denn das Bündnis bedeutete nicht nur eine Steigerung des freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Moskau und Wien, die Verbindung mit Dänemark beschwor die Situation des nordischen Krieges wieder herauf, versetzte Schweden in Schrecken und lähmte seine Bereitwilligkeit gegenüber Frankreich. Der Nutzen der traditionellen Bundesgenossen für die Politik Frankreichs erschien fraglicher denn je.

Noch bevor die französischen Diplomaten sich zu einer Umgestaltung ihres politischen Systems entschlossen hatten, bot sich ihnen in Rußland eine günstige Gelegenheit, neue Bahnen einzuschlagen. Um seinen Rivalen Ostermann zu stürzen, wandte sich im Juni 1732 der Feldmarschall Münich[49] mit Bündnisvorschlägen an den französischen Residenten. Dieser nahm das Anerbieten erfreut auf, und während des ganzen Sommers fanden Unterredungen der beiden Männer über eine russisch-französische Allianz statt,

---

[45] Rondeau an Harrington 26. Juli 1731. Sbornik LXVI, 344.
[46] Die Fortführung der Geschäfte in Moskau übernahm einstweilen der politisch unbedeutende Kastellan von Belz, Franciszek Ignac Potocki.
[47] Friede von Riaschtché 21. Januar 1732, Art. III, Text bei Rousset VII, 457.
[48] Kopenhagen, 26. Mai 1732.
[49] Burckhardt Christoph Graf M., 1683—1767, Feldmarschall und Präsident des Kriegskollegiums.

die so geheim gehalten wurden, daß bald die seltsamsten Gerüchte umliefen.[50] Auf russischer Seite wurde nur Biron in das Geheimnis eingeweiht,[51] auf französischer allein Chauvelin. Nicht einmal Monti war über die Verhandlungen orientiert und störte daher durch seine russenfeindliche Agitation in Warschau erheblich ihren Verlauf, bis Magnan nachdrücklich darum ersuchte, ihn zu informieren.[52] Man war sich offenbar in Paris selbst nicht darüber klar, wie man seine Polenpolitik und das schon lange angestrebte russische Bündnis in Einklang bringen könnte. Die Allianz mit Rußland hätte im Verein mit dem gerade wieder besonders eifrig betriebenen Plan eines Bündnisses mit Sachsen den Kardinal Fleury seinem Ziele einer allgemeinen Koalition gegen Österreich genähert. Man unterschätzte in Paris jedoch die Ablehnung, welche Rußland der Kandidatur Stanisławs entgegenbrachte, und glaubte, eine französisch-russische Annäherung herbeiführen zu können, ohne mit dem traditionellen Bündnissystem der barrière de l'est zu brechen. — Der Gedanke, Rußland in das Allianzsystem der französischen Ostpolitik einzuschalten, um einem Kampf gegen diesen gefährlichen neuen Gegner vorzubeugen, war alt. Er war im Jahre 1718 vom holsteinischen Minister Grafen Görtz schon einmal aufgeworfen und besonders von den Anhängern Leszczyńskis konserviert worden;[53] denn als Lösung des polnischen Problems war darin die Wiedereinsetzung Stanisławs unter gemeinsamem schwedisch-russischem Protektorat vorgesehen. — Während nun von Münich aus die Verhandlungen nur um innerpolitischer Ziele willen begonnen worden waren, sah Magnan sofort die weittragenden Konsequenzen, welche eine solche Umstellung der französischen Außenpolitik auch für die Gestaltung der polnischen Thronfolge bringen konnte, und versuchte immer wieder, gerade in diesem Punkte bindende Erklärungen von Münich zu erlangen. Obwohl er natürlich die Frage nicht ohne Schädigung des französischen Prestiges in Rußland und Polen offen aufrollen konnte und deshalb eine Namennennung peinlichst vermied,[54] ließen doch seine Be-

[50] Der englische Gesandte glaubte sogar, als Urheber der Verhandlungen den König von Polen sehen zu können, da dieser bereits gänzlich dem französischen Einfluß verfallen sei. (Rondeau an Harrington 12. August a. St. 1732, Sbornik LXVI, 494 und Harrington an Rondeau 31. August a. St. 1732, Sbornik LXVI, 500.)

[51] August 1732.

[52] Magnan an Chauvelin 27. September 1732. Sbornik LXXXI, 458.

[53] Mémoire des Jesuiten Wieruszewski aus dem Dezember 1731, Raczyński XIII, 149 ff.

[54] Chauvelin hatte ihn am 3. August 1732 (Sbornik LXXXI, 408) dazu angewiesen: „A l'égard de la Pologne j'avouerai qu'il me paraît bien difficile de faire sans un grand inconvénient des stipulations précises,

mühungen, Rußland mit Schweden und der Türkei auszusöhnen, allzu deutlich den wahren Sachverhalt durchscheinen. Die Problematik war über den Grad hinausgewachsen, für den Münich die Verantwortung zu tragen bereit war. Er sah sich deshalb genötigt, die Zarin in seine Politik einzuweihen. Diese unterbreitete die Pläne sofort dem Kabinett. Damit aber war die Aktion zum Scheitern verurteilt; denn Ostermann konnte ein französisch-russisches Bündnis nicht dulden. Obgleich Magnan bereits Ermächtigung aus Paris erhalten hatte,[55] die ihn zum Abschluß der Verhandlungen befugten, behauptete Ostermann, daß Erklärungen eines nicht akkreditierten Residenten niemals bindende Kraft erhalten könnten. Er behandelte die Vorschläge Frankreichs mit solcher Mißachtung, daß sich dieses schließlich selbst gezwungen sah, die Verhandlungen abzubrechen.[56] Frankreich hatte die Gelegenheit, eine neue Linie in seiner Ostpolitik einzuschlagen, versäumt, weil es sich nicht entschließen konnte, das alte Bündnissystem dafür aufzugeben.

Gerade zu Beginn des polnischen Interregnums befand sich also die französische Politik am Zarenhofe auf einem Tiefpunkt. Nicht genug, daß Frankreich sich in seinen Hoffnungen auf eine Annäherung an Rußland getäuscht sah, auch das Gerücht von einer Vereinbarung der „schwarzen Adler" über die polnische Sukzession wurde immer lauter.[57] England selbst, auf dessen Neutralität im polnischen Konflikt man fest gerechnet hatte, begann, in Warschau, Petersburg und Wien mit Rußland und Österreich zu gehen.[58] In Paris nahm man diese Entwicklung der Dinge mit ziemlichem Gleichmut hin. Aber Magnan und Monti, die sich bewußt waren, daß die Entscheidung des polnischen Streites bei Rußland lag und allein schon die Neutralität der Zarin genügen würde, um Stanisław den Thron zu sichern, suchten die Wiederaufnahme der Verhandlungen zu beschleunigen. Auf ihr Drängen trat Magnan schon im März 1733 wieder mit Münich in Verbindung und versuchte, da dieser

---

qui si elles venaient à être sues en Pologne y perdraient pour toujours les affaires de la Czarine ... que dès à présent nous seconderons très volontiers en Pologne les négociations de la Czarine (Kurland!), nous le ferions encore avec plus de fruit, s'il y avait un jour en Pologne un roi sur les sentiments de qui nous puissions compter absolument; que nous croyons donc qu'il serait dangereux d'entrer dans aucun détail et qu'il suffirait de convenir verbalement des principes pour agir ensuite d'un parfait concert et comme de vrais amis."

[55] 29. September 1732.

[56] Chauvelin an Magnan 8. Januar 1733. Sbornik LXXXI, 521.

[57] Die Löwenwoldesche Punktation war ein Geheimvertrag und deshalb nicht offiziell bekannt.

[58] Vgl. P. Vaucher, Robert Walpole et la politique de Fleury, Paris 1901, S. 19.

seiner geheimen französischen Beziehungen wegen bereits in Mißkredit geraten war, auch durch Golovkin und Čerkasskij auf Biron einzuwirken. Dieser aber stand ganz unter dem Einfluß Löwenwoldes[59] und lehnte alle Anknüpfungsversuche ab. Auch dem polnischen Gesandten Lipski,[60] der als Überbringer der Todesnachricht nach Petersburg gekommen war, verweigerte er jede Aussprache über die Thronfolgefrage, obwohl Lipski nicht einmal als Anhänger Stanisławs galt. Seit dem Mai ließen dann die Verhandlungen des russischen Kabinetts mit dem außerordentlichen Gesandten Sachsens, Grafen Lynar, keinen Zweifel mehr, daß Rußland während der polnischen Wahl als Gegner Frankreichs auftreten würde. Die französische Diplomatie hatte keine freie Entscheidung mehr; sie mußte auf das alte System zurückgreifen und durch Schweden und die Türkei den mächtigen Feind einzuschüchtern versuchen.[61] Aber es war zu spät. Anfang Juli verließ der polnische Gesandte Petersburg in der Erkenntnis, daß eine Wiederwahl Stanisławs unvermeidlich die Kriegserklärung Rußlands zur Folge haben würde.[62] In Paris gab man die Hoffnung auf, Rußlands Haltung noch ändern zu können. Die polnische Königswahl mußte unvermeidlich eine Auseinandersetzung mit beiden Kaisern bringen. Magnan erhielt seine Abberufung und trat am 5. Juli die Heimreise an. In Petersburg blieb als einziger Vertreter Frankreichs der Konsul Villardeau zurück, der gänzlich uneingearbeitet und nicht einmal über die laufenden Geschäfte aufgeklärt war.[63] Praktisch waren die diplomatischen Beziehungen beider Länder damit abgebrochen.

Aber wenn auch die offizielle französische Politik Rußland aufgegeben hatte, so sollte die Geheimdiplomatie auch noch nach der Abreise Magnans einen Versuch machen, die Zarin in letzter Minute von dem Bündnis mit Österreich zurückzureißen. Ende Juli erschien ein litauischer Edel-

---

[59] Forbes an Harrington 30. Juni a. St. 1733, Sbornik LXXVI, 16: „... he governs count Biron as absolutely as count Biron governs Her Majesty ..."

[60] Regent d. Kr. Aufenthalt in Rußland April/Juli 1733.

[61] Vgl. die Intervention Schwedens und der Pforte im Mai (S. o. S. 69 f. und S. 76). Monti an Magnan 21. Mai 1735, A. E. Po. CCXII, 194: „J'ai cru M. que nous ne pourrons jamais faire la moindre impression sur le ministère présent et que nous ne pourrons agir qu'indirectement contre une puissance qui est si éloignée de nous. C'est pourquoi notre ressource à cet égard sera la Porte et le Kan des Tartares."

[62] Magnan an Chauvelin 11. Juli 1733. Sbornik LXXXI, 669.

[63] Villardeau an Chauvelin 7. Juli 1733, Sbornik LXXXI, 670: „Je tâcherai de m'acquitter de ce devoir le moins mal qu'il me sera possible, en suppliant à mon peu d'habilité par une grande exactitude."

mann, der Unterkämmerer von Bracław Rudomina,[64] in Petersburg.[65] Er war ausgerüstet mit Instruktionen von Monti und dem Primas und sollte der Zarin noch einmal die Bitte vorlegen, die freie polnische Wahl zu respektieren. Unter Aufwand größter Geldopfer sollte er, wie Monti schon längere Zeit vorher beschlossen hatte,[66] Biron, Ostermann, Čerkasskij und Šafirov[67] bestechen, eine Stanisław günstige Haltung einzunehmen. Biron sollte ferner die Verleihung des polnischen Indigenats, ohne welches er die kurländische Herzogswürde nicht erwerben konnte, zugesichert erhalten. Die Mittel dazu wollte Monti zum Teil aus dem Fonds nehmen, welcher für die Agitation in Schweden bestimmt war. Weitere Aufträge Rudominas bestanden darin, in Rußland gegen die Tätigkeit der Brüder Löwenwolde Klage zu erheben. Der Plan der Mission Rudominas ging vom Primas aus,[68] und nur um den Polen den guten Willen Frankreichs zu beweisen, hatte Monti seine Zustimmung gegeben. Auf einen positiven Erfolg der Gesandtschaft rechnete er nicht,[69] da ihm auch die Persönlichkeit des Geheimagenten völlig ungeeignet erschien. Wie er von vornherein angenommen hatte, erwies sich die Mission als ein vollkommener Mißerfolg. In Petersburg war man schon vor Ankunft des Gesandten durch den Oberstallmeister Löwenwolde mit dem Inhalt seiner Aufträge bekannt gemacht worden. So wurde Rudomina kaum eine Audienz gewährt, man ließ ihn wochenlang warten bis er dem Ministerrat die Angebote Montis unterbreiten konnte.[70] Es war ihm unmöglich zu verhindern, daß Rußland sich am 14. August endgültig für die Wahl des Kurfürsten von Sachsen verpflichtete. Als Rudomina Petersburg am 27. August verließ, war der Wahlreichstag bereits zusammengetreten, und an der litauischen Grenze standen die russischen Truppen einmarschbereit.

---

[64] Vgl. Ger'e 354 ff.

[65] Villardeau an Chauvelin 28. Juli 1733. A. E. Ru. XXVII, 319.

[66] Monti an Magnan 9. Juni 1733. A. E. Po. CCXII, 263.

[67] Petr Pavlovič Š., 1669—1739, Präsident des Kommerzkollegiums.

[68] Der Primas verfolgte mit Rudominas Mission eigene Ziele. Rudomina sollte in Rußland zugunsten der Potockis gegen die Czartoryskis wirken.

[69] Monti an Magnan 9. Juni 1733, A. E. Po. CCXII, 263: „Je regarde ce projet comme imaginaire, mais nous sommes pressés de façon." Ebenso Monti an Villardeau 7. September 1733, A. E. Po. CCXIV, 7: „... ne croyez pas que j'ai jamais eu bonne opinion de cette négociation, c'est uniquement pour faire connaître au Primat, au grandmaréchal, aux Potocki et aux d'autres que S. M. voulait faire tous ce qu'Elle pouvait... pour détourner l'orage qui menace la Pologne et pour qu'ils n'eussent pas le prétexte de dire que nous les abandonnions."

[70] Berichte der englischen Gesandten vom 14. August bis 25. August a. St. 1733. Sbornik LXXVI, 58 ff.

Dasselbe Schicksal wurde einer anderen französischen Geheimmission zuteil, die im Juli mit Chauvelins Billigung die Haltung Rußlands noch einmal umzugestalten suchte. Durch Vermittlung des Herzogs von Mecklenburg, dessen Geheimsekretär Heil[71] den Auftrag nach Rußland übernahm, hoffte man, vielleicht doch noch eine französisch-schwedisch-türkisch-russische Allianz zustande bringen zu können. Die Mission verlief erfolglos wie die vorherigen.

Die jahrelangen Bemühungen, welche Frankreich angewandt hatte, um Rußland vom Bündnis der Ostmächte fernzuhalten, waren gescheitert. Noch als die russische Armee bereits auf Warschau vorrückte, kämpfte der französische Einfluß in Petersburg gegen diese Koalition. Die Gefahr, welche der Vormachtstellung Frankreichs gerade in Polen von dem erstarkten Rußland drohte, ließ sich nicht mehr übersehen. Aber keiner der französischen Diplomaten wurde sich darüber klar, daß nur ein gänzlicher Umbruch des außenpolitischen Systems, die Aufgabe der Barriere, aus dem mächtigen Gegner einen Verbündeten machen konnte. Die Undiszipliniertheit der französischen Diplomatie, die Unlogik ihres Vorgehens — die offizielle Politik brach die diplomatischen Beziehungen ab, die Geheimdiplomatie agirte weiter; Chauvelin rief Magnan zurück, sandte aber gleichzeitig Heil zu Verhandlungen nach Rußland — konnte nur zum Fehlschlag führen. Wenn es aber nicht gelang, die französisch-russischen Beziehungen zu regeln und Rußland als Rivalen im Ränkespiel um den polnischen Thron auszuschalten, mußte auch in Warschau letztlich der französische Einfluß unterliegen.

3.

Auch die letzte, unbedeutendste Macht des Ostens, Preußen, mußte für die Ziele der französischen Politik gewonnen werden, wenn die Koalition gegen Habsburg vollständig werden sollte. Allerdings nur im Kampf gegen den Kaiser konnte Preußen eine Rolle im politischen System Frankreichs spielen; denn das Preußen Friedrich Wilhelms I. war noch keine Macht europäischer Bedeutung. So war es auch an der Besetzung des polnischen Thrones an sich wenig interessiert. Aber ein inneres Mißverhältnis zwischen Berlin und Wien war schon längst latent vorhanden und begründete die Hoffnung Frankreichs, Preußen durch Schürung

[71] Christian Wilhelm H. Ein Mémoire, das die Ziele seiner Agitation darlegt, datiert Danzig 1. Oktober 1733, befindet sich A. E. Po. CCX, 159. Auf Heil bezieht sich offenbar die Bemerkung des englischen Gesandten (8. September a. St. 1733, Sbornik LXXVI, 72) über ein im Juli erfolgtes französisches Bündnisangebot an Rußland. Vgl. a. Ger'e 415 f.

der kleinen Mißstimmigkeiten wenn auch nicht zu einer oppositionellen, so doch wenigstens zu einer reservierten Haltung gegenüber der kaiserlichen Politik führen zu können. Auf einen Einsatz Preußens für die französische Polenpolitik konnte Frankreich jedoch nicht rechnen. Seine Abhängigkeit von Österreich und Rußland hatte ihm schon lange vor der Vakanz des polnischen Thrones Bindungen gegen die Kandidatur Stanisławs auferlegt.[72] Auch die Beziehungen Friedrich Wilhelms zu August dem Starken, dessen Machtsteigerung er zwar voller Neid betrachtete, den er aber trotzdem bewunderte, ließen seine Haltung gegenüber einer Kandidatur Leszczyńskis alles andere als günstig erscheinen.[73] Zudem hatte sich Preußen seit 1727 immer mehr von seinen hannöverschen Verbündeten entfernt. Zwischen Preußen und England gaben die Politik Georgs II. in Hannover und die Heiratspläne, welche der König von England entgegen den Absichten Friedrich Wilhelms I. für dessen Kinder verfolgte, ständig Anlaß zu Reibereien. Im Sommer 1729 war es fast zum Kriege gekommen. Das preußisch/französische Verhältnis wurde getrübt durch die jülichisch-bergische Erbschaftsangelegenheit,[74] in welcher Frankreich als Protektor der Wittelsbacher die Ansprüche des Pfälzers stützte. Auch der Fluchtversuch des preußischen Kronprinzen im September 1730, den Friedrich Wilhelm auf Intriguen Englands und Frankreichs zurückführte, hatte zur Verschlechterung seiner Beziehungen zu den Westmächten beigetragen. Voller Besorgnis stellte man in Paris fest, daß Preußen immer mehr die Anlehnung an Österreich und Rußland suchte. In den Kreisen der französischen Diplomatie schenkte man dem Gerücht Glauben, daß der König von Preußen seinen Sohn mit der Nichte der Zarin, der Prinzessin von Mecklenburg Anna Leopoldovna, vermählen wolle,[75] ja man fürchtete sogar, Preußen führe mit dem Kaiser Verhandlungen über eine Teilung

---

[72] Verträge mit Rußland 1720, 1726, 1729, 1730. Vertrag mit Österreich 1728 (Berliner Geheimvertrag vom 23. Dezember 1728, Art. IV).

[73] Januar 1728 preußisch-sächsische Allianz. Noch zu Anfang des Jahres 1729 arbeitete der preußische Gesandte in Moskau für die Kandidatur des Kurprinzen von Sachsen. (Magnan an Chauvelin 10. Februar 1729, Sbornik LXXV, 309.) In der Instruktion Montis wird auch die preußisch-sächsische Annäherung als große Gefährdung der französischen Polenpolitik dargestellt.

[74] Der Tod des letzten Kurfürsten von Pfalz-Neuburg stand in Aussicht. Gegen dessen Schwiegersohn, den Erbprinzen von Pfalz-Sulzbach, erhob Preußen mit Unterstützung des Kaisers Anspruch auf Jülich und Berg.

[75] Perteville an Chauvelin 7. November und 5. Dezember 1731. A. E. Po. CXCII und CLXXXIX.

Polens.[76] Unter diesen Verhältnissen erschien es ratsam, den französischen Einfluß am preußischen Hof zu verstärken.

Das Bündnis des Kaisers mit England,[77] dem erbittertsten Gegner Preußens, hatte das Vertrauen Friedrich Wilhelms auf den Kaiser erschüttert. Die Basis für die erfolgreiche Arbeit eines französischen Gesandten in Berlin schien geschaffen. So wurde zu Beginn des Jahres 1732 der Marquis de la Chétardie[78] mit dem Auftrag betraut, Preußen der kaiserlichen Politik zu entfremden. Seit 1727 war Frankreich in Berlin nicht mehr durch einen akkreditierten Gesandten vertreten gewesen, und der Resident Sauveterre hatte dem steigenden Einfluß des kaiserlichen Gesandten Seckendorff nicht Widerstand bieten können.

Die äußere Politik Preußens war damals in erster Linie bestimmt durch den König selbst, dessen eigenwillige Art keinen Widerspruch seiner Minister duldete. Man kannte in Paris sein impulsives Temperament und hoffte deshalb, ihn dem französischen Einfluß unterwerfen zu können, sobald man ihm mehr Versprechungen machte als der Kaiser und die Zarin.[79] Weit weniger Hoffnung setzte man auf den leitenden Außenminister Grumbkow,[80] dessen freundschaftliche Beziehungen zu Seckendorff allzu bekannt waren. Schon nach halbjährigem Aufenthalt in Berlin konnte Chétardie feststellen, daß weder dieser noch die beiden anderen ihm in der Verwaltung des Departements für auswärtige Angelegenheiten zur Seite stehenden Minister, Podewils[81] und Thulemeyer,[82] für die französische Politik zu gewinnen sein würden.[83] Wenn es aber nicht gelang, den König und diese Männer zu beeinflussen, konnte Frankreich einen Erfolg seiner Politik nicht erreichen; denn an die Bildung einer französischen Partei war am Berliner Hof nicht zu denken.

---

[76] Perteville an Chauvelin 7. November 1731. A. E. Po. CXCII, 236.

[77] 19. März 1731, Wien, Anerkennung der pragmatischen Sanktion.

[78] Joachim-Jacques Trotti, marquis de la Ch., 1705—1759. Gesandter in Preußen 1732—1734, später Gesandter in Rußland.

[79] Instruktion für Chétardie 4. März 1732, Waddington 341: „Le Roi de Prusse est un homme léger et inconstant qui, sans respect pour aucun de ses engagements, se livra toujours sans choix au nouvelles idées qu'on lui suggère."

[80] Friedrich Wilhelm v. G., 1678—1739. Seit 1713 Staatsminister. 1737 Feldmarschall.

[81] Heinrich Graf P., 1695—1760, seit 1730 Kabinettsminister. Schwiegersohn Grumbkows. Unter Friedrich d. Gr. Außenminister.

[82] Wilhelm Heinrich v. T., 1683—1740, seit 1728 im Departement für Auswärtige Angelegenheiten. 1731 Kabinettsminister. Steht 1733 den Versprechungen Österreichs und Rußlands skeptisch gegenüber.

[83] Chétardie an Chauvelin 11. Oktober 1732. A. E. Pr. XCIII. (Nach Lavisse, Le grand Frédéric avant l'avènement, Paris 1893, Anh. 305.)

So waren die Bemühungen des neuen französischen Botschafters zunächst alle vergebens. Bis in den April 1733 hinein verfolgte Preußen weiter seine Politik der Anlehnung an die Ostmächte. Trotz wiederholter Kränkungen von seiten des Kaisers blieb Friedrich Wilhelm stets der treue und gehorsame Reichsfürst. In Erwartung des polnischen Konfliktes hatte auch die russische Politik ihre Arbeit am preußischen Hof intensiviert. Der Gesandte Jagužinskij war kein gefährlicher Gegner für den französischen Einfluß gewesen. Aber die verschiedenen Aufenthalte des Oberstallmeisters Löwenwolde in Berlin während des Jahres 1732 störten die Arbeit Chétardies in starkem Maße. Der Präliminarvertrag vom 13. September und schließlich das Bündnis der drei schwarzen Adler vom 13. Dezember hatten die Stellung Preußens in der polnischen Thronfolgefrage eindeutig gegen die Absichten Frankreichs festgelegt. Nur kurze Zeit, als die Verhandlungen ins Stocken geraten waren, hatte Friedrich Wilhelm I. mit einer Annäherung an Frankreich sympathisiert.[84] Er mußte schließlich auf die Seite treten, die ihm den meisten Gewinn verhieß.

Zudem hegte er ein tiefes Mißtrauen gegen alle Machenschaften Frankreichs. Das zeigte sich auch, als ihm von August II. Anerbietungen gemacht wurden, die ihm zwar noch größeren Profit in Aussicht stellten, hinter denen man aber in Berlin eine „französische Kabale“[85] vermutete und sich deshalb ablehnend gegen sie verhielt. Während des Jahres 1732 hatte nämlich Sachsen geheime Verhandlungen mit Preußen aufgenommen, und im Januar 1733 hatte August der Starke selbst, als er auf der Durchreise nach Polen in Crossen Station machte, dem preußischen Minister Grumbkow ein Projekt vorgelegt, das er selbst als sein „grand dessein“ bezeichnete.[86] Es handelte sich um eine Teilung Polens unter die vier Ostmächte. Der Sachsen zufallende Teil sollte durch ein Bündnis der Teilungsmächte als erbliches Königreich der Wettiner bestätigt werden. Hätten die preußischen Staatsmänner nicht den ungerechtfertigten Verdacht[87] gehegt, in diesem Angebot eine Intrigue Frankreichs erblicken zu müssen, wäre Friedrich Wilhelm, seiner gewohnten Interessenpolitik folgend, gewiß auf diesen Plan eingegangen. So aber siegte seine Aversion gegenüber Frankreich, und er wandte lieber alle Bemühungen der Ratifizierung des Löwenwoldeschen Vertrages zu, da Preu-

[84] November 1732. Vgl. Droysen IV, 182.
[85] Vgl. Droysen IV, 187.
[86] Vgl. Askenazy 44 ff.
[87] Man übersah in Berlin, daß nur ein integeres Polen eine Rolle im System der französischen Politik spielen konnte.

ßen durch ihn sichereren Gewinn erwartete. Die Gesandten in Warschau, Brand und Hoffmann, erhielten deshalb auch Weisung, in gutem Einvernehmen mit den Vertretern Rußlands und Österreichs zu agiren.[88] Preußen erklärte sich sogar bereit, wie in der Löwenwoldeschen Punktation vereinbart war, seine Truppen in Polen einzusetzen.[89] Nur mit Zahlungen wollte es bis nach der Ratifizierung des Vertrages warten. Mehr und mehr sah Frankreich Preußen sich seinem Einfluß entziehen. Besonders die Gefahr, welche die preußisch-russische Annäherung für die polnische Wahl mit sich brachte, hielt es für schwerwiegender als allen Geldaufwand der sächsischen Partei in Polen.[90] Vergebens bemühte sich Chétardie, in Berlin dem Einfluß Seckendorffs zu begegnen. Während des ganzen Monats Februar konnte er keine einzige Unterredung mit dem König von Preußen herbeiführen.[91] Auch die französische Note vom 17. März änderte die Haltung Preußens nicht im geringsten, und noch Anfang April erklärten sich die preußischen Gesandten in Warschau offen gegen die Kandidatur Leszczyńskis.[92]

Aber schon seit dem März bereitete sich eine neue Phase der preußischen Politik vor. Rußland ließ die Kandidatur Emanuels fallen, und in Wien verhandelten die sächsischen Gesandten Zech und Lützelburg über die Stützung des Kurfürsten von Sachsen. Das genügte, um Preußen zu der Erkenntnis zu bringen, daß seine Alliierten die Ratifizierung des Löwenwoldeschen Vertrages kaum vollziehen würden. Auch hatte Österreich keinerlei Anstalten getroffen, Preußen in der jülichschen Angelegenheit beizustehen. Im Gegenteil, es zeigte Preußen gegenüber starke Zurückhaltung und sympathisierte mit England. So begann Preußens Politik, unsicher zu werden und auch in der polnischen Frage ihr Heil bald in der Anlehnung an Frankreich, bald in der Zuflucht zu den alten Bundesgenossen zu suchen. Auch die Verhandlungen mit Sachsen nahm Friedrich Wilhelm seit Mitte April wieder auf.[93] Am 16. April erklärte Preußen an Österreich und Rußland, daß es an der Besetzung des

---

[88] 5. Februar 1733. Vgl. Ausländer 188.

[89] Vgl. Ausländer 188, Anm. 4. Wirklich wurden im Juni bei Landsberg und in Pommern preußische Truppen zusammengezogen.

[90] Der König an Monti 14. März 1733, A. E. Po. CCXV, 45. Da die Vereinbarungen Löwenwoldes nicht bekannt waren, glaubte Frankreich, einen Zusammenschluß Österreichs, Rußlands und Preußens erst erwarten zu müssen und bestrebte sich deshalb, einen Beitritt Preußens zur österreichisch-russisch-dänischen Allianz von Kopenhagen (1732) zu verhindern.

[91] Chétardie an Chauvelin 3. März 1733. A. E. Pr. XCIV, 83.

[92] Monti an Chétardie 11. April 1733. A. E. Po. CCXII, 24.

[93] Vgl. Askenazy 89.

polnischen Thrones nicht interessiert sei.[94] Chétardie trat in nähere Beziehungen zum König, der jetzt scheinbar jedes Vorurteil gegen Frankreich überwunden hatte. In der Zeit zwischen dem 3. März und 21. April hatte der französische Gesandte, den man vorher so abweisend behandelt hatte, 21 Unterredungen mit dem König und seinen Ministern! Durch dieses unerwartete Entgegenkommen sah sich Chétardie ermutigt und erklärte sich in der offensten Weise. Nicht einmal vor Drohungen scheute er zurück, um die Neutralität Preußens im bevorstehenden Wahlkampfe sicherzustellen. Friedrich Wilhelm und Grumbkow zeigten sich durchaus zugänglich.[95] Aber eine eigentliche Kursänderung der preußischen Politik trat trotzdem nicht ein. In Warschau, wo der Druck Rußlands die Vertreter Preußens einschüchterte, handelten Brand und Hoffmann noch immer im schönsten Einvernehmen mit den Gesandten der Kaiserreiche.[96] Die Beschlüsse des Konvokationsreichstages gegen die Dissidenten bewirkten sogar eine erneute Annäherung an Rußland.[97]

Aber das kränkende Verhalten Österreichs — um seinem englischen Bundesgenossen entgegenzukommen, versuchte es am Vorabend der Hochzeit die Vermählung des Kronprinzen von Preußen mit der Prinzessin von Braunschweig-Bevern zu verhindern[98] — drängte Preußen seit Mitte Juni auch in Warschau in völlige Zurückhaltung. Die preußischen Gesandten beteiligten sich nicht mehr an dem Protest, den Wilczek und Löwenwolde am 20. Juni gegen die französischen Intriguen erhoben.[99] Sie begnügten sich damit, dem Primas am 11. Juli erneut den Schutz der freien Wahl zuzusichern.[100] Das Kabinett und der Dessauer rieten zum Anschluß an die französische Politik.[101] Nur Friedrich Wilhelms Skeptizismus verhinderte diesen Schritt. So verharrte Preußen in völliger Inaktivität und zeigte sich weder den Annäherungsversuchen Frankreichs noch denen seiner Verbündeten gegenüber willig.[102] Auch ein persönlicher Brief des Prinzen Eugen an Friedrich Wilhelm I. konnte diesen nicht mehr aus seiner Zurückhaltung herausreißen.[103]

---

[94] Bericht Löwenwoldes 16. April 1733. Ger'e Anh. 77.
[95] Chétardie an Chauvelin 3. und 5. Mai 1733. A. E. Pr. XCIV, 225, 238.
[96] 14. Mai. Gemeinsame Unterredung mit dem Primas.
[97] Vgl. Ger'e 228 ff.
[98] Vgl. Droysen IV, 201 f.
[99] Trotzdem setzten der kaiserliche und russische Gesandte die Signatur Preußens mit unter die Protestnote.
[100] Vgl. Ausländer 200.
[101] Vgl. Droysen IV, 208 und Ausländer 211.
[102] Monti an Chétardie 3. und 11. Juli 1733, A. E. Po. CCXIII, 2 71, und Chétardie an Chauvelin 12. Juli 1733, A. E. Pr. XCIV, 350.
[103] 28. Juli. Vgl. Arneth III, 371.

Endlich erfuhr die seit Mitte Juni immer klarer werdende Absicht Preußens, sich in den polnischen Konflikt nicht einzumischen, ihre Bestätigung. Am 19. August erklärte Preußen endgültig seine Neutralität.[104]

Friedrich Wilhelms Interesse bestand jetzt nur noch darin, eine möglichst ungestörte Wahl Leszczyńskis zustandekommen zu lassen;[105] denn er hoffte, daß dann ein Angriff Frankreichs auf den Kaiser, der ihn auf Grund des Vertrages von 1728 zur Stellung eines Kontingentes gezwungen hätte, unterbleiben würde. Während der ganzen Wahlzeit verhielt er sich deshalb dem französischen Gesandten gegenüber äußerst entgegenkommend, eine Haltung, die er auch späterhin Stanisław gegenüber einhalten sollte. In Preußen also, auf dessen Gewinnung Frankreich stets den geringsten Nachdruck gelegt hatte, erfüllte die französische Diplomatie ihren Zweck und verhinderte, daß Preußen in der polnischen Thronfolgefrage Österreich und Rußland unterstützte. Aber auch das war nur ein Scheinsieg, nicht hervorgerufen durch die Geschicklichkeit der französischen Diplomaten, sondern durch die Ohnmacht der preußischen Politik selbst.

Zu der Vollendung seines eigentlichen Zieles, einer Koalition der Ostmächte gegen den Kaiser, hatte Frankreich in Berlin wie in Dresden und Petersburg die Kraft der konsequenten Politik gefehlt.

Schluß.

Die Königswahl von 1733 stellt den Wendepunkt der klassischen französischen Polenpolitik dar.

In Warschau erringt die Geschicklichkeit des französischen Botschafters Monti noch einmal einen glänzenden Sieg über den Einfluß der kaiserlichen und russischen Diplomatie, die nur die groben, rein äußerlichen Beeinflussungsmethoden beherrscht. In der richtigen Erkenntnis, daß der gefährlichste Rivale Frankreichs in Polen nicht mehr Österreich, sondern Rußland ist, richtet Monti seine Kampfmaßnahmen in erster Linie gegen diesen neuen Gegner. In

---

[104] Mitte Juli hatte Preußen noch einmal ein Anerbieten an Österreich gemacht, sich in Polen der Politik des Kaisers anzuschließen. In der Meinung, daß Preußen nur dann einen Profit aus dem polnischen Konflikt ziehen könnte, wenn es den Kampf an ausschlaggebender Stelle führe, hatte Friedrich Wilhelm dem Kaiser statt des im Vertrage von 1728 für den Fall eines Angriffs von Frankreich festgesetzten Kontingents von 10 000 Mann eine Unterstützung von 50 000 Mann angeboten. Österreich hatte den Vorschlag jedoch abgelehnt.

[105] Chétardie an Chauvelin 26. August 1733, A. E. Pr. XCV, 109 und Monti an Chétardie 3. September 1733, A. E. Po. CCXIII, 6.

Paris jedoch versteht man die große Änderung, welche der Eintritt Rußlands in die europäische Politik auch für das Schicksal des polnischen Thrones bedeutet, noch nicht in vollem Maße. Die Macht des Zaren erscheint nur gefährlich, solange sie für Österreich und die pragmatische Sanktion eingesetzt wird. Der Versuch, die traditionelle Politik der barrière de l'est fortzusetzen, scheitert deshalb ebenso wie Fleurys großzügiges Projekt einer Einbeziehung Rußlands in das bisherige Bündnissystem.[1] — Die Uneinigkeit der französischen Staatsmänner untereinander führt schließlich zur Herausbildung einer Geheimdiplomatie, die der offiziellen Diplomatie entgegenarbeitet.

Seit 1733 ist der Widerstreit des französischen und russischen Einflusses ein offener Kampf. In Warschau stehen die „Patrioten" der „Familie" gegenüber, in Stockholm die „Hüte" den „Mützen". In Schweden muß Frankreich sich geschlagen geben, als die erneute Niederlage gegen Rußland 1743 dieses Land aus der Reihe der Großmächte streicht. Auch der Sieg der Türkei im Belgrader Frieden (1739) kann Frankreich nicht mehr darüber hinwegtäuschen, daß das alte System seiner Ostpolitik überlebt ist. Noch einmal sucht es in Polen seinen Einfluß auf die Besetzung des Thrones zu sichern. 1745 schließt Ludwig XV. ein Bündnis mit August III., und zwei Jahre darauf wird die Tochter des Königs von Polen, Maria Josepha, dem Dauphin vermählt. Der Plan Fleurys von 1729 hatte sich erfüllt. Jedoch wenige Jahre später gibt die offizielle Politik endgültig das System Richelieus auf. Durch die „Umkehrung der Allianzen"[2] verzichtet Frankreich darauf, weiter in Polen und in Osteuropa überhaupt eine Rolle zu spielen. Aber in der Geheimdiplomatie wird der Wettstreit um den Einfluß in Polen trotzdem fortgesetzt. Die Agenten des „secret du Roi" und die der Dauphine intriguieren gegen die Politik des Kabinetts und bekämpfen sich schließlich untereinander. Als die Königswahl von 1764 den Einsatz Frankreichs fordert, versagt sowohl die eine wie die andere Richtung. Der endgültige Bruch mit dem System Richelieus war auch in Polen vollzogen. —

Es war nur eine natürliche Entwicklung, daß Polen, nachdem es, von Frankreich verlassen, zur Anlehnung an die

[1] 1743 greift Chétardie, der zu dieser Zeit Gesandter in Petersburg ist, den Plan einer großen Allianz zwischen Frankreich, Rußland, Preußen, Schweden, Polen und der Pforte noch einmal auf. Seine Politik wird aber in Paris als phantastisch abgelehnt. Vgl. Piccioni 202.

[2] Versailles, 26. August 1756. Offensiv- und Defensivallianz zwischen Frankreich und Österreich. Beitritt Rußlands 31. Dezember 1756. „Le renversement des alliances."

Ostmächte gezwungen war, an der starken Vitalität dieser jungen Staaten zugrunde ging. Die Teilungen sind nicht nur ein rein äußerlicher Gewaltakt. Es ist bekannt, in wie weitgehendem Maße die Verfassung Polens und besonders die des Interregnums den Staat von fremden Mächten abhängig gemacht hatte. Frankreich hatte diesen Schwächezustand der Republik erhalten, um ihn für seine Interessenpolitik auszunutzen. Der Verfall der französischen Außenpolitik unter der schwachen Regierung Ludwigs XV. mußte auch den Untergang Polens mit sich bringen.

Anhang I.

Zeittafel des Interregnums von 1733.

Februar, 1., ...	Tod Augusts II.
„ 19., ...	Beginn der Konföderation von Sącz.
„ 23., ...	Beginn der Konföderation von Krakau.
Februar/März, ...	Mission Lievens nach Litauen.
Februar/Juni, ...	Mission des türkischen Gesandten Saïd Efendī nach Schweden.
März, 17., ...	Erstes Manifest des Königs von Frankreich.
„	Verzicht des Infanten Emanuel auf seine Kandidatur.
„	Wiederaufnahme der Verhandlungen Magnans in Petersburg.
April	Verhandlungen Gregor Orliks in Konstantinopel.
„	Protest der Ostmächte gegen das französische Manifest vom 17. März.
April, 27.—Mai, 23., . . .	Konvokationsreichstag.
Ende Mai, ...	Schwedische Intervention in Petersburg, Wien und Berlin.
„ „	Türkische Intervention bei dem Gesandten Rußlands und Österreichs in Konstantinopel.
Juni, 20., ...	Protest des russischen und österreichischen Gesandten in Warschau gegen die Intriguen Frankreichs.
„ 25., ...	Ablehnung einer Verlängerung des schwedisch-russischen Vertrages durch den schwedischen Reichsrat.
„	Gefechte der Russen und Tataren im Kaukasus.
„	Russische Gesandtschaft zu P. Orlik.
Juli, 5., ...	Abreise Magnans aus Petersburg.
„ 6., ...	Zweites Manifest des Königs von Frankreich.
„ 16., ...	Abschluß der sächsisch-österreichischen Allianz.
„	Alarmbereitschaft der Tataren.
„	Mission Heils nach Rußland.
Juli/August	Mission Rudominas nach Rußland.
Juli/August	Mission Totts zum Chan.
August, 12., ...	Erneute Intervention Schwedens in Petersburg.
„ 14., ...	Abschluß der sächsisch-russischen Allianz.
„ 19., ...	Neutralitätserklärung Preußens an Sachsen.
„ 22., ...	Abreise Stanisławs aus Chambord.
„ 25., ...	Eröffnung des Wahlreichstages. Bekräftigung des auf dem Konvokationsreichstage geleisteten Eides.
„ 29., ...	Beginn der Konföderation von Praga.
„ 30., ...	Die russische Armee erreicht die Weichsel.
Ende August, ...	Abfahrt der französischen Flotte aus Brest.
September, 4., ...	Drittes Manifest des Königs von Frankreich.
„ 8., ...	Manifest der Zarin.
„ 8., ...	Ankunft Stanisławs in Warschau.
„ 10., ...	Stanisław zeigt sich in der Messe seinen Anhängern.

September 11./12.	Einstimmige Wahl Stanisławs.
„ 19., ...	Stanisław beschwört die pacta conventa.
„ 22., ...	Flucht des Königs und des französischen Botschafters nach Danzig.
Oktober, 5., ...	Wahl Augusts III. in Kamień.
„ 10., ...	Kriegserklärung des Königs von Frankreich an den Kaiser.
Mitte Oktober, ...	Schweden und die Pforte lehnen Einmischung in den polnischen Konflikt ab.

Anhang II.

Verzeichnis des verwandten handschriftlichen und gedruckten Materials.

(An dieser Stelle werden nur grundlegende Werke genannt. Arbeiten, denen nur einzelne Notizen entnommen sind, werden im Text als Anmerkung zitiert. Einige Werke, meist polnischer Autoren, waren mir leider nicht zugänglich. Sie werden deshalb nicht aufgeführt.)

A. Quellen.

1. Handschriftliche Quellen.

Archives du Ministère des Affaires Etrangères, Paris.
Correspondance politique:
Pologne: vol. 173—175, 180, 183—215.
Russie: vol. 20 u. 27.
Prusse: vol. 94—96.
Suède: vol. 168, 171, 172.
Turquie: vol. 86, 87.
Rome: vol. 739.

Bibliothèque Nationale, Paris.
Specificatio antiquorum simul et novarum Familiarum in regno Poloniae et magno Ducatu Litthuaniae conscripta. Anno Domini 1729. Ancien fonds français. ms. 9028.

Sächsisches Hauptstaatsarchiv, Dresden.
Negociations avec l'ambassadeur de France Marquis de Monti concernant les mesures à prendre après la mort de l'Empereur Charles VI au sujet de la succession et des prétentions de la maison de Saxe ainsi que de l'élection d'un Roi des Romains.
1729, 1730—1732. Loc. 2881.
Sachen mit Frankreich; die von dem Legations-Secretario de Brais an dasigem Hofe eingeschickte Relationes. Anno 1729—1733. Band I—V. Loc. 2735.
Briefe P. Orliks an Flemming. 1719—1728. Loc. 698.
Korrespondenz Wackerbarth-Lomaca. 1730/31. Loc. 678.
Korrespondenz Lagnasco-Lomaca. 1731. Loc. 3309.

2. Veröffentlichte Quellen.

Archiwum tajne Augustego II. In: Obraz Polaków i Polski w 18. wieku. XVII/XVIII. ed. Raczyński, Breslau 1843.
Argenson, marquis de, Mémoires. ed. Rathery, I—II. Paris 1857/58.
Barącz, S.: Pamiątki Stanisława. 2. Aufl. Lemberg 1877.
Flugblätter, Manifeste und sonstige publizistische Druckschriften der französischen und sächsischen Partei in Polen 1733. (Die wichtigsten sind im Text zitiert.)
Le Fort: Relationen nach Dresden 1725—1733. Sbornik III u.V. Französisch.
Lengnich, Bogumir: Jus publicum regni Poloni. Danzig 1765. I—II.
Löwenwolde, Graf v.: Relationen nach Petersburg, in: Ger'e: Bor'ba za pol'skij prestol v 1733 g. Deutsch u. russisch.

Magnan: Korrespondenz mit Paris 1728—1733. Sbornik LXXXI. Französisch.
Mardefeld: Korrespondenz mit Berlin 1721—1728. Sbornik XV. Deutsch.
Nepljuev, Ivan Ivanovič: Zapiski. Novoe polnoe izdanie. Petersburg 1893.
Orlik, Dnevnik, ed. Alfred Jensen in: Zapiski naukovogo tov. im. Ševčenka 123—124. Kiev 1916. (Inhaltsangabe.)
Teka Podoskiego, III u. IV, ed. K. Jarochowski. Posen 1856.
Przezdiecki, Aleksander, Krzysztof Urbanowicz, starosta hubski (Briefe U. s.) in: Bibl. warsz. III. 1856.
Rákóczy, Franz II.: Aktenstücke zur Geschichte Franz Rákóczys und seiner Verbindungen mit dem Auslande. Teil II, in: FF. rer. austr. Abt. II, Bd. XVII, ed. Joseph Fiedler.
Recueil des instructions données aux ambassadeurs et ministres de France depuis les traités de Westphalie jusqu'à la révolution française.
Pologne I u. II, ed. L. Farges, 1888.
Russie I, ed. A. Rambaud, 1890.
Suède, ed. A. Geffroy, 1885.
Prusse, ed. A. Waddington, 1901.
Autriche I, ed. A. Sorel, 1884.
Rome II, ed. G. Hanotaux, 1913.
Rondeau: Korrespondenz mit London 1728—1733. Sbornik LXVI und LXXVII. Englisch.
Rousset: Recueil historique d'actes, négociations, mémoires, et traitez. Depuis la Paix d'Utrecht jusqu'au second Congrès de Cambray inclusivement. (Suppl. au Corps universel diplomatique de Dumont) I—XI. Im Haag 1738/39.
Sbornik imp. russk. ist. obščestva. III, V, XV, LXIV, LXVI, LXIX, LXXVI u. LXXXI. Vgl. Magnan, Rondeau, Mardefeld u. Le Fort.
Materyały do historyi Stanisława Leszczyńskiego króla polskiego z oryginałów w języku Francuskim i łacińskim tłómaczone, in: Obraz Polski i Polaków XIII, ed. E. Raczyński, Posen 1841.
Theiner, Augustin: Vetera monumenta Poloniae historica IV. Rom 1864.
Volumina legum VI. Petersburg 1860.

B. Darstellungen.

1. Wissenschaftliche Darstellungen.

Arneth, A. v.: Prinz Eugen von Savoyen III. Wien 1858.
Askenazy, Szymon: Przedostatnie bezkrólewie, in: Dwa stulecia I. 2. Aufl. Warschau 1903.
Ausländer, F.: Friedrich Wilhelms Verhältnis zu Österreich, vornehmlich im Jahre 1732, in: Altpr. Monatsschrift XLVI. 1909.
Bartoszewicz, Juljan: Pogląd na stosunki Polski z Turcją i Tartarami. Warschau 1860.
Beer, Adolf: Die polnische Königswahl im Jahre 1733, in: Zeitschr. f. allg. Gesch., Kultur-, Lit.- u. Kunstgesch., II. Stuttgart 1885.
Beyrich, R.: Kursachsen und die polnische Thronfolge 1733—1736, in: Leipz. histor. Abhandl. 1913.
Borščak, Iľko: Velikij Mazepinec' Grigor Orlik. Lemberg 1932.
Bourgeois, Emile: Manuel de la politique étrangère I. Paris 1897.
Boyé, Pierre: Stanislas Leszczyński et le troisième traité de Vienne. Paris 1898.
Broglie, A. duc de: Le secret du roi. I—II. Paris 1879.
— La diplomatie secrète de Louis XV., in: Rev. des deux mondes LXXXVII. 1870.

— Idée sur la république de Pologne, ed. Kurzweil, Paris 1840.
Cuttoli, B.: La Pologne au 18. siècle et le droit international. Diss. Grenoble. Paris 1912.
(Czarnowski): Stanisław Leszczyński i Polska w pierwczej połowie 18. wieku, I—II. Warschau 1858.
Droysen, Johann Gustav: Geschichte der preußischen Politik, IV, 3. Leipzig 1869.
Flassan: Histoire générale et raisonnée de la diplomatie française depuis la fondation de la monarchie jusqu'à la fin du règne de Louis XVI., V, 2. Aufl., Paris 1811.
Förster, Fr.: Die Höfe und Cabinette Europas im 18. Jahrhundert, I—III. Potsdam 1836—1839.
— Friedrich Wilhelm I., König von Preußen, II u. III. Potsdam 1834.
Gauthier-Villars: Le mariage de Louis XV. Paris 1900.
Gerba, Raimund: Polnischer Thronfolge-Krieg. Feldzug 1733 und 1734, I—II, in: Feldzüge des Prinzen Eugen von Savoyen. Wien 1891/92.
Ger'e (Guerrier), Waldemar: Bor'ba za polskij prestol v 1733 godu. Diss. Moskau 1862.
Hammer-Purgstall, Joseph v.: Geschichte des osmanischen Reichs, IV, 2. Aufl., Budapest 1841.
— Geschichte der Chane der Krim. Wien 1856.
Hoetzsch, Otto: Brandenburg-Preußen und Polen von 1640—1815, in: Deutschland und Polen, ed. Brackmann, Berlin 1933.
Hurmuzaki, Eudoxius v.: Fragmente zur Geschichte der Rumänen, IV u. V. Bukarest 1885.
Immich, M.: Geschichte des europäischen Staatensystems von 1660—1789. München u. Berlin 1905.
Jorga, N.: Geschichte des osmanischen Reiches, IV. Gotha 1911.
Kantecki, Klemens: Po zgonie Augustego II., in: Przew. nauk. i literacki, V. Lemberg 1877.
— Stanisław Poniatowski, kasztelan krakowski, I—II. Posen 1880.
Konopczyński, Władysław: Polska a Szwecja 1648—1795, Teil 3, in: Przegl. dyplomatyczny, 1920.
— Polska a Turcja 1683—1792. Warschau 1936.
Kutrzeba, Stanisław: Historya ustroju Polski w zarysie, 2. Aufl. Lemberg 1908.
Lerer, David: La politique française en Pologne sous Louis XV 1733—1772. Diss. Toulouse o. D.
Morawski, Kazimierz Marjan: Zródła rozbioru Polski. Posen 1935.
Philipp, A.: August der Starke und die pragmatische Sanktion, in: Leipziger historische Abhandlungen, Heft IV, 1908.
Piccioni, Camille: Les premiers commis des affaires étrangères aux 17e et 18e siècles. Paris 1928.
Pichon, Jérôme baron de: Vie de Ch. H. comte de Hoym, ambassadeur de Saxe-Pologne en France, 1694—1736, I—II. Paris 1880.
Rok 1733 w Polsce od śmierci Augusta II. do elekcyi Augusta III. według raportów dyplomatycznych agentów angielskich, in: Przegl. pozn. XXXII, 1861.
Przezdziecki, Renaud hr., Diplomatie et protocole à la Cour de Pologne, I. Paris 1934.
Raynal, Paul de: Le mariage d'un roi, 1721—1725. Paris 1887.
Reiche, Fritz v.: Polen im System der französischen Politik vom westfälischen Frieden bis zur französischen Revolution. Heidelberger Diss., 1923. Maschinenschrift.
Roepell, Richard: Polen um die Mitte des 18ten Jahrhunderts. Gotha 1876.

La Cour de Russie il y a cent ans. (1725—1783), 3. Aufl., Paris, Berlin, Leipzig 1860.
Scheel, Helmuth: Die Sendung des polnischen Gesandten v. Stadnicki an die Pforte 1733—1737, in: Mitt. d. Sem. f. orient. Sprachen, 1932, II. Abt. und Nachtrag dazu a. a. O., 1934.
Schmitt, Henryk: Dzieje Polski 18. i 19. wieku, I. Krakau 1866—1867.
Solov'ev, Serg. Mich.: Istorija Rossij, IV. Petersburg o. D.
Spuler, Berthold: Die europäische Diplomatie in Konstantinopel bis 1739, in: Jahrb. f. Kultur u. Gesch. d. Slav., N. F., Bd. XI, Breslau 1935, und Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, Bd. I, Breslau 1936.
Stavenow, Ludwig: Geschichte Schwedens 1718—1772, Bd. VII der Gesamtgeschichte (Allgemeine Staatengeschichte von Heeren-Uckert). Gotha 1908.
Szujski, Józef: Dzieje Polski, IV. Warschau 1880.
Uebersberger, Hans: Rußlands Orientpolitik, I. Stuttgart 1913.
— Österreich, in: Deutschland und Polen, ed. A. Brackmann, Berlin 1933.
Vandal, Albert: Une ambassade française en Orient sous Louis XV 1728—1741. Paris 1887.
— Louis XV et Elisabeth de Russie. Paris 1882.
Waliszewski, K.: Potoccy i Czartoryscy, I. Krakau 1887.
Wojciechowski, Teodor: O powtórnej elekcyi Stanisława Leszczyńskiego 1733, in: Kwart. hist., II. Lemberg 1888.
Zinkeisen, Johann Wilhelm: Geschichte des osmanischen Reiches, V. Gotha 1857.

2. Zeitgenössische Darstellungen.

Allerneuester Staat des Königreichs Polen. In sich fassend alle Begebenheiten, welche sich seit dem Tode König Augusts II. bis zur Wahl und Krönung Augusts III. zugetragen haben. Leipzig 1734.
Boencourt, le Chevalier de: A narrative of the french expedition to Danzig in 1734. Edinbourg 1830—31, ed. Alex. Hendersohn.
Chapelle, Amand de la: Mémoires pour servir à l'histoire de Pologne, avec les remarques sur le gouvernement de ce royaume pour servir d'intelligence à ces mémoires, 1733—1736. Amsterdam 1739.
— Mémoires de Pologne, contenant ce qui s'est passé de plus remarquable dans ce Royaume depuis la mort du Roy Auguste II... jusqu'en l'année 1737. London 1739.
Chevrières (xxx de): Histoire de Stanislas I.. roi de Pologne, I—II. London 1741.
Fassmann, D.: Friedrich Augusts d. Gr., Königs in Pohlen Leben und Thaten. Frankfurt u. Leipzig 1734.
S..., de: Reflexions historiques et politiques sur la conduite du Cardinal de Fleuri, 1741, in: La nouvelle Babylone. Amsterdam 1743.
Historia interregni novissimi et comitiorum in Prussia polonica anno MDCCXXXIII celebratorum, Danzig 1738, ed. Georg Peter Schultz.
Historischer Kern oder Chronika des Jahres 1733.
Massuet, P.: Histoire des rois de Pologne et des révolutions arrivées dans ce royaume depuis le commencement de la monarchie jusqu'à présent, III—V. Amsterdam 1734.
Mercure historique, ed. Rousset, vol. LXXXIV—XCVII. Im Haag 1729—1734.
(Ranft, Michael): Merkwürdiges Leben und Schicksal des weltbekannten Königs Stanislaus I. von Polen. Frankfurt u. Leipzig 1736.
S..., Leben Stanislai I., Königs von Polen, mit nötigen Anmerkungen, Urkunden, Münzen erläutert... welchem das Leben des Cardinal Michael Radziejowski beigefügt. Stockholm, Magdeburg und Leipzig 1737.

Abkürzungen.

A. E. = Arch. du Min. des Aff. Etrangères.
Po. = Pologne.
Ru. = Russie.
Pr. = Prusse.
Suède = Suède.
Tu. = Turquie.
B. N. = Bibliothèque Nationale.
S. H. St. A. = Sächsisches Hauptstaatsarchiv.

Bemerkungen.

Zitate aus handschriftlichen Quellen sind der besseren Lesbarkeit halber in moderner Orthographie wiedergegeben.

Die Zahlen der Seiten, bzw. Folien, der diplomatischen Korrespondenzen beziehen sich auf den Anfang des Schreibens.

Lebenslauf

Am 18. Juli 1910 wurde ich, Ellinor, Helene, Ottony, Erna von Puttkamer, evangelisch-lutherischer Konfession, als Tochter des verstorbenen Landwirts Andreas von Puttkamer auf Versin und seiner gleichfalls verstorbenen Gattin, Else, geborenen von Zitzewitz, zu Versin in Pommern geboren. Ich wurde zunächst in meinem Elternhause unterrichtet, besuchte dann zwei Berliner Privatlyzeen und schließlich die Fürstin-Bismarck-Schule in Köslin. Diese verließ ich Ostern 1929 mit dem Reifezeugnis einer Oberrealschule. Nach dem Abitur betätigte ich mich zunächst eineinhalb Jahre lang praktisch im Haushalt meiner Eltern. Von 1930 bis 1936 studierte ich dann an den Universitäten Köln (W. S. 1930/31), Marburg (S. S. 1931), Innsbruck (S. S. 1932) und Berlin (W. S. 1931/32 und W. S. 1932 bis S. S. 1936) Geschichte, Philosophie und Germanistik. In erster Linie widmete ich mich dem Studium der osteuropäischen Geschichte. An Seminaren und Übungen nahm ich bei folgenden Herren Professoren teil: Dengel, Enzinger, F. Hartung (2 Sem.), M. Hermann, Hoetzsch (6 Sem.), R. Holtzmann, A. Hübner, Jutz, Lehmann-Haupt, v. d. Leyen, Neckel (2 Sem.), Oncken (3 Sem.), J. Petersen (3 Sem.), Schatz, K. Schünemann, Spranger, Steinacker, Uebersberger (2 Sem.) und Windelband. — Im S. S. 1931 bestand ich in Marburg die Ergänzungsprüfungen in Latein („Großes Latinum") und Griechisch („Graecum für Theologen"). Die mündliche Doktorprüfung legte ich am 25. Juni 1936 ab.

Allen denen, die mich während meiner Studienzeit gefördert und unterstützt haben, möchte ich an dieser Stelle meinen Dank aussprechen. Ich danke Herrn Professor Dr. Uebersberger und Herrn Professor Dr. Elze, die freundlicherweise das Referat über diese Arbeit übernommen hatten, Herrn Professor Uebersberger besonders für das wohlwollende Entgegenkommen, welches er mir stets erwiesen hat. Ihm sowie der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas bin ich ferner zu Dank verpflichtet für die mir bei der Drucklegung dieser Arbeit gewährte Unterstützung. Ich danke auch den Verwaltungen der Archive, in denen ich das Material zu dieser Arbeit sammeln konnte, vor allem der des Archivs des französischen Außenministeriums.